



Alltag in der SBZ/DDR.

Leben in einer Diktatur

XIX. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Leipzig

15. und 16. Mai 2008

Dokumentation

XIX. Bautzen-Forum 15.–16. Mai 2008

Vorbemerkung

MATTHIAS EISEL 6

Grußworte

HARALD MÖLLER 9

DIRK PANTER 12

MARKO SCHIEMANN 15

CHRISTIAN SCHRAMM 18

Referat

Prof. Dr. RICHARD SCHRÖDER: *Alltag in der DDR* 20

Podiumsdiskussion

Durchherrschte Gesellschaft? *Alltag und Alltagserfahrung in der SBZ/DDR* 34

Dr. GUNTER HOLZWEISSIG, Dr. ANDREAS LUDWIG,

EUGEN MECKEL, Dr. IRMGARD ZÜNDORF

Moderation: STEFAN NÖLKE

Zeitzeugengespräch

Widerstand, Flucht und Repression 60

DIETRICH GARSTKA, HANS-JÜRGEN JENNERJAHN, HERTA LAHNE,

EVA-MARIA NEUMANN

Moderation: Dr. MICHAEL PARAK

Referat	87
Dr. OLIVER IGEL: Angebote zur schulischen und außerschulischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur	
Podiumsdiskussion	107
Wie weiter mit der Aufarbeitung der DDR? Marianne Birthler, Prof. Dr. RAINER ECKERT, Prof. Dr. MARTIN SABROW, WOLFGANG THIERSE Moderation: WINFRIED STRÄTER	
Sonderveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzen	134
Eröffnung der Ausstellung »Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung – Die FALKEN in Berlin 1945 bis 1961« SILKE KLEWIN, LOTHAT OTTER, Dr. FALCO WERKENTIN	
Andacht	143
REINHARD PAPPAT: Wenn dein Kind dich morgen fragt ...	
Teilnehmer und Autoren des XIX. Bautzen-Forums	148
Bautzen-Foren im Überblick	151
Impressum	154



MATTHIAS EISEL

Vorbemerkung

Zur Auseinandersetzung mit der SBZ/DDR gehört auch der Blick auf das alltägliche Leben der Menschen in diesem über 40 Jahre währenden kommunistischen System. In der historischen Aufarbeitung nach der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989 ist dies zunächst zu kurz gekommen. Die Aufdeckung von Mechanismen und Verbrechen der von Moskau gestützten SED-Herrschaft samt ihres gigantischen Spitzelapparats, der Staatssicherheit, stand folgerichtig im Vordergrund. Möglich auch, dass es erst einmal an Abstand fehlte. Auf der anderen Seite entwickelte sich schon bald eine mitunter groteske DDR-Ostalgie, die überwiegend verdrängte und verklärte. Zum Peinlichsten gehörten dabei sicherlich die sogenannten »DDR-Shows« von privaten Fernsehsendern wie RTL, bei denen die DDR auf Spreewaldgurken, Katarina Witt und diverse Schlager reduziert wurde. Wenn wir wie bei diesem 19. Bautzen-Forum über »Alltag in der SBZ/DDR – Leben in einer Diktatur« sprechen, sind die Lebenszusammenhänge der Menschen gemeint, ganz individuell, aber auch als Gruppe: in der Schule, bei der Ausbildung, im Studium und im Beruf. Zur Doppelgesichtigkeit des Alltags gehörte,

dass in der Schule, im Studium oder bei der Arbeit wie selbstverständlich anders gesprochen wurde als zu Hause. Die ersten Lektionen dafür gab es bereits im Kindergartenalter.

Der Alltag in der DDR war immer durchzogen und verwoben mit Unfreiheit und Reglementierung, mit permanent eingeforderten Ergebnisbekundungen, mit staatlicher Gewalt und Repression. Dies galt auch, wenn sich der Einzelne davon möglicherweise gar nicht betroffen fühlte, weil er mit dem System nicht in Kollision geriet oder mit ihm konform ging.

Zu diesem Alltag im SED-Staat gehörte auch, dass die Lebensperspektive schon im Alter von 14 Jahren ins Schleudern geraten konnte, wenn man sich zusammen mit den Eltern für Konfirmation statt der staatlich gewünschten Jugendweihe entschied oder als Jugendlicher vor dem Studium statt der erwarteten drei nur die NVA-Wehrpflicht von anderthalb Jahren abzuleisten gewillt war – abgesehen von der Verweigerung oder dem Dienst als Bausoldat. Und ganz zu schweigen auch vom staatlichen Umgang mit politischem Widerspruch oder Widerstand oder gar dem Repressionsalltag als politischer Häftling und Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft im Bautzener Zuchthaus, in Hoheneck oder Hohenschönhausen.

Was eine demokratische Gesellschaft wie die Bundesrepublik an bürgerschaftlichem und politischem Engagement so dringend benötigt und zu aktivieren sucht, konnte im SED-Staat schnell als renitent gelten und kriminalisiert werden. Auch deshalb ist es wichtig, zu zeigen, wie Menschen in Diktaturen leben – und zwar in allen Alltagsformen. Ein umfassender Blick auf Alltagserfahrungen in der DDR bedeutet keineswegs ihre Verharmlosung.

Für Jugendliche, die die DDR allenfalls in ihren letzten Zügen erlebt haben oder sie nur noch aus Erzählungen oder Filmen kennen, bietet die Alltagsgeschichte Anschlussmöglichkeiten. Die Darstellung der Lebenswirklichkeit von Menschen in der DDR macht es ihnen möglich, diesen Staat als repressive Diktatur zu verstehen.

Mit Bezug auf die Schwierigkeiten beim Blick auf das Alltagsleben in der DDR sagte Richard Schröder zu Beginn des Forums, wenn heute ein ehemaliger »DDR-Bürger« dem anderen vorwerfe, dieser müsse in einer anderen DDR gelebt haben als er selbst, so möge das richtig sein. Denn ein ehemaliger NVA-Offizier, ein LPG-Bauer oder ein Pfarrer hätten jeder eine andere DDR erlebt und vom Alltag des anderen wenig gewusst, weil es keine gemeinsame Öffentlichkeit gegeben habe. Wolfgang Thierse fügte später mit Bezug auf den Fortgang der Aufarbeitung der SED-Diktatur hinzu, das individuelle Gedächtnis sei das eine,

das andere sei das kollektive Gedächtnis, das durch politische und wissenschaftliche Institutionen gefestigt werden müsse.

Im Namen aller Beteiligten des Bautzen-Forums 2008 hoffe ich, dass auch wir dazu einen Beitrag leisten konnten.



HARALD MÖLLER

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Kameradinnen und Kameraden,

Alltag in der SBZ/DDR – Leben in einer Diktatur. So lautet das Thema des 19. Bautzen-Forums. Es ist mit Sicherheit ein kluges und richtungweisendes Vorhaben, das so richtig in die Wirklichkeit passt. Was müssen wir gerade seit einiger Zeit alles erleben, wenn es um diese Epoche geht. Nostalgie, teilweise pur. Aber auch differenzierte Betrachtungsweisen, wenn es beispielsweise um Bildung, Konsum oder Familienpolitik geht. Ein Großteil unserer Kameradinnen und Kameraden hat einen Teil dieser sozialistischen Jahrzehnte mit Hunger, Krankheit und Stumpfsinn, gepaart mit Willkür, hinter Gittern und Stacheldraht erlebt. Wir freuen uns daher, dass namhafte Wissenschaftler und ausgewiesene Kenner hierüber referieren und diskutieren wollen. Unseren jugendlichen Zuhörern können wir nur empfehlen, hieraus ihre Lehren zu ziehen.

Wie immer wollen wir an dieser Stelle dem Freistaat Sachsen, dem Landratsamt und der Stadt Bautzen unseren Dank für gewährte Hilfen abstellen. In diesem

Jahr können wir endlich auch von einem moralischen und teilweise wirtschaftlichen Erfolg für die ehemaligen politischen Häftlinge berichten. Durch den Einsatz einiger Bundestagsabgeordneter, hier besonders Arnold Vaatz und Maria Michalk, ist es gelungen, unseren Kameradinnen und Kameraden im Rentenalter eine Zuwendung zuzusprechen, die ursprünglich nur wirtschaftlich Bedürftigen zuerkannt werden sollte. In diesen Dank mischt sich jedoch auch ein großes Unbehagen in Form einer unheilvollen Bürokratie in einigen Bundesländern. So wurden Hürden und Widerstände aufgebaut, die oftmals nicht nachvollziehbar sind. Aber auch bei aller Freude über das Erreichte bleiben nach wie vor noch manche Ungerechtigkeiten offen. So ist wie jedes Jahr die Frage nach der Umkehr der Beweislast in der Gesundheitsfürsorge immer noch nicht geregelt.

Was uns weiter sehr stark bewegt und empört, ist die Tatsache, dass von Seiten der Politik immer noch kein Einsatz festzustellen ist, die immer frecher auftretenden ehemaligen staatsstreuen SED-Kader zurückzudrängen. Es war unseres Erachtens eine große Unterlassungssünde, die SED und alle ihr nahestehenden Organisationen nicht zu verbieten, ebenso die Verbreitung entsprechender Symbole und Embleme. Es wurde die Installierung ehemaliger Systemträger in vielen Behörden und Organisationen zugelassen. Was sollen wir beispielsweise davon halten, dass selbst ein Bundesminister – wie erst im Februar dieses Jahres geschehen – einem ehemaligen Oberstleutnant der Grenztruppen, der von 1974 bis 1990 in dieser Position tätig und SED-Mitglied war, Wahlhilfe für die Oberbürgermeisterwahl in Stendal leistet?

Ein weiterer öffentlicher Skandal für uns ist die Weiterbeschäftigung eines Mitarbeiters in der Beratung beim Sozialverband Deutschland, der als Oberstleutnant und Absolvent der Stasi-Hochschule sicherlich ein überzeugter Anhänger der DDR war und nun möglicherweise unsere Opfer berät, auch wenn zwischenzeitlich eine solche Möglichkeit von Seiten des Sozialverbandes ausgeschlossen werden könnte. Was uns weiterhin schockiert, ist, dass den Jugendlichen in der Schule das Wissen über die DDR nur äußerst selten vermittelt wird. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat wiederholt auf Defizite in den Lehrplänen und Schulbüchern sowie auf Wissenslücken der Schülerinnen und Schüler hingewiesen. Die DDR als Diktatur – das steht selten in den Schulbüchern. Es gilt daher mehr denn je, den Heranwachsenden die Erfahrung demokratischen Denkens und Handelns überzeugend nahezubringen. Die Zeit drängt! Völlig unverständlich und für uns nicht hinnehmbar ist es, wenn bisher alle Randparteien im linken und rechten Spektrum als kurzfristige Erscheinungen deklariert und nicht beachtet werden. Nunmehr wird mit einer gewissen Lockerheit

von Politikern verschiedener Parteien hinsichtlich der »Linkspartei« bereits von einer fünften Partei – mit der man künftig leben und sich arrangieren müsse – gesprochen. Sollte es bei den Diskussionen jetzt verpasst werden, diese Auffassungen auszuklammern, dann ist es möglich, dass wir uns auf eine DDR (als Leichtversion) einstellen müssen – mit allen Konsequenzen. Und keiner sollte dann sagen können, das haben wir nicht gewusst und gewollt.

Wir ehemaligen Häftlinge sehen die jetzige Entwicklung mit großer Sorge und werden das in unserer Kraft Stehende tun, um eine solche Zeit nicht heranreifen zu lassen. Wir werden weiterhin unsere Stimme für Demokratie und Freiheit erheben und appellieren dringend an alle demokratischen Politiker und Parteien, mit uns das dafür Notwendige zu tun.



DIRK PANTER

Grußwort

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Matthias Eisel, sehr geehrter Herr Möller, sehr geehrter Herr Professor Schröder, sehr geehrter Herr Abgeordneter Schiemann, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramm, es ist mir eine große Ehre, heute hier stehen und vor Ihnen sprechen zu dürfen. Deshalb möchte ich als Erstes den Organisatoren dieses Forums ganz herzlich danken. Es ist für mich nicht einfach, heute hier zu sprechen, vor allem, wenn man sich das Thema betrachtet: »Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur.« Wie man vielleicht hört, bin ich selber nicht in der DDR aufgewachsen, sondern stamme aus Baden. Ich wurde 1974 geboren, und für mich war die Friedliche Revolution 1989 das erste weltpolitische Ereignis, das ich bewusst wahrgenommen habe. Ich konnte dann einen kleinen Einblick in das Leben in der DDR gewinnen, aber eigentlich erst, als es schon fast vorbei war.

Was will ich Ihnen also heute über den Alltag in der DDR erzählen? Ich bin zu dem Schluss gekommen: am besten gar nichts.

Natürlich weiß ich mittlerweile eine Menge über das Leben in der DDR. Ich habe mich 1995 bewusst entschieden, zum Studium nach Leipzig zu gehen und eben nicht nach München, Hamburg oder Köln. Ich konnte mit vielen Men-

schen sprechen, konnte ihre Sichtweisen erfahren. Wir haben diskutiert, ich habe Bücher gelesen, Ausstellungen besucht. Aber das Hören und das Lesen kann das Erleben natürlich nicht ersetzen.

Trotzdem ist die DDR-Vergangenheit in meiner Tätigkeit immer wieder präsent. Ich stehe hier ja nun auch als Generalsekretär der sächsischen SPD. Deshalb möchte ich einerseits natürlich an das schwierige Schicksal vieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR erinnern, andererseits aber auch ganz konkret an den Tod von Annemarie Ränger im vergangenen März. Ich weiß, dass sie hier besonders geschätzt wird. Denn sie war auch eine Kämpferin für die Ideale von Freiheit und Demokratie.

In der DDR gab es trotz Unterdrückung und Diktatur immer klare Vorstellungen von Freiheit und Demokratie. Das hat man gesehen im Juni 1953, 1968, in der kirchlichen Arbeit, in der Umweltbewegung oder ganz massiv auf den Straßen 1989. Der Wunsch nach Demokratie und Freiheit war einfach nicht kleinzukriegen. Wenn man sich heute in der »real existierenden« Demokratie befindet, dann wird oft mehr über deren Nachteile als über die Vorzüge gesprochen. Der Grund dafür liegt natürlich in langatmigen Entscheidungsprozessen, in Diskurs und Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen. Das kann manchmal – um es flapsig auszudrücken – nerven.

Doch wie sähen denn die Alternativen aus? Gerade Menschen aus der ehemaligen DDR haben mitbekommen, wie Politik ohne sie gemacht wurde, oft auch gegen sie, mit ihnen aber fast nie. Deshalb ist es umso bedauerlicher, dass heute wieder viele sagen, die da oben machen doch nur, was sie wollen.

Es wird Sie nicht überraschen, dass ich anderer Meinung bin. Natürlich wären schnellere Entscheidungsprozesse schön, wir sehen es ganz aktuell an der schwierigen Diskussion um die Waldschlösschen-Brücke in Dresden oder bei der polemischen Debatte um die Privatisierung der Stadtwerke in Leipzig. Aber ich finde, dass wir genau diese Debatten führen können, ohne dass Menschen um ihr Leben, um ihre Familien fürchten müssen, ist sicherlich einer der wichtigsten Vorzüge unserer Demokratie.

Ich war als Schülersprecher und auch als engagierter Studentenvertreter schon in jungen Jahren sehr kritisch und habe viel diskutiert, war mir aber auch des Glückes wohl bewusst, dass ich selbst genieße. Dass ich meine Meinung frei äußern darf, ohne die Gefahr, verfolgt oder eingesperrt zu werden. So schwerfällig uns also die Demokratie erscheinen mag, es ist kein besseres Gesellschaftssystem in Sicht. Es mag sein, dass man auch ein gutes System noch verbessern kann. Man kann den Bürgerwillen viel stärker einbeziehen – direkte Demokratie als Stich-

wort. Aber es ist und bleibt so: Ein besseres System ist nicht in Sicht.

Deshalb dürfen wir auch nicht auf die einfachen Antworten der Rechts- und Linkspopulisten hereinfallen. Viele von Ihnen im Saal wissen, was passiert, wenn man auf diese einfachen Antworten hereinfällt. Lassen Sie uns deshalb alle gemeinsam für Demokratie kämpfen! Sagen Sie immer wieder, was es bedeutet, wenn man in einem Staat lebt, der das Wort Freiheit eben nicht buchstabieren konnte! Halten Sie bitte die Erinnerung daran wach!

Ich möchte noch kurz etwas zum eigentlichen Thema des heutigen Tages, zum Alltag in der DDR sagen. Die DDR war für viele Menschen Heimat. Es gab einen Alltag, es wurden Familien gegründet, man hat versucht, sein Leben zu gestalten. Für eine Vielzahl von aufrechten Menschen war die DDR der Staat, der einzige Staat, den sie kannten. Ich denke auch, dass man die Lebensleistung der Menschen, die dort erarbeitet wurde, anerkennen muss, wir dürfen sie nicht negieren. Aber die DDR hatte auch eine andere Seite. Die DDR war kein Staat wie jeder andere. Wer so etwas sagt, der macht es sich zu einfach. Wer aus der Norm ausbrechen wollte, der wurde mit aller Härte verfolgt. Eine andere Meinung wurde nicht geduldet, sondern verfolgt. Deshalb ganz klar: In der DDR war vieles viel zu schlecht, als dass es damals besser als jetzt gewesen sein könnte.

Im Lichte dessen darf man natürlich empört sein, wenn über die Schließung der Stasi-Unterlagenbehörde diskutiert wird. Natürlich darf man empört sein, wenn ehemalige Stasi-Offiziere sich immer dreister äußern. Und natürlich darf man empört sein, wenn von Linkspopulisten versucht wird, die DDR zu verklären. Es muss nicht alles schlecht gewesen sein, aber es kann auf keinen Fall alles besser gewesen sein.

Dieses richtige Leben im Alltag der DDR, dieses richtige Leben in der falschen Welt der Diktatur, gab es mal offensichtlicher – indem man sich aufgelehnt, Ausreiseanträge gestellt oder sich anders offen gegen das System artikuliert hat –, mal im Verborgenen. Aber es ist und bleibt ein Leben in der Diktatur.

Deshalb muss die Erinnerung daran wachgehalten werden. Ich möchte gerade an Menschen wie Sie, ohne die es eine Friedliche Revolution 1989 nicht hätte geben können, mit appellieren, diese Erinnerung wachzuhalten. Das Bautzen-Forum erinnert Jahr für Jahr aufs Neue genau daran. Es erinnert uns und hilft dabei, dass die DDR nicht von den Tätern verklärt wird, sondern dass die Erinnerung von den Opfern erzählt wird. Lassen Sie uns deshalb alle gemeinsam daran arbeiten, dass wir die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und sie für die Zukunft positiv einsetzen können. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ertragreiche Diskussionen. Vielen Dank.



MARKO SCHIEMANN

Grußwort

Sehr geehrter Herr Matthias Eisel, sehr geehrter Herr Vorsitzender Möller, sehr geehrter Herr Mühle, sehr geehrter Herr Dirk Panter, lieber Oberbürgermeister Christian Schramm, sehr geehrter Herr Kreisrat Michael Böhmer, liebe Lehrerinnen und Lehrer, liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung. Herr Eisel, Ihnen und Ihren fleißigen Mitarbeiterinnen möchte ich ganz herzlich Dank sagen dafür, dass Sie Durchhaltevermögen gezeigt, hart gearbeitet und immer wieder erreicht haben, dass dieses Bautzen-Forum Bestand hat. Dafür Ihnen und der Friedrich-Ebert-Stiftung ganz herzlichen Dank!

Sie haben mit diesem Bautzen-Forum etwas ganz Besonderes, etwas Unvergleichliches auf die Beine gestellt. Diesen langen Atem wünsche ich auch für die Zukunft, auch, wenn Sie nach neuen Partnern suchen, die mithelfen sollen.

Das Bautzen-Forum ist nicht nur ein Ort, wo sich Kameraden, Opfer und Leidensgenossen treffen. Es ist auch ein Forum, das die Leidensgeschichten, die Lebensgeschichten und Lebensleistungen vieler Menschen – Frauen und Männer – würdigt. Ein Forum, in dem die Erinnerung an die Vergangenheit wach gehalten

wird. Es bietet aber auch Raum für die Mahnung, das Geschehene niemals wieder zuzulassen. Auch heute sollen Sie mit Ihrem Wissen zur Erinnerung, aber auch zur Mahnung beitragen. Erinnerung und Mahnung sind bitter nötig, damit die Zeit und das Erlebte nicht vergessen werden. Und dafür, dass diese Zeit nicht verklärt und anders dargestellt wird, als sie tatsächlich war.

Wie war die Zeit der SBZ und DDR eigentlich? Ich glaube, Sie müssten Monate hier sitzen, um von einem Schwarz-Weiß-Klischee dazu zu kommen, alle Facetten dieses Lebens beschreiben zu können. Das ist eine schwere Aufgabe. Ich glaube, man muss warnen, dass Schwarz-Weiß-Denken an dieser Stelle falsch wäre.

Frau Bundestagsabgeordnete Maria Michalk hat sehr frühzeitig, schon bei der ersten Besetzung des Gefängnisses Gelbes Elend, darauf hingewiesen, dass wir eine deutliche Aufklärung brauchen und dass diese deutliche Aufklärung für die Interessen der Häftlinge sprechen muss. Dafür danke ich der Bundestagsabgeordneten ganz herzlich, die hier im Saal unter uns weilt.

Zwei Millionen Mitglieder hatte die SED. Viele weitere DDR-Bürger sind mitmarschiert. Sie kennen das Motto vielleicht aber auch aus Ihrem Erlebnisbereich: Wer mit dem Strom schwimmt, hat es im Leben einfacher. Und dennoch gab es auch in der DDR einige Millionen, die nicht mitmarschiert sind und sich verweigert haben. Viel geringer war die Zahl derjenigen, die sich offen und deutlich gegen das System positioniert und aufgelehnt haben. Geben Sie gerade diesen Frauen und Männern Raum für die Erinnerung, die für die Geschichte notwendig ist. Damit wird nicht die Leistung derjenigen geschmälert, die sich weiterhin bewusst verweigert und Nischen und Schutzräume gesucht haben.

Eines muss aber bewusst bleiben: Wer sich verweigert hat, musste mit Nachteilen in Schule, Ausbildung, Beruf und in vielen anderen Bereichen des Lebens rechnen. Und dennoch können diese Frauen und Männer ihren Kindern stolz und aufrecht sagen: Ich habe widerstanden. Hunderttausende haben sich der Ideologie der Herrschenden verweigert, sich Schutzräume oder Nischen gesucht. Familie: ein ganz besonderer Schutzraum. Denn auch in der DDR wurde geliebt. Das kann uns niemand absprechen. Aber das hat nichts mit dem Staat zu tun, das geschah im Schutzraum der Familie. Kinder, Kultur, Kunst, Literatur und die Kirchen boten besondere Schutzräume – trotz Bespitzelungen. Im Schutz der Kirchen reifte der Samen für die Friedliche Revolution des Herbstes 1989. Dies dürfen wir niemals vergessen.

Das Jahr 2008 bietet Zeit zur besonderen Erinnerung. Vor 40 Jahren, im Jahre 1968, wurde in Leipzig die Universitätskirche gesprengt. Unter dem Motto: So schön wird unser sozialistisches Leipzig, titelte damals die Leipziger Volkszeitung.

Für die Kommunisten war klar, dass auf dem Karl-Marx-Platz in Leipzig eine Kirche nichts mehr zu suchen hatte. So wie die Universitätskirche sollten die Kirchen in der DDR überhaupt verschwinden. Deshalb war diese Sprengung mehr als nur Kulturbarbarei.

Ich möchte noch an ein zweites Ereignis des Jahres 1968 erinnern. Der Prager Frühling war das Zeichen der Hoffnung, der Versuch, dass es ohne Diktatur des Sozialismus möglich sein kann, in einem sozialistischen Land zu leben. Es sollte ein Sozialismus mit einem menschlichen Antlitz werden. Das belegt deutlich, welches Antlitz der Sozialismus in den anderen Staaten seit 1948 gehabt hat. Mit Pressefreiheit, Demonstrationsrecht und vorsichtiger Zulassung von Organisationen und Verbänden sollte dieses menschliche Angesicht geschaffen werden. Dieser Versuch wurde mit dem Blut des Volkes unterdrückt. Wer sich auf den Weg des Sozialismus und Kommunismus begibt, wird zwangsläufig in der Diktatur landen. Das habe ich auf diesen Bautzen-Foren immer wieder gehört. Ich glaube, davor sollten wir warnen. Diktaturen leben von Folter und Unterdrückung, scheuen immer die Mitbestimmung und die Freiheit des Volkes. Demokratie aber bleibt die einzige und klare Antwort gegen Diktatoren. Der jungen Generation möchte ich sagen: Wehrt euch gegen Unrecht. Setzt euch gegen Folter und Unterdrückung ein. Demokratie kostet Zeit, ist manchmal kompliziert. Das Wichtigste: Demokratie rettet viele Menschenleben.

Sie als ehemalige Häftlinge wissen, warum viele Ihrer Mithäftlinge nicht überlebt haben. Weil sie in der Diktatur inhaftiert waren.

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, 18 Jahre gehöre ich nun zu Ihnen. Ich habe mich gefragt, was Ihnen die Kraft gegeben hat, zu widerstehen. Viele von Ihnen eint ein Lebensmotto: Hoffnung. Sie haben die Haft überlebt, weil Sie Hoffnung hatten. Sie haben 1990 hier überlebt, weil Sie Hoffnung hatten. An zweiter Stelle steht der Glaube an Gott. Viele haben mir erzählt, dass in der Haft in Bautzen auch die Menschen beten gelernt haben, die vorher nichts von Gott wissen wollten. Der dritte Punkt: Ich habe immer wieder einen unvergleichlichen Humor erlebt. Ich verstehe manchmal gar nicht, wie man nach so langer Haft und nach so viel Unterdrückung so viel Humor in sich haben und diesen Humor an andere weiter geben kann. Viertens: Der feste Wille, nicht aufzugeben, niemals mehr eine Diktatur zuzulassen.

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, geben Sie uns damit Kraft für unser Leben. Ich danke Ihnen für Ihr Wirken und wünsche diesem XIX. Bautzen-Forum gutes Gelingen!



CHRISTIAN SCHRAMM

Grußwort

Sehr geehrter Herr Möller, sehr geehrte Besucher und Gäste und Veranstalter des diesjährigen Bautzen-Forums,

ich darf sie alle sehr herzlich in Bautzen willkommen heißen. Zum nunmehr 19. Male stellt sich das Bautzen-Forum als zeitgeschichtliches Podium für Aufarbeitung und als Lernwerkstatt der interessierten Öffentlichkeit. Das Forum ist gewissermaßen eine Wechselstube, in der Persönliches und Erforshtes umgemünzt werden in heute allgemein Handhabbares und Nötiges.

2008 heißt das Thema »Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur«. Jeder versucht, so gut zu leben, wie er es kann. Das gilt wohl in totalitären Systemen so gut wie anderswo. Aber es darf uns nicht die Augen verkleistern vor den besonderen Tücken und den besonderen Anfechtungen in einer Diktatur. Und es ist wohl auch richtig, dass in einem belasteten Umfeld Geradeausleben nur schwer gelingen kann. Nicht, dass die Menschen in der DDR weniger ehrlich, anständig, weniger sozialisiert und weniger selbstbewusst gewesen wären. Aber sie mussten ihre machbaren Lebensformen finden. Das hat Nischen hervorgebracht und gesellschaftliche Separees. Es hat Menschen zur Doppelgesichtigkeit verbogen und den

Rückzug ins Private befördert, aber auch konsequenten Widerstand und aufrechte Haltung. Wir wissen, dass manches auch im anderen Teil Deutschlands, wenn auch aus anderen Gründen, Schwierigkeiten hervorgebracht hat. Ich will die DDR nicht rechtfertigen, aber viele haben in diesem verquastem kaputtgemachten Land versucht, anständig zu bleiben und das Richtige zu tun. Auch das gilt es festzuhalten.

Aber natürlich waren die Menschen den Zwängen des Systems ausgeliefert. Dies zeigte sich in einem ideologisierten Schulsystem, der täglich spürbaren Mangelwirtschaft, einer harschen Reisebegrenzung und damit einhergehenden Erfahrungsverengung, in den Folgen fehlender Presse- und Meinungsfreiheit und schließlich in dem Angst gebärenden Überwachungssystem der Staatssicherheit. Ich selbst habe erfahren müssen, wie es ist, abgehört und ausgespäht zu werden. Oft waren die Methoden subtil, aber gleichwohl brutal in ihren Wirkungen.

Es gibt Legionen weiterer, banaler Beispiele: Musik machen mit 60:40-Programmen; Fotos machen, deren Motive in den Knast bringen konnten; Texte schreiben, deren Worte den Autor mundtot machten. Die Grotesken könnte man lange fortführen. Nie vorher und nie nachher habe ich das Wort Freiheit so buchstabiert, ersehnt und mich zugleich auch vor dem unbekanntem Wesen geängstigt.

Wir wissen: Ein Sechstel der Bevölkerung hat unter diesen Widersprüchen so gelitten, dass es die Heimat verlassen hat – oft genug waren es gar nicht direkt politisch Verfolgte, sondern Menschen, die sich in ihrem Alltagsleben so eingeengt fühlten, dass sie hier nicht weiter leben wollten.

Eines habe ich, haben wir gelernt. Leben in einer Diktatur wird nicht besser, wenn man schweigt und alles hinnimmt. Und aus dieser komprimierten und täglich nachprüfbarer Erfahrung realisierte sich schließlich der Kipp-Punkt der Friedlichen Revolution: endlich denken dürfen, alles singen dürfen, frei atmen können.

Wie groß war der Einfluss des politischen Systems auf das Alltagsleben in der DDR wirklich? Und es bleibt die Frage: Was macht uns widerstandsfähig? Sind es Freunde, ist es politische Erkenntnis oder ist es behütetes Menschwerden in einer Familie? Sie werden aus Ihrer Erfahrung berichten, Berichte hören und nach Antworten suchen. Dazu wünsche ich gutes Gelingen.



Referat

RICHARD SCHRÖDER

Alltag in der DDR

Die Zukunft ist offen, die Vergangenheit steht fest, denn was geschehen ist, kann niemand ungeschehen machen. Aber was genau ist denn geschehen? Darüber wird vor Gericht gelegentlich jahrelang gestritten und Jahr für Jahr bringen die Historiker neue Bücher über längst Geschehenes heraus. Irgendwie ist auch die Vergangenheit offen. Es geht uns beim Gang durch die Zeit ähnlich wie beim Wandern: Ständig verändert sich nicht nur der Ausblick, sondern auch der Rückblick, nicht weil Berg und Tal sich bewegen, sondern wir uns.

Erinnerung kann vergolden, sie kann dramatisieren und beides umso mehr, je stärker der Erinnernde engagiert ist. *Sine ira et studio*, ohne Zorn und Eifer, das ist für Zeitzeugen besonders schwer. Wenn es um die Erinnerung an einen vergangenen Alltag geht, kommt zweierlei erschwerend hinzu. Wer heute über damals berichtet, muss darstellend auswählen, nämlich das Bemerkenswerte, Besondere, Interessante – interessant für diejenigen, die diesen Alltag nicht erlebt

haben. Und die interessieren sich für das aus heutiger Sicht Unnormale an jenem Alltag. Damals aber war Alltag Alltag, und der ist doch immer geradezu der Inbegriff des Normalen. Die rückblickende Darstellung für Dritte entnormalisiert zwangsläufig das damals Normale. Das ist in einer Hinsicht berechtigt. Manches Verkehrte am damals Normalen fällt manchen erst rückblickend auf, weil sie jetzt erst vergleichen können. Mit einem gewissen Abstand sieht man besser. Was einem zu nahe ist, entzieht sich der Wahrnehmung. Aber nicht alles damals Normale war verkehrt. Vieles haben alle Alltage überall gemeinsam. Es wird geliebt und getrauert, es gibt Alltagsorgen und Alltagsfreuden, Freundschaften und Feindschaften, Großherzigkeiten und Gemeinheiten, schönes Wetter und trübe Tage, Erfolge und Niederlagen, Krankheit und Genesung. Und wer diese Elemente des richtigen Lebens im verkehrten nicht anerkennen will, ist ein Fanatiker. Es gehört nämlich überall zum richtigen, sprich typisch menschlichen Leben leider immer auch viel Verkehrtes und immer auch viel Erfreuliches. Dieser Teil des Alltags aber entzieht sich der Darstellung, weil nur das Außergewöhnliche interessiert. Man muss ihn aber immer mit dazudenken.

Und das andere Problem der Erinnerung an den vergangenen DDR-Alltag: Jeder hat nur seinen erlebt. Wenn heute ein ehemaliger DDR-Bürger dem anderen nach hitziger Debatte vorwirft: »Sie müssen in einer anderen DDR gelebt haben als ich«, hat er womöglich ungeahnt ins Schwarze getroffen. Ein NVA-Offizier, ein LPG-Bauer und ein Pfarrer haben tatsächlich jeder einen anderen DDR-Alltag erlebt und oft vom anderen Alltag wenig geahnt, denn in der DDR gab es keine freie, gemeinsame Öffentlichkeit. Nur insofern war sie eine Nischengesellschaft und nicht, wie Günter Gaus meinte, als Idylle einer fidelen Kleingartenkolonie.

Was hätten denn damals die meisten DDR-Bürger als charakteristisch für ihren Alltag benannt? Dass es der Alltag in einer Diktatur war, wird man heute erwarten. Falsch geraten. Das Wort Diktatur war nämlich umfunktioniert. Ganz offiziell wurde die politische Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik als »Diktatur des Proletariats« bezeichnet. Demokratie (die »sozialistische«), Republik und Diktatur waren deshalb dasselbe. Das ist nur eine kleine Probe der babylonischen Sprachverwirrungen, die der Marxismus-Leninismus, diese monströse Desorientierungstheorie, angerichtet hat – nicht ohne Erfolg.

Es gab noch einen anderen Grund, die politischen Verhältnisse nicht als Diktatur zu brandmarken. Fundamentalkritik war lebensgefährlich. Die einen wussten das und vermieden deshalb, solche Fundamentalkritik auszusprechen. Die anderen gingen, oft unbewusst, einen Schritt weiter und vermieden es, das Lebensgefährli-

che auch nur zu denken. Sie mieden die Anstrengung, das Verkehrte weiter für verkehrt zu halten, obwohl man es so nicht nennen durfte und nicht ändern konnte. Eine dritte Gruppe, darunter viele Intellektuelle, reduzierte ihre Kritik auf die Formel: »Die Idee des Sozialismus ist gut, bloß die Durchführung ist schlecht.« Das Fatale dieser Position: Sie verstand sich als couragiert und oppositionell – und war doch in Wahrheit systemstabilisierend. Da bis heute viele diese Position vertreten, erinnere ich daran, dass nach 1945 eine ganze Zeit lang eine Mehrheit die These bejaht hat: »Die Idee des Nationalsozialismus war gut, nur die Durchführung schlecht«, wie für Westdeutschland durch damalige Umfragen belegt ist und für Ostdeutschland ebenfalls vorausgesetzt werden muss. Ich sage voraus: Wie wir heute diese Umfrageergebnisse peinlich finden, wird die nächste Generation jene auch peinlich finden.

Schwierig ist die Frage zu beantworten, wie denn die Akteure des Systems vor sich selbst ihr Tun gerechtfertigt hatten. Das Fehlen einer Öffentlichkeit behinderte auch die Gewissensbildung. Die Funktionäre blieben unter sich und setzten ihr Legitimationssystem nicht Einwänden von außen aus, sondern stabilisierten es durch Schulungen. Ich habe einmal ein Gespräch von Wirtschaftsfunktionären im Nebenabteil der Eisenbahn unfreiwillig mitgehört. »Wie wir das damals bei der Gründung der LPGs durchgezogen haben, da darf ich gar nicht daran denken. Aber es war ja notwendig«, sagte einer. Er war nicht gewissenlos, aber er betäubte sein Gewissen mit der marxistisch-leninistischen »historischen Notwendigkeit«. Sie war das Opium fürs Gewissen.

Gegenüber dem verquastem Sozialismus-Idealismus vieler Intellektueller in Ost (und West!) war der politische Witz, der nirgends so gut gedeiht wie in der Diktatur, viel realistischer. Er ist ein authentisches Zeugnis der nicht korrumpierten Wahrnehmung des Volkes. Dass der politische Witz zusammen mit der DDR untergegangen ist, beweist nicht, wie doch manche tatsächlich behaupten, dass uns nun das Lachen vergangen sei, sondern dass es dieses indirekten Mediums der verschlüsselten Kritik nicht mehr bedarf.

Also: Ein Arbeiter wird interviewt. »Was ist Ihre Meinung zu unserer Volkspoliticalpolitik?« »Da schließe ich mich ganz den Ausführungen der Genossin Margot Honecker an.« Und was ist Ihre Meinung zu unserer Wirtschaftspolitik?« »Da schließe ich mich ganz den Ausführungen des Genossen Günter Mittag an.« Und so weiter. »Ja, haben Sie denn gar keine eigene Meinung?« »Doch, aber der schließe ich mich nicht an.«

Die eigene Meinung, der man sich nicht anschloss, das ist eine zwar irritierende, dennoch aber treffende Formel für den Aggregatzustand der Kritik der politi-

schen Verhältnisse in einer Diktatur bei denen, die dem Sozialismus-Idealismus nicht auf den Leim gegangen sind. Sie haben durch den politischen Witz die Sprachnot der Kritik kompensiert. Warum durch den Witz? Weil er das Unsagbare aufblitzen lässt, ohne es auszusprechen. Unausgesprochen war allerdings die Situation in der Diktatur ständig präsent. Wie weit dieses Nichtbesprechen ging, konnte man daran erkennen, dass Ende 1989 in der Öffentlichkeit eine Unsicherheit auftrat, ob es nun der oder die Stasi heißen solle. Es gab keinen eingefahrenen Sprachgebrauch, weil man das Unheimliche nicht beim Namen nannte. Man flüsterte von der Firma oder der Sicherheit, wie man im Mittelalter den Teufel nicht beim Namen nannte, sondern als Gottseibeius oder den Leibhaftigen umschrieb.

Was die DDR-Bürger damals als charakteristisch für ihren Alltag zuerst benannt hätten, wäre sicherlich die Mangelwirtschaft gewesen. »Haben Sie Teppiche?« »Nein, keine Teppiche gibt's eine Etage höher, hier gibt's keine Schuhe.« Oder: »Keine Bretter für die Laube, keine Nägel, keine Schraube, für den Hintern kein Papier, aber 'n Sputnik haben wir.« Wir waren eine Gesellschaft von Jägern und Sammlern und sehr erfinderisch in der Kompensation des Mangels. Er hat uns viele Erfolgserlebnisse verschafft, die wir heute nicht mehr haben, weil man jederzeit kaufen kann, was man im Alltag braucht. Was mühsam erworben ist und schwer ersetzbar, wird höher geschätzt. Die Dinge waren wertvoller als heute. Wir haben mit viel Fantasie repariert, was heute einfach weggeschmissen wird – übrigens oft mit einem ökonomisch unvertretbaren Aufwand von Zeit und Material. Bis heute erfüllt es mich mit einer gewissen Genugtuung, dass ich, typisch DDR-Bürger, sehr viel besser weiß, was sich unter der Motorhaube befindet, als meine westlichen Berufsgenossen. Wer ein Auto hatte, hatte die notwendigsten Ersatzteile, vor allem einen Auspuff, im Keller, weil auf den Ersatzteilhandel kein Verlass war – woraufhin in den Kellern wahrscheinlich mehr Auspuffe lagerten, als zur Befriedigung des Bedarfs nötig gewesen wäre. Insofern verschärfte der Mangel den Mangel. Der Mangel hatte auch eine kommunikative Seite: Hilfst du mir, helf ich dir. Ich brauchte mal ein Lager für meine Jauchenpumpe (Kanalisation haben wir erst seit 1993), und das gab's nicht im Geschäft. Der Schwager des Nachbarn hat in einer Pumpenwerkstatt gearbeitet und mir eines besorgt. »Das kostet nichts«, hat er gesagt, »Honecker hat doch gesagt, wir sollen noch mehr aus unseren Volkseigenen Betrieben herausholen.« Man sieht an dem Beispiel zugleich, was das Wort »Organisieren« alles abdeckte: gewusst wo, gewusst wie, verbunden mit einem sehr weitherzigen Verständnis von Legalität.

In einer Marktwirtschaft ist der Kunde König, in einer Mangelwirtschaft der Ver-

käufer, weil er über das verfügte, was knapper war als Geld: Waren. Sie gehörten ihm nicht. Aber er konnte über ihre Verteilung entscheiden. Ökonomische Macht ist durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht verschwunden, sie ist nur in andere Hände gelangt, in die der Verteiler und Organisierer. Nicht selten haben Verkäuferinnen dabei einen respektablen Gerechtigkeitsinn entwickelt, der nach 1990 ausgesprochen komisch wirkte, wenn sie nämlich den Kunden verwehrten, zu viel von einem Sonderangebot zu nehmen. Die anderen sollen doch auch noch was davon abbekommen. Sie missverstanden das Sonderangebot zur Lagerräumung als knappes Gut.

Nach marxistisch-leninistischer Lehre sollte im Kommunismus das Geld abgeschafft, nämlich überflüssig werden, denn es sollte der Grundsatz gelten: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.« So stand es nun mal in der »Kritik des Gothaer Programms« von Marx. Alle Schüler und Studenten mussten diesen Unsinn lernen, und ich wüsste gern, wie viele Lehrer wenigstens ein schlechtes Gewissen hatten, wenn sie diesen und massenhaft gleichrangigen Unsinn mit ernstem Gesicht gelehrt haben. Als die fünfte Klasse meiner Tochter zum ersten Mal mit der Weisheit konfrontiert wurde, dass im Kommunismus alles allen gemeinsam gehört, fragte ein Schüler ganz unschuldig: »auch die Zahnbürste und die Unterhose?« Die Frage wurde ganz ernsthaft im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus beantwortet.

Was aber die Abschaffung des Ostgelds betrifft, so war bereits der Sozialismus darin beachtlich weit fortgeschritten. Frage an den Sender Jerewan: »Gibt es im Kommunismus noch Geld?« Antwort: »Nur.« Ostgeld war ein Bezugsschein ohne Einlösungsgarantie und im Kommunismus gebe es »nur« noch solches Geld. Man brauchte zusätzlich »Vitamin B«, sprich Beziehungen. Was passiert, wenn der Sozialismus in der Sahara eingeführt wird? Fünf Jahre nichts, dann wird der Sand knapp. Der Tausch Ware gegen Ware war weitaus effektiver als der Tausch Geld gegen Ware. Und die wertvollsten Waren waren die Westwaren – und das Westgeld, der Bezugsschein für ansonsten Unerreichbares. Wer in einer Anzeige für Seltenes Westgeld zu zahlen bereit war, schrieb »Tausche blaue Fliesen gegen ...« – die Hundert-Westmark-Scheine waren blau. Aber wer hatte denn Westgeld in der DDR? Das war nun das Verrückte an dieser Ordnung der Dinge: Westgeld hatte am ehesten jemand mit Westkontakten, die aber waren den SED-Funktionären untersagt. Das alles galt allerdings erst für die Siebziger- und Achtzigerjahre. Bis zum Bau der Mauer war der Besitz von Westgeld ein Verhaftungsgrund. Und mit Westgeld in der Tasche in Grenznähe erwischt zu werden konnte auch späterhin als Indiz für einen »Republikfluchtversuch« gewertet werden. Bis zuletzt wurde



bestraft, wer beim Tauschen von Westgeld gegen Ostgeld oder umgekehrt erwischt wurde.

Heute loben viele an der DDR die menschliche Wärme; damals habe sich nicht alles, wie heute, um Geld und Karriere gedreht. Daran ist nur richtig: Es ging damals mehr um Waren als um (Ost-)Geld. Aber für deren Beschaffung wurde ein erheblicher Aufwand getrieben. Was tut ein Franzose, wenn er seine Frau mit einem Liebhaber erwischt? Er nimmt das Küchenmesser und ersticht ihn. Und ein Engländer? Er nimmt den Revolver und erschießt sich. Und ein DDR-Bürger? Er sagt: »Ihr mehrt hier rum und im Konsum gibt's Spargel.« Also bitte nicht flunkern. Dass es den DDR-Bürgern im Unterschied zu den Westdeutschen vor allem um ideelle und nicht um materielle Werte ging, ist geflunkert. Allerdings: Mangel macht erfinderisch und in gewissen Grenzen auch solidarisch. Auch die Elbeflut hat viel Solidarität freigesetzt. Sollen wir uns deshalb regelmäßig Elbefluten wünschen?

Die Karriereinteressen waren in der Tat gedämpft, weil sich viele gesagt haben: Von einer höheren Position in diesem dysfunktionalen System habe ich doch bloß mehr Ärger, sonst nichts. Außerdem wird dann erwartet, dass ich SED-Mitglied werde. Und das wollten viele nicht, aus ganz verschiedenen Gründen: der Parteidisziplin wegen, die einem auch unangenehme Parteiaufträge einbringen konnte, der politischen Dauerschulung wegen, weil sie ihre Beziehungen zu westlichen Verwandten nicht abrechnen wollten, oder auch, weil der SED-Parteibetrag ziemlich hoch war. Manche wichen einer Anwerbung für die SED dadurch

aus, dass sie schnell in eine der »Blockparteien« eintraten. Dann waren sie sozusagen schon vergeben. Manche sind in die CDU eingetreten, weil sie die atheistische Ausrichtung der SED ablehnten. Ein Hort der Opposition waren die Blockparteien nicht, aber doch immerhin eine Versammlung von Leuten, die nicht in der SED sein wollten. Trotzdem waren aber von 16 Millionen Einwohnern 2,4 Millionen SED-Mitglieder.

Im Betrieb eine ruhige Kugel schieben (»nach eins macht jeder seins«), danach mit ein bisschen Feierabendarbeit dazuverdienen und dann alle Kraft und Fantasie (nicht unbedingt ebenso viel Geschmack) in die Datsche (das Wochenendhäuschen) stecken, das war für viele einfach eine günstigere Gesamtbilanz. Das war keine Drückebergerei, sondern hing auch damit zusammen, dass die Arbeit im Betrieb in einer Mangel- und Kommandowirtschaft frustriert. Ständig fehlten Ersatzteile, Zulieferungen blieben aus und der Plan sollte dennoch erfüllt werden. Also wurde gemogelt. Ein LPG-Bauer, der nebenher noch eine kleine private Landwirtschaft betrieb, wurde von einem guten Bekannten gefragt, warum er sich das antue. Er hat geantwortet: Einmal am Tage möchte er auch etwas richtig und ordentlich machen, und das hat sich übrigens für ihn auch finanziell gelohnt. Epikurs Grundsatz: *lathe biosas, lebe im Verborgenen*, war sehr beliebt: am besten nicht auffallen. Das war ein Grundsatz der Vorsicht. Denn wer auffiel, besonders der Stasi auffiel, konnte nicht mit Nachsicht rechnen. Das vergessen diejenigen ganz, die heute die menschliche Wärme der DDR loben. Wir waren alle sehr wählerisch in der Frage, wen wir zu uns nach Hause einladen. Und im Gespräch mit Unbekannten waren wir äußerst vorsichtig bei politischen Themen. Außerdem gab es echte Kommunikationsverbote. Der sowjetische Militärarzt, der, vermittelt durch die Kinder, zu einer ostdeutschen Familie auf derselben Straße freundschaftliche Beziehungen aufnahm, wurde deshalb umgehend nach Moskau versetzt. In einem Dorf standen Pfarrhaus und Schule nebeneinander. Die Vorschulkinder des Pfarrers und des Schulleiters spielten zusammen. Als sie in die Schule kamen, erklärte der Schulleiter dem Pfarrer freundlich und mit Bedauern: »Sie werden verstehen, dass unsere Kinder jetzt nicht mehr zusammen spielen können, bei meiner Stellung.« Der Polizist, dessen verstorbene Mutter ein christliches Begräbnis gewünscht hat, kommt im Dunkeln zum Pfarrer, um die Beerdigung zu besprechen. »Eigentlich sollen wir ja gar nicht mit Ihnen sprechen, aber es war doch der letzte Wille meiner Mutter.« Die Humboldt-Universität habe ich im März 1991 zum ersten Mal betreten, denn am Eingang saß ein Pförtner, der den Studenten- oder Dienstaussweis sehen wollte. Und so etwas hatte ich nicht. Was die Stasi unter dem Fachausdruck »Zersetzung« an Kommunikationsstörun-

gen inszeniert hat, haben wir großteils erst nach 1990 erfahren. Einiges davon haben diejenigen, die ihr aufgefallen waren, aber damals schon geahnt.

Der Rückzug ins Private war nur sehr begrenzt möglich. Datenschutz war ohnehin ein Fremdwort. Zudem aber waren die verschiedenen Lebensbereiche rückgekoppelt. Ein Lob oder Tadel der Kinder in der Schule wurde an die Arbeitsstelle gemeldet. Wenn das Kind nicht in die FDJ, die Jugendorganisation, eintrat, konnte es im Betrieb deshalb ein »Kadergespräch« geben. Ein kritischer Brief an das Neue Deutschland landete ohnehin bei der Stasi und konnte eine Vorladung zur Folge haben. Beantwortet übrigens wurden meine Briefe nie. Außerdem gab es Sippenhaft. So konnte jemand mit Gefängnis bestraft werden, weil seine erwachsenen Geschwister einen Republikfluchtversuch unternommen hatten, von dem er gewusst hatte. Da der Vater verstorben war, hätte er als der ältere Bruder sie von dem Versuch abbringen müssen. Und überhaupt: Der Zugang zur Oberschule hing von der »sozialen Herkunft« – Arbeiter- und Bauernkinder sollten bevorzugt werden –, der weltanschaulichen Orientierung und politischen Zuverlässigkeit des Elternhauses ab, für die bekanntlich kein Kind etwas kann. Arbeiter zum Ingenieur: »Meine Kinder kommen auf die Oberschule, deine nicht.« Ingenieur zum Arbeiter: »Meine Enkel kommen auf die Oberschule, deine nicht.«

Das Unheimliche der Staatsmacht in der Diktatur beruhte auf ihrer Undurchschaubarkeit und Unberechenbarkeit. Sie war eine Black Box. Man wusste nie sicher, ob man im Stand der Gnade, der Ungnade oder der Unauffälligkeit war. Man musste raten, warum die Aufenthaltsgenehmigung für die Westverwandten abgelehnt wurde. Eine Begründung bekam man nicht und Widerspruchsmöglichkeiten waren gar nicht vorgesehen. Dadurch wurde das Risiko aufmüpfigen oder unangepassten Verhaltens unkalkulierbar. Einigermaßen sicher war man nur im Bereich des allgemein Üblichen, sprich in der Unauffälligkeit. War die Staatsmacht einmal auf jemanden aufmerksam geworden, war ihre Verdächtigungsfantasie nahezu grenzenlos. Umgekehrt konnte man sich verfolgt sehen, ohne es zu sein. Also Gespensterfurcht auf beiden Seiten.

Die Begeisterung für die menschliche Wärme in der DDR beruht teils auf Verdrängung, teils auf damaliger Unkenntnis. Jeder konnte wissen, dass Christen im Bildungswesen und Berufsleben benachteiligt wurden. Jeder konnte wissen, dass viele, die die DDR vor 1961 verlassen haben oder später geflohen oder ausgereist sind, nachvollziehbare Gründe dafür hatten, nämlich diskriminierende Benachteiligungen. Es war aber vielen unangenehm, daran erinnert zu werden, dass es all dies gab. Oft habe ich gehört: Wer beim Fluchtversuch umkommt, ist doch selbst dran schuld. Jeder weiß doch, dass an der Grenze geschossen wird. Daneben gab

es allerdings auch eine beachtliche Unkenntnis über vieles, was so im Lande geschah. Ich habe meine Konfirmanden regelmäßig gefragt, ob es in der DDR die Todesstrafe gibt. Sie haben das durchweg verneint. Die Vollstreckungen wurden nämlich geheim gehalten. Auch die DDR-Geschichte selbst war vielen eine Terra incognita, wie der 17. Juni 1953, der Terror der Stalinzeit, die Vertreibungen im Zusammenhang mit der so genannten Bodenreform, die Brutalitäten der Zwangskollektivierung. Selbst der Einmarsch in die CSSR 1968 war in den Achtzigerjahren jungen Leuten unbekannt. Denn in vielen Elternhäusern wurde all dies vorsichtshalber beschwiegen. Nach 1990 hörten wir von einer Familie, deren Eltern, alte Kommunisten, beide unter Stalin im Lager waren und ihren Kindern nie davon erzählt hatten. Viele erfuhren erst 1990, dass einige der KZs vom sowjetischen Geheimdienst nach 1945 weiter benutzt wurden. Selbst die Zahl der Selbstmorde war Staatsgeheimnis und dem Statistischen Jahrbuch nicht zu entnehmen. Die Kriminalstatistik wurde geheim gehalten, sodass nach 1990 zunächst viele der Meinung waren, die Kriminalität wachse sprunghaft an, was zwar der SED-Propaganda vom verkommenen Kapitalismus entsprach, nicht aber den Tatsachen. Geändert hatte sich nur die Berichterstattung. Die DDR-Nostalgiker wünschen sich, wie mir scheint, die Unwissenheit von damals zurück, nun aber wider besseres Wissen. Es gibt da bei manchen bis heute eine Hartherzigkeit gegenüber den Opfern um des eigenen Seelenfriedens willen.

Man könnte das Spezifische des DDR-Alltags auch danach rekonstruieren, worüber die DDR-Bürger nach 1990 vor allem gestöhnt haben, denn das war das bisher Ungewohnte. Dazu gehörte die Arbeitslosigkeit. Die gab es in der DDR höchst selten, nämlich als Strafe etwa für Ausreisewillige – aber ohne Arbeitslosengeld! Sonst hatte jeder einen Arbeitsplatz sicher und auf Lebenszeit. Ob er auf dieser Arbeitsstelle auch etwas zu tun hatte und ob etwas Sinnvolles, war eine ganz andere Frage. Die Arbeitsproduktivität betrug denn auch nur 30 Prozent der westlichen. Man nennt so etwas verdeckte Arbeitslosigkeit.

Was an zweiter Stelle genannt werden muss, ist der Gang zum Gericht. Dass man gegen eine Kündigung klagen kann und mit einigen Erfolgsaussichten, das war völlig neu. Auch dass man in Grundstücksangelegenheiten plötzlich das Gericht anrufen musste oder gegen eine Behördenentscheidung gerichtlich vorgehen konnte. Es gab in der DDR keine Verwaltungsgerichte und auch kein Verfassungsgericht. Der Rechtsweg galt als vermintes Gelände, das man möglichst mied, vor allem, wenn man befürchten musste, dass die Sache irgendwie ins Politische gezogen werden konnte. Natürlich gab es dennoch Konflikte und Regelungsbedarf. Vieles, etwa Streit zwischen Nachbarn, wurde außergerichtlich in



Konfliktkommissionen vor Ort geregelt, was im Prinzip gar nicht so schlecht war. Anderes durch Eingaben, meist direkt an Honecker, was gar nicht so selten Erfolg hatte. Im Grunde war das ein Gnadenrecht, in dem der Staat sich tatsächlich als gütiger Vater präsentierte. Das hatte nach 1990 für viele fatale Folgen. Sie übersahen nämlich die üblichen Einspruchsfristen der Rechtsmittelbelehrungen, denn bei den Eingaben gab es ja solche Fristen nicht. Sie betrachteten die Ersetzung des (feudalen) Gnadenrechts durch verbindliche Rechtsregeln als Verschlechterung.

Dass man den Rechtsweg tunlichst mied, beruhte auf Erfahrung.

Der Alltag in der DDR war der Alltag in einer Diktatur. Da lässt sich eine Frage gar nicht unterdrücken: Wie verhielt der sich denn zum Alltag in der anderen deutschen Diktatur, der Nazizeit? Die Frage ist ausgesprochen unbeliebt, und zwar bei vielen DDR-Bürgern, weil sie den Vergleich für sich als diskriminierend empfinden, und bei Westdeutschen, weil sie schon die Vergleichsabsicht als Verharmlosung der Nazizeit verstehen, deren Alltag sie als permanent manifeste Brutalität deuten. Ich habe für beide eine unangenehme Nachricht. An beiden Alltags lässt sich leider sehr viel Vergleichbares finden, wenn wir nicht 1944 mit 1988 vergleichen, sondern 1937 mit 1974. Keine Arbeitslosen, ein herrliches Urlaubsprogramm für die arbeitende Bevölkerung, Kraft durch Freude dort, FDGB-Feriedienst hier, die Aussicht auf ein eigenes Auto, Volkswagen dort, Trabant hier, und das Gefühl: Es geht bergauf. Ja, es gab Bevölkerungsgruppen, die diskriminiert wurden, die Rassenfeinde dort, die Klassenfeinde hier, aber das war eine

Minderheit, die Mehrzahl der Bevölkerung war doch einigermaßen zufrieden. 1937 hatte der Zweite Weltkrieg bekanntlich noch nicht begonnen. Die Olympiade hatte gerade stattgefunden. Die Vernichtungslager waren noch nicht erfunden. Aber die Weichen waren bereits gestellt. Denn die Grundrechte waren längst kassiert durch das Ermächtigungsgesetz, die Einparteienherrschaft war installiert, die öffentliche Meinung durch Propaganda manipuliert – wie in der DDR 1974. Die Dramatisierung der Nazizeit, die die Jahre vor 1939 auslöst, ist zugleich ihre Verharmlosung. Diktatoren unterdrücken die Freiheit und ihre politischen Gegner, aber die Masse der Bevölkerung möchten sie natürlich auf ihrer Seite haben und dafür denken sie sich mancherlei Wohltaten aus.

Dies hatten jedenfalls beide Diktaturen gemeinsam:

- die Ablehnung der Gewaltenteilung zugunsten eines Führerprinzips;
- die prinzipielle Ablehnung einer unabhängigen Justiz;
- die völlige Instrumentalisierung der Medien, der Kultur, des geistigen Lebens durch die Staatspartei und die »Säuberungen« zu diesem Zweck;
- den Missbrauch der Sozialpolitik zum Ersatz für Bürgerfreiheiten;
- die Installation einer Geheimpolizei (was etwas anderes ist als ein Geheimdienst!)
- den Fanatismus und die Feindbildpflege;
- den Jugendkult;
- die Massenmobilisierungen und Massenorganisationen und den »freiwilligen Zwang« zu Teilnahme und Mitgliedschaft.

Natürlich gab es gravierende Unterschiede. Ich sehe vor allem drei:

1. Das NS-Regime war hausgemacht deutsch, die SED-Diktatur dagegen von der Sowjetunion installiert und ausgehalten. In der DDR hatten wir es immer mit Satrapen von sowjetischen Gnaden zu tun. Ein Attentat auf Ulbricht wäre schlicht sinnlos gewesen. Moskau hätte einen Nachfolger inthronisiert. Und in der DDR konnte keine wirksame Opposition bis ins Machtzentrum vordringen, weil die SED viel stärker als die NSDAP alle institutionellen Bereiche der Gesellschaft durch ihr Personal kontrollierte. Nur bei den Kirchen klappte das nicht. Andererseits hatte das NS-Regime wohl mehr fanatische oder doch begeisterte Anhänger als das SED-Regime. Übrigens: Die Evangelische Kirche in Deutschland hatte eine gewisse Mitschuld an der Machtergreifung Hitlers, weil sehr viele 1933 vom »nationalen Aufbruch« blind begeistert waren und weder Demokratie noch Rechtsstaat verteidigt haben. An der Machtergreifung der Kommunisten hatte sie überhaupt keine Schuld, sondern sie äußerte sich fortwährend kritisch zur SED-Politik, zumal in den Synoden. In der Nazizeit war die Evangelische Kir-

che gespalten, nicht nur kirchenpolitisch, sondern auch theologisch. Die Evangelische Kirche in der DDR war sehr pluralistisch, aber einen Gegensatz wie den zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche hat es in ihr nie gegeben. Und sie hat immer die Kontakte »nach drüben« intensiv gepflegt, bis zu lebendigen Partnerschaften von Kirchengemeinden.

2. Das NS-Regime war von vornherein auf Eroberungskrieg und die Verfolgung der Juden aus. Die SED hat keinen Krieg vom Zaune gebrochen und keine Vernichtungslager installiert. Sie hat aber eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft betrieben und den Vormarsch nach Westen regelmäßig in Manövern geübt. Die für diesen Fall vorgesehenen militärischen Orden und Ehrenzeichen waren im NVA-Hauptquartier in Strausberg eingelagert. Den Einmarsch in die _SSR zur Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 hat die SED gefordert und gefördert. Und sie hat Internierungslager für den Fall der Fälle vorbereitet einschließlich der Namenslisten.

3. Spätestens seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mussten die Wissenden sagen: Es kann nicht mehr schlimmer kommen. Nach dem Ende der Stalinzeit haben wir gesagt: Es war schon einmal schlimmer. Feindsenderhören wurde geduldet, für politische Vergehen war schließlich die »Höchststrafe« Ausreise. Die Entspannungspolitik hatte zur Folge, dass ein wichtiges Element für die Stabilität einer Diktatur zerbröselte: das Fehlen der Öffentlichkeit. Das Westfernsehen wurde zum Ersatz. Wir alle waren seit den Siebzigerjahren abends Zaungäste der Bundesrepublik und erfuhren auf dem Umweg vieles über die DDR, was die DDR-Medien verschwiegen. Schließlich konnte man manche Artikel im Neuen Deutschland nur noch verstehen, wenn man die Westnachrichten kannte, auf die sie sich bezogen. Während in den Siebzigerjahren hinterhältige Lehrer in den unteren Klassen noch mit Fangfragen zu eruiieren versuchten, ob zu Hause Westfernsehen gesehen wird (»Hat eure Fernsehuhre Striche oder Punkte?«), waren in den späten Siebziger- und Achtzigerjahren die Funktionärskinder, die kein Westfernsehen sehen durften, im Pausengespräch arg benachteiligt: Sie wussten nicht, worum es geht. Zudem musste die SED der ökonomischen Abhängigkeit vom Westen wegen (sie wurde zunehmend devisensüchtig) Junktims zwischen Westkrediten und innenpolitischen Erleichterungen hinnehmen. Ohne Westkorrespondenten im eigenen Land hätte die SED die Oppositionellen mühelos mundtot gemacht. Die meisten im Lande hätten gar nichts von ihr erfahren.

Und so haben die beiden Diktaturen auch ein gänzlich verschiedenes Ende gefunden. Von der Nazidiktatur musste das deutsche Volk nach einem verlorenen Krieg von den Siegern befreit werden. Der SED-Diktatur dagegen hat die Bevölkerung

den letzten Tritt zum Einsturz verpasst, nachdem Gorbatschow ihr die sowjetische Unterstützung entzogen hatte.

Unter diesen Einschränkungen ist der Alltag unter den beiden Diktaturen leider doch sehr ähnlich gewesen, ob uns das nun passt oder nicht. André Brie (PDS) hat einmal gesagt, die SED-Herrschaft habe stärker in die Persönlichkeit und ins Private hineingewirkt als die Naziherrschaft. Er ist dafür von einigen seiner Genossen hart getadelt worden. Er hat aber Recht. Das hängt mit der Dauer zusammen: Zwölf Jahre Nazizeit waren nicht einmal eine Generation, 45 Jahre SED-Herrschaft waren mehr als eine Generation. Zum Vergleich: Die Weimarer Republik hielt sich 13 Jahre und wir sind jetzt im 18. Jahr der deutschen Einheit. Nach meinen Gesprächserfahrungen in diesen 18 Jahren muss ich sagen: Sehr viele Westdeutsche können sich den Alltag in einer Diktatur – in beiden Diktaturen – einfach nicht vorstellen. Das DDR-Bild, das mir da begegnet, ist zumeist eine Bundesrepublik mit Ostgeld und Reisebeschränkungen. »Gab es bei Ihnen auch Schüleraustausch mit anderen Ländern?« »Haben Sie einmal mit Honecker persönlich gesprochen?« Und so weiter.

Diese Ahnungslosigkeit hat zwei missliche Folgen. Sie macht unfähig zur Würdigung aufrechten Verhaltens in der Diktatur, weil sie keine Ahnung von den unkalkulierbaren Risiken hat. Ein kritischer Leserbrief politischen Inhalts an eine Zeitung war riskant. Manche meinten: leichtsinnig. Der Westdeutsche hört Leserbrief und denkt: Die schreibe ich doch im Dutzend täglich, wenn's sein muss. Die Anstrengung, sich die eigene Urteilsfähigkeit gegen die Dauerpropaganda zu erhalten, kann von außen und nachträglich schwer nachempfunden werden, ebenso wenig die Anstrengung, den Kindern nahezubringen, dass vieles von dem, was sie in der Schule hören, nicht stimmt, die Lehrerin deshalb aber keine Lügnerin ist. Und dies musste man ihnen so beibringen, dass sie in der Schule nicht ins Messer laufen. Denn niemand ist zum Selbstopfer verpflichtet.

Das Unwissen nährt auch Illusionen darüber, wie sie, die Westdeutschen, sich in der Diktatur verhalten hätten. Durch zivilen Ungehorsam und Aufsässigkeit hätten wir das Regime zu Fall gebracht, was denn sonst! Wenn man von der alltäglichen Repression erzählt, kommt die vorwurfsvolle Frage: Und das habt ihr euch bieten lassen? Dann schaut man verlegen drein und sieht sich als Feigling entlarvt. Immerhin kann man die Älteren daran erinnern, was sie sich an Schikanen beim Transit nach Westberlin von den »Organen« widerstandslos haben bieten lassen. Es ist nämlich so: Ziviler Ungehorsam wirkt nur, wenn es eine freie Öffentlichkeit gibt und die Machthaber von ihr abhängig sind. Stalin soll Churchill bei einem der Treffen in vorgerückter Stunde gefragt haben, warum er Ghandi

nicht einfach erschießen lasse. Auf dem »Platz des himmlischen Friedens« war Zivilcourage völlig wirkungslos gegen die Panzer. Manche behaupten nun, der Herbst 1989 habe bewiesen, dass man gewaltfrei eine Diktatur stürzen kann, und knüpfen daran fantastische Erwartungen an die Macht zivilen Widerstands und ziviler Konfliktlösungen. Sie übersehen dabei: All das wirkt nur, wenn die Panzer in den Kasernen bleiben oder: wenn die Diktatur Beißhemmungen hat. Eine Diktatur in der Selbstisolierung kann von unten nicht gestürzt werden, wenn sie keine »Fehler« macht.

Was uns vor einer Diktatur schützt, ist weder Charakterstärke noch Mut, schon gar nicht Eigensinn, denn den brechen Diktatoren spielend, sondern mindestens zwei Institutionen: unabhängige (mindestens: plurale) Medien und eine unabhängige Justiz. Die SED-Diktatur konnte zum Einsturz gebracht werden, weil sie sich unfreiwillig einige Beißhemmungen auferlegen musste. Den zu allem entschlossenen Genossen fiel das Herz in die Hosentasche, als sie der sowjetischen Panzer nicht mehr sicher waren.



Podiumsdiskussion

Durchherrschte Gesellschaft? Alltag und Alltagserfahrung in der SBZ/DDR

GUNTER HOLZWEISSIG

ANDREAS LUDWIG

IRMGARD ZÜNDORF

EUGEN MECKEL

Moderation: STEFAN NÖLKE

NÖLKE: Ich darf Sie zu diesem Podiumsgespräch begrüßen und freue mich, dass ich auch in diesem Jahr wieder eine Veranstaltung moderieren darf. Zumal es sich um ein Thema handelt, das in den letzten zwei Jahren sehr hohe Wellen geschlagen hat. Es wurde von Historikern, Bürgerrechtlern und Publizisten sehr kontrovers diskutiert. Einige Journalisten haben sogar von einem »neuen Historikerstreit« gesprochen, dem Streit nämlich um die Bedeutung des Alltags und der Alltagsgeschichte in der DDR. Wie wichtig ist es, den Alltag der Menschen in der DDR in den Blick zu nehmen, um das SED-Regime und die DDR zu verstehen? Oder noch zugespitzter formuliert: Muss man nicht notwendigerweise

den Alltag genauer in den Blick nehmen, um zu verstehen, wie dieser Staat funktioniert hat? Warum er 40 Jahre überstanden hat, um dann relativ sang- und klanglos unterzugehen? Diese und ähnliche Fragen werden von den Anhängern der Alltagsgeschichte gestellt. Dazu kommt noch eine andere Frage: Nämlich ob die SED-Herrschaft nicht auch gewisse Anziehungskräfte freigesetzt hat, ob sie nicht doch einen gewissen Rückhalt bei einem Gutteil der Bevölkerung gehabt hat oder zumindest auf die Duldung eines Gutteils der Bevölkerung setzen konnte? Kurz gesagt ist das die Frage nach dem gesellschaftlichen Kitt und nach den Bindekräften des DDR-Regimes.

Die Anhänger der Alltagsgeschichte sind relativ zahlreich. Dazu zählt etwa ein so wichtiger Autor und Historiker wie Stefan Wolle, dazu zählen aber vor allem die Mitglieder der so genannten Sabrow-Kommission. Diese Kommission ist nach Professor Martin Sabrow benannt, dem Leiter des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Martin Sabrow hat zusammen mit anderen Historikern, wie etwa dem Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, Rainer Eckert, oder auch der Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe vor genau zwei Jahren einen Bericht verfasst, in dem unter anderem dafür geworben wird, die Alltagsgeschichte doch mehr ins Zentrum der Geschichtsforschung und -vermittlung zu rücken. Diese Kommission wurde noch von der alten, von der rot-grünen Bundesregierung ins Leben gerufen. Das war möglicherweise ein Grund dafür, warum der Bericht vor zwei Jahren so massiv von Bürgerrechtlern wie Freya Klier, von Historikern wie Klaus Schroeder von der Freien Universität Berlin oder Horst Möller, dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, angegriffen wurde. Sie sind der Meinung, die Fokussierung auf die Alltagsgeschichte würde den Charakter der SED-Herrschaft verzerren und verharmlosen. Platt gesagt würde dann nicht mehr das Bautzener Gefängnis, sondern der Bautz'ner Senf im Vordergrund stehen.

So meint etwa der Historiker Horst Möller, dass die Frage nach den Bindekräften der SED-Herrschaft auch völlig irrelevant sei, denn ohne die Rote Armee und den Unterdrückungsapparat der SED hätte das System niemals überlebt. Und mit am heftigsten kam die Kritik von Hubertus Knabe, dem Leiter der Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen. Er meinte, die Darstellung der Alltagsgeschichte mit Staatsgeldern zu fördern wäre staatlich geförderte Ostalgie. Daraus kann man ablesen, dass

es hier natürlich auch um die Vergabe von öffentlichen Geldern geht. Es geht um Forschungsprojekte, um Professorenstellen, um Doktorandenstellen, um Geld für Museen und Gedenkstätten. Daher wird auch klar, warum diese Auseinandersetzung um die Alltagsgeschichte so vehement und zum Teil so polemisch ausgefochten wird. Die DDR-Forscher sind demnach in zwei Lager gespalten, und zwar so heftig, dass die Protagonisten zum Teil auch gar nicht mehr miteinander, sondern nur noch übereinander reden.

Vor diesem Hintergrund spielt sich also unsere Diskussion heute ab. Gemeinsam mit meinen vier Gesprächspartnern wollen wir erkunden, was die Alltagsgeschichte leisten kann und was sie nicht leisten kann. Dazu begrüße ich noch einmal ganz herzlich Irmgard Zündorf, Andreas Ludwig, Gunter Holzweißig und Ernst Eugen Meckel. Herzlichen Dank, dass Sie hierher zum Bautzen-Forum gekommen sind.

Eugen Meckel, wenn Sie über den Alltag in der DDR nachdenken, was fällt Ihnen da spontan ein?

MECKEL: Den hat es, glaube ich, nicht gegeben. In den Fünfzigerjahren war der Alltag mit Sicherheit anders als in den Sechzigern, in den Siebzigerjahren anders als in den Achtzigern.

»Frau G., ich melde die Klasse 1 b zum Unterricht bereit«, so erinnere ich mich daran, wie jeden Morgen die Klasse gemeldet wurde. In meiner Klasse waren außer mir noch drei oder vier Nichtpioniere. Damals habe ich mich gefragt, woher meine Mitschülerin weiß, dass ich bereit bin. Ich bin dann aufgestanden und habe einen Hampelmann gemacht. Da machte die Lehrerin mich zur Schnecke, wie ich dazu komme, die Stunde zu stören. Trotzdem, kann ich feststellen, war ich kein großer Außenseiter in der Klasse.

Irgendwann mussten einmal alle die aufstehen, die noch zur Christenlehre gingen. Sieben oder acht von 32 standen immerhin auf. Da fühlte ich mich auch wirklich nicht alleine. Wir wurden dann aber als diejenigen hingestellt, die es immer noch nicht begriffen hatten mit dem Sozialismus. Denn Sozialismus war ja eine Frage der Intelligenz, jedenfalls für Schüler. Wenn man es verstanden hat, war man Sozialist. Wenn man es nicht verstanden hat, war man nicht schlau genug. Ich bin in der Nähe vom Alexanderplatz groß geworden. Eine prägende Erinnerung ist: Sirenen, Stille, dann die Sprengung eines Hauses. In den Sechzigerjahren wurden dort fast ein komplettes Wohngebiet niedergemacht und eine

neue Plattenbausiedlung hingebaut. Ab 1968/69 waren in meiner Klasse eigentlich nur noch die Kinder von Funktionären, die in diese neu gebauten Häuser einzogen. Mein Alltag hat sich so völlig verändert, und ich war dann der Einzige, der nicht Pionier war, der Einzige, der zur Christenlehre ging. Man kam noch ganz gut miteinander aus, aber Freunde hatte ich in der Schule keine mehr. Mein Alltag war zweigeteilt, einmal Schule und einmal Kirche.

NÖLKE: Wenn Sie sagen, den Alltag habe es gar nicht gegeben, macht es denn Ihrer Meinung nach trotzdem Sinn, sich mit dem Alltag in der DDR zu beschäftigen?

MECKEL: Ich halte es für zwingend notwendig. Denn die Erfahrung, die viele in diesem Raum gemacht haben, dass sie in einem Stasi-Knast gesessen haben, haben so viele ja nun nicht. Ich behaupte, dass etwa 80 Prozent der Menschen in der DDR Opportunisten waren und auch nicht mitbekamen, was den anderen passierte, und sie wollten es auch nicht mitbekommen. Es ist doch viel einfacher, wenn man nicht aneckt. Die Erinnerung dieses Teils der Bevölkerung deckt sich nicht mit dem, was sie in Gedenkveranstaltungen hören, wenn dort von Unterdrückung geredet wird, von Gefängnis und von Stasi-Methoden. Das haben sie ja nicht erlebt, und wenn sie es mitbekommen haben, dann nur am Rande. Insofern halte ich es für wichtig, dass man sowohl den Alltag als auch den Unterdrückungsapparat parallel miteinander verknüpft darstellt.

NÖLKE: Nun wird dies immer in Opposition zueinander dargestellt. Herr Holzweißig, wie haben Sie diesen Streit unter den Historikern wahrgenommen?

HOLZWEISSIG: Da ich ja nicht mehr einer Institution angehöre, habe ich diesen Streit nicht sonderlich ernst genommen. Ich muss Ihnen unbedingt Recht geben: Es geht einfach um Gelder. Nebenbei gesagt: Die Hauptmatadore sind alle Wessis, sowohl in München als auch in Potsdam.

Ich habe in meinen Arbeiten eher Herrschaftsgeschichte verfolgt, was ja überhaupt nicht ausschließt, dass man auch den Alltag einfängt. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Eine Lehrerin aus Kleinmachnow, offenbar eine gute Genossin, schreibt an Egon Krenz, dass ihr Sohn nicht zur Spartakiade gemeldet werde, weil er zu lange Haare habe. An diesem Beispiel kann man verfolgen, wie der Apparat eingeschaltet wurde. Der Weg von oben nach unten, Krenz an den Staatssekretär für Sport und so



weiter. Das ist ein Alltagsbeispiel. Für mich persönlich gibt es keinen großen Gegensatz, es geht tatsächlich um Pfründe und manchmal auch um vorgeschobene Argumente.

NÖLKE: Dabei drängt sich der Eindruck auf, dass bei diesem Streit die politische Ausrichtung eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Verläuft die Trennlinie zwischen Historikern, die politisch links von der Mitte, und denjenigen, die politisch rechts von der Mitte stehen?

HOLZWEISSIG: Das ist natürlich eine andere Diskussion. Die Diskussion zwischen den so genannten Totalitarismusforschern und der systemimmanenten Richtung vor 1989. Nebenbei sind einige von der systemimmanenten Richtung auch in Potsdam gelandet und andere in München. Ich mag den Begriff Totalitarismuskonzeption nicht besonders, ich sage aber, die DDR war ein totalitärer Staat, genauso, wie es das »Dritte Reich« war. Ich kann sie vergleichen, sie aber keinesfalls gleichsetzen. Ich kann aber am Beispiel der Medienpolitik der DDR nachweisen, wie

identisch die Methoden der Medienlenkung denen des »Dritten Reichs« zumindest bis 1939 waren.

NÖLKE: Darauf werden wir später noch einmal zurückkommen, auch um einige Begriffe nochmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

HOLZWEISSIG: Die so genannten systemimmanenten Forscher um Prof. Ludz haben natürlich die gleichen Dokumente gelesen – Neues Deutschland, Einheit usw. – und haben gar nicht einmal unintelligent wiedergegeben, was dort stand. Der Unterschied etwa zu mir war, dass ich gewertet habe. Wenn ich über die Militarisierung in der DDR geschrieben habe, dann habe ich auch persönliche Wertungen hinzugefügt, die damals vielleicht waghalsig waren und auch angefeindet wurden.

Nach der Enquete-Kommission hat man den antitotalitären Konsens gefunden. Er wurde aber von Jürgen Kocka unterlaufen, indem er einen neuen Begriff eingeführt hat, nämlich die »durchherrschte Gesellschaft«. Im Grunde war es ein Ausweichen, um die DDR nicht mehr einen totalitären Staat zu nennen. Denn durchherrscht sind wir auch in einem demokratischen Staat, durch Gesetze und Verordnungen. Der Unterschied besteht einfach nur darin, dass wir als Wähler darüber bestimmen können, wer unsere Gesetze macht. Das war in der DDR nicht möglich.

NÖLKE: Es gibt noch einige andere erklärungsbedürftige Begriffe, die seit ein paar Jahren kursieren, so etwa die Charakterisierung der DDR als »Fürsorgediktatur« oder als »Konsensdiktatur«. Darauf sollten wir später zurückkommen.

Frau Zündorf, Sie waren Mitarbeiterin von Prof. Martin Sabrow, der sich – wie eingangs erwähnt – vehement für die Alltagsgeschichte ausgesprochen hat. Und sie haben auch redaktionell an dem Bericht der so genannten Sabrow-Kommission vor zwei Jahren mitgewirkt. Der Streit, der sich daraufhin entzündet hat, ist mittlerweile in einer eigenen Publikation unter dem Titel »Wohin treibt die DDR-Erinnerung?« dokumentiert. Auch dabei haben Sie mitgearbeitet. Hat es Sie überrascht, dass unter den Historikern solch ein heftiger Streit um die Alltagsgeschichte ausgebrochen ist?

ZÜNDORF: Mich persönlich hat das sehr überrascht. Bei uns im Haus wurde ja schon lange Alltagsgeschichtsforschung betrieben, und das stand auch nie wirklich zur Diskussion. Es gibt bei uns Arbeiten über den Arbeiteralltag, den Lebensstandard, den Urlaub, aber auch über die Massenorganisationen in der DDR. Für mich sind das alles auch Studien

zur Alltagsgeschichtsforschung. Genauso gibt es bei uns aber auch Studien, die sich allein mit Stasi-Untersuchungshaftanstalten beschäftigen, mit der Grenze und den Grenztoten. Dementsprechend habe ich auch nie verstanden, warum gesagt wurde, es gäbe entweder nur das eine oder das andere.

Eine reine Fokussierung auf die Alltagsgeschichte würde verharmlosen. Das alleine funktioniert nicht. Aber ebenso funktioniert auch das andere nicht. Wenn ich verstehen will, wie dieses System 40 Jahre bestanden hat, dann muss ich mir auch die gesamte Gesellschaft anschauen. Alltagsgeschichte ist für mich im Prinzip ein Teil der Gesellschaftsgeschichte.

NÖLKE: Wie interpretieren Sie diesen Streit? War es so, dass es da um Geld geht, um Professorenstellen? Oder verbergen sich dahinter auch ideologische Aspekte?

ZÜNDORF: Die Alltagsgeschichtsforschung wurde in den öffentlichen Blick gerückt. In der Diskussion wurde über die Gründung eines Forums für Alltagsgeschichte gesprochen, über Ausstellungen, darüber etwas sichtbar zu machen, da geht es schon auch um Geld.

Ich kann die polemisch geführte Diskussion aber nicht ganz nachvollziehen. Denn kein Mensch möchte die Gedenkstätte Bautzen schließen, um hier ein Alltagsgeschichtsmuseum zu errichten. An authentischen Orten der Verfolgung macht es überhaupt keinen Sinn, Alltagsgeschichte des so genannten Normalbürgers zu zeigen. Aber ich denke, was ja wiederum auch zur Alltagsgeschichte gehört, ist der Häftlingsalltag. Und das wäre natürlich etwas, was sich auch hier zeigen lässt.

NÖLKE: Andreas Ludwig, Sie sind derjenige unter uns, der sich am stärksten mit der Alltagsgeschichte befasst. Ein Praktiker, und das seit 15 Jahren. Sie leiten ein Museum für Alltagsgeschichte in Eisenhüttenstadt. Wie kommt dieses Museum an? Wie erfolgreich ist es?

LUDWIG: Wir glauben, mit unserer Arbeit ein paar Defizite auffangen zu können. Dazu ein kurzer Hinweis auf die Gründung des Museums. Ich bin aus Westberlin, bin von Beruf Historiker und habe diesen Beruf gewählt, weil ich mich immer für die Zukunft und weniger für die Vergangenheit interessiert habe. Als die Mauer aufging und ich plötzlich andere Wege entlangspazieren konnte, sah ich vor jedem Haus riesige Haufen von Hausrat, Dokumenten, Büchern, Schallplatten bis hin zu Autos. Ich bin nach Dresden gefahren, um mir das Hygienemuseum anzuschauen,

und sehe auf einer riesigen Freifläche, einen Meter hoch das gesamte Archiv von Robotron. Da habe ich mich gefragt, mit welchen Quellen wir eigentlich künftig Geschichte schreiben wollen. Das war die Idee der Gründung eines Alltagskulturmuseums. Wir müssen sammeln als Prophylaxe, um später etwas über einen früheren Alltag aussagen zu können. Die Dinge des Alltags sind die, die zuerst weggeworfen werden. Sie fehlen dann als historische Quelle. Sie brauchen einen Mentor, eben das Museum.

Ausgelöst wurden diese Überlegungen dadurch, dass wir nach dem Studium eine Ausstellung zum Alltag unter dem Nationalsozialismus in Berlin in den Dreißigerjahren gemacht haben. Das war ambitioniert, wir waren alle jung, und wir suchten die Quellen und – wir fanden sie nicht. Was wir fanden, waren die offiziellen Dokumente der NSDAP über den Alltag in ihrem wunderschönen Staat. Eintopfsonntag, »Kraft durch Freude«, das war alles in staatlichen Archiven. Aber wie der Alltag wirklich gewesen ist, war nicht auffindbar.

Wenn man also die Dokumente nicht aufhebt, ob schriftlich oder gegenständlich, dann kann man auch künftig nichts aussagen. Ab dem Zeitpunkt, wo niemand mehr da ist, der es erzählen könnte. Deshalb haben wir das Museum gegründet.

Und das ist auch der Grund, warum uns die Leute besuchen. Sie wollen tatsächlich den Besuch einer Ausstellung als Anlass zur Diskussion über ihren Alltag, wenn sie aus dem Osten Deutschlands sind, nehmen. Wenn sie aus dem Westen oder aus dem Ausland sind, dann haben sie ganz oft andere Fragen, die mit der Spezifik der DDR als Staat zwischen 1949 und 1989, als Diktatur innerhalb des sowjetischen Blocks, nicht unbedingt etwas zu tun haben, etwa wie eine moderne Gesellschaft nach 1945 aussieht. Die Fragen sind immer verknüpft mit der eigenen Biografie, jeder fragt anders. Die Kunst besteht vielleicht darin – neben dem Bewahren von Dingen –, Ausstellungen so zu machen, dass man ihnen nicht eine allüberbordende Weisheit und Wahrheit verkauft, sondern dass man versucht, auch die Widersprüche zu zeigen. Darum bemühen wir uns.

NÖLKE: Wir haben eben von Herrn Meckel gehört, dass es den Alltag so eigentlich gar nicht gegeben hat. Was bedeutet Alltag für Sie, und welche Gegenstände zeigen Sie?

LUDWIG: Wir versuchen immer, verschiedene Themen alltagsbezogen zu

machen. Grundsätzlich muss ich sagen, dass für mich Alltag nicht die Summe alltäglicher Handlungen ist, Essen, Schlafen, Schlangestehen, Lieben usw.

Alltag ist für uns als Historiker und als Museumsleute die Frage, aus welcher Blickrichtung ich auf eine Gesellschaft schaue. Betrachte ich sie aus den staatlichen Akten, dann habe ich die staatliche Perspektive. Versuche ich andere Quellen zu finden, z. B. Interviews, Film, Literatur, auch Gegenstände, dann habe ich eine andere Perspektive. Unsere Perspektive sind die Objekte der materiellen Kultur.

Sie fragten nach konkreten Themen. Ich gebe Ihnen eine kurze Liste von Ausstellungsthemen, die wir gemacht haben. Wir haben als erste die Bilder von Helga Paris über Halle in den Achtzigerjahren gezeigt, »Diva in Grau«, in der DDR von der Bezirksleitung der SED verboten. Wir haben eine Ausstellung zur Jahrtausendwende gemacht über Utopien in der DDR anhand von fünf Biografien. Das ging von einer berühmten Person der Unterhaltungsbranche bis hin zu einem schwulen Parteisekretär. Wir haben Themen aus der Konsumkultur gemacht, etwa die erste Arbeit überhaupt über die Konsumgenossenschaften in der DDR. Wir haben etwas zur Wohnkultur gemacht. Zurzeit zeigen wir etwas zum Thema Werbung in der DDR.

Aus diesen Themen merken Sie, dass es immer widerborstige Themen sind. Es sind immer Fragen, die sowohl Alltag zeigen als auch Gesellschaft. Beim Thema Werbung zum Beispiel fragt man sich, warum in einer staatsgesteuerten Wirtschaft überhaupt Werbung da sein soll, wo doch Werbung dazu dient, im kapitalistischen System den Konkurrenten zu übertrumpfen. Das war in der DDR nicht notwendig, trotzdem gab es Werbung. Warum? Das ist Alltagskultur, von den Gegenständen her, in einer Institution wie einem Museum, und trotzdem geht es immer über diese unmittelbaren Fragen aus dem Alltag hinaus in die Gesellschaft hinein. Jedenfalls bemühen wir uns darum und wollen es zur Diskussion stellen.

NÖLKE: Welcher Gegenstand in Ihrer Sammlung übt am meisten Anziehungskraft auf die Besucher aus?

LUDWIG: Wenn wir ihn hätten und wenn ich ihn wüsste, dann würden wir ihn garantiert nicht zeigen. Denn das würde bedeuten, dass wir einen Fokus auf irgendetwas ganz Spektakuläres richten. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen die Leute tatsächlich dazu bewegen, sich selbst



ihren Weg zwischen den Objekten zu suchen, die Fragen miteinander zu besprechen. Es geht also nicht um das spektakuläre Objekt. Und wenn, würde jeder Besucher etwas anderes schön finden.

Es geht in einer Ausstellung darum, dass man ein Thema öffnet. Ein Thema, das man in einem Buch vielleicht schlechter lesen kann, wofür sich ein Hörspiel oder ein Film vielleicht nicht eignet, sondern wo tatsächlich die materielle Kultur einen Erkenntnisgewinn bringt. In einer Ausstellung werden die Dinge ja zu Themen organisiert. Wir rekonstruieren ja. Wir sind wie die Dramaturgen im Theater, die den Schiller auf-führen und zugleich neu bearbeiten. In einer Ausstellung macht man das mit Objekten ähnlich, man rekonstruiert. Das Spannende an Ausstellungen für mich ist immer, dass man die Rekonstruktion zwar erkennt, aber nicht gezwungen ist, ihr zu folgen, sondern sich durchaus davon emanzipieren darf. Erfreulicherweise tun das unsere Besucher auch, indem sie heftig miteinander diskutieren.

NÖLKE: Nun gibt es Ihr Museum, das sehr angesehen ist. Auf der anderen Seite gibt es in Berlin ein Ostalgie-Hotel, ein »Ostel«, wo man sich einmieten kann. Dort gibt es sogar eine Stasi-Suite, die verwandt ist. Die Gäste können sich dann auf die Suche nach den Wanzen machen, für jede gefundene Wanze – so habe ich gehört – bekommen sie unten an der Theke ein Freibier. Das ist natürlich eine skurrile Form der Ausein-

andersetzung mit Geschichte. Herr Meckel, haben Sie Verständnis für solche vermeintlich witzigen Einfälle?

MECKEL: Ich habe allergrößtes Verständnis dafür, wenn sich jemand über eine solche Marketing-Idee, die sich mit Gefühlen von Personen auseinandersetzt, aufregt. Denn es ist äußerst schwierig, jemandem, der im Stasi-Knast gesessen hat, so etwas zu erzählen oder möglicherweise noch zu zeigen. Das ist die eine Seele in meiner Brust. Die andere Seele ist folgende: Ich bin der Meinung, dass man über alles, was man sehr ernst nimmt, auch lachen kann. Humor und die ganz ernsthaften Sachen hängen zusammen. Wir haben vorhin von Personen gehört, die im Knast saßen und trotzdem fröhlich waren. Die schwerste Zeit meines Lebens waren zehn Tage Grundausbildung beim Militär. So viel gelacht wie da habe ich nie. Letztlich habe ich mit einer solchen Idee kein Problem. Es ist eine Verharmlosung der Geschichte, aber es zeigt mal einen Stasi-Knast. Dadurch wird dieses Problem vielleicht an Leute herangetragen, die sonst nichts damit zu tun hätten.

NÖLKE: Herr Holzweißig, wie viel Humor ist beim Rückblick auf die DDR angebracht?

HOLZWEISSIG: Ich bilde mir eigentlich auch ein, Humor zu haben. Denken Sie an die Witze, die Herr Schröder heute erzählt hat, über die habe ich herzlich gelacht. Aber die Frage macht mich ein wenig ratlos. Ich muss Herrn Meckel Recht geben, wir leben nun einmal in einer freien Gesellschaft, in der leider viele Leute auch geschmacklose Dinge machen können. Ich glaube zum Beispiel nicht, dass dahinter diese berühmten Stasi-Seilschaften stehen, die in Hohenschönhausen toben.

Ich kenne das Museum von Herrn Ludwig leider nicht, ich bin allerdings sehr begeistert von dem Berliner Museum zur Alltagsgeschichte, das Stefan Wolle gemacht hat. Ich lese seit 1968 täglich das Neue Deutschland und bilde mir ein, dass ich sehr viel mehr über die DDR wusste als jeder normale DDR-Bürger. Aber ich kannte den Alltag nicht. Solche profanen Dinge, wie ein Wohnzimmer aussah. In dem Berliner Museum werden Sie auch eine Duschkabine mit den Originalwasserhähnen sehen. Das ist für mich als Historiker auch eine Quelle. Ebenso, wenn Karl-Eduard von Schnitzler und sein Schwarzer Kanal in der Originalschrankwand abgespielt werden – Schnitzler ist übrigens in fast jeder Ausstellung über die DDR präsent.

ZÜNDORF: Dieses DDR-Museum in Berlin ist ja zeitgleich gegründet

worden mit der Hochphase der Diskussion um die Ergebnisse der Sabrow-Kommission. Aus meiner Perspektive war das Museum eigentlich das beste Negativbeispiel. Ich muss ehrlich sagen, dass mir das Museum nicht gefallen hat, weil es – natürlich aus der Wissenschaftlerperspektive – die Kontextualisierung nicht mitliefert. Ich glaube, man versteht in diesem Museum nur etwas, wenn man schon sehr viel Hintergrundwissen mitbringt.

NÖLKE: Können Sie dafür ein Beispiel nennen?

ZÜNDORF: Ein sehr großer Bereich – vor dem auch immer die meisten Leute stehen – ist der Reisebereich. Reisen in der DDR, das bedeutete demnach FKK-Strände und muss unheimlich witzig und toll gewesen sein. Das ist also die Reiseecke im DDR-Museum. Meiner Meinung nach kann es nicht sein, dass dies nicht weiter kontextualisiert und ausgeführt wird. Auch das Wohnzimmer. Wenn man nicht zeigt, in welchen Gebäuden und zu welcher Zeit das war und wer da gewohnt hat, finde ich das sehr, sehr schwierig. Deswegen würde ich immer sagen: Es gibt nicht den Alltag oder die Gruppe, man muss das alles differenzieren, auch zeitlich differenzieren. So, wie das in dem Berliner Museum dargestellt ist, hat es meinen Ansprüchen auf jeden Fall nicht genügt.

HOLZWEISSIG: Es gibt aber nicht nur eine FKK-Ecke, sondern auch eine Stasi-Ecke. Ich stimme zu, dass man gewisse Vorkenntnisse haben muss. Man sollte auch mit einer Schulklasse nicht unvorbereitet da hineingehen.

NÖLKE: Gerade die Freikörperkultur, das freizügige Baden in der Ostsee zu DDR-Zeiten wird ja von vielen sehr positiv erinnert. Auf der Agenda der Alltagsgeschichte steht natürlich auch die generelle Frage, welche Angebote das SED-Regime den Menschen gemacht hat: welche Aufstiegschancen, welche sozialen Sicherheiten geboten wurden. Konnte das einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung schaffen? Oder hat sich die SED-Herrschaft ausschließlich auf die sowjetischen Panzer und den Unterdrückungsapparat gegründet? Herr Holzweißig, was ist Ihre Meinung dazu?

HOLZWEISSIG: Letzterem kann ich nur zustimmen. Als 1987 in den baltischen Staaten das erste Mal das Wort Selbstbestimmung fiel, war ich elektrisiert. Es ist doch verhältnismäßig friedlich abgelaufen in den baltischen Staaten. Die SED wurde bis 1989 durch die Bajonette der Sowjetunion gestützt. Das waren die wichtigsten Bindekräfte. Die SED



war ja in einer viel schwierigeren Situation als die kommunistischen Parteien in der Tschechoslowakei oder in Polen. Ich wurde von Wessis immer ausgelacht, wenn ich behauptet habe, dass 70 oder 80 Prozent der DDR-Bürger gern die Wiedervereinigung haben würden. Wir haben es nachher ja erlebt. Reisefreiheit und Teilhabe an unserem Wohlstand sind ja auch Grundrechte. Da sind keine großen Bindekräfte an die SED gewesen. Natürlich arrangiert man sich im Alltag.

Mein Traumziel war zum Beispiel, Journalist zu werden. Was hätte ich gemacht? Entweder ich wäre in den Fünfzigerjahren in den Westen gegangen oder ich hätte mich womöglich angepasst, ich hoffe nicht, dass Letzteres passiert wäre. Aber in solchen Berufen war ja nichts anderes möglich. DDR-Journalisten haben mir oft gesagt, dass sie auch Freiräume gehabt hätten, etwa im Kulturbereich. Es gab aber in der DDR absolut keine Freiräume.

NÖLKE: Lassen Sie uns zunächst noch einmal kurz über diejenigen sprechen, die das Regime getragen haben. Es heißt häufig in der Forschung, das seien in etwa 20 Prozent der Bevölkerung gewesen. Herr Meckel, ist das Ihrer Meinung nach eine realistische Zahl? Und was waren denn die Motive dieser Leute – Sie haben eben von den Funktionärskindern erzählt –, sich der SED voll und ganz zu verschreiben?

MECKEL: Das wichtigste Motiv dürfte gewesen sein: Ich möchte hier, wo

ich lebe, leben und mit möglichst wenig Ärger leben. Dementsprechend gehe ich selbstverständlich in die FDJ und hänge am 1. Mai die Fahne raus. Es stört ja nicht.

Vaclav Havel hat in den Siebzigerjahren ein Buch geschrieben, »Versuch, in der Wahrheit zu leben«, wo er versucht hat, das einmal aufzudröseln, dass man sowohl in der Tschechoslowakei als auch in der DDR ganz zufrieden leben konnte, wenn man bestimmte Zeichen mitmachte. Die Fahne musste sein, die FDJ, die Armeezeit. Dann konnte man eigentlich, wenn man sich immer schön wegduckte, in beiden Ländern sehr zufrieden leben. Armee halte ich für eine ganz zentrale Sache. Jeder männliche Bürger hat das eineinhalb bis drei Jahre, manche länger, durchlebt. An dieser Stelle hat er wirklich gemerkt, wir leben in einer Diktatur. Was junge Leute als Stoppelhopper in der Armee erlebt haben, ist unvorstellbar. Wenn man bedenkt, das sind doch junge Leute, die angeblich unser Land verteidigen sollen – da wurden die Menschen reihenweise kaputtgemacht. Das wiederum ist eine Erfahrung, die flächendeckend im gesamten Land vorhanden ist. Aber zurück zur Prozentzahl. Die Leute, sämtliche staatliche Stellen, wussten, dass ich etwas mit Kirche zu tun hatte. Ich habe immer eine gewisse Ablehnung erfahren, ich wurde nicht gewollt. Diese Erfahrung habe ich in der DDR an sehr vielen Stellen gemacht. Deshalb wage ich es nun nicht, Prozentzahlen zu nennen. Aber die Funktionäre in den Städten, in der Lehre, in der Universität, überall, haben eigentlich ganz gut funktioniert. Dass sie nun die überzeugten Kommunisten waren, glaube ich nicht.

NÖLKE: Frau Zündorf, seit einiger Zeit kursiert der Begriff der Konsensdiktatur, der ja vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung ins Gespräch gebracht wurde und seitdem heftig umstritten ist. Können Sie uns erklären, was das in Bezug auf die DDR bedeutet?

ZÜNDORF: Ich habe den Begriff immer so verstanden, dass es keinen offenen Dissens gab, sondern einen Konsens, eine Duldung. Indem ich nicht aktiv auf die Straße gehe, mich nicht so verhalte, dass ich damit eventuell ins Gefängnis kommen kann, sondern mich zurückziehe. Dass ich mich in bestimmten Zeiten einfach im Konsens bewege, die Fahne raushalte, obwohl ich nicht hinter der Partei stehe, aber weiß, wenn ich das mache, ist alles ruhig und ich komme vor allem nicht in diesen Apparat hinein. Es wird ja immer gesagt, dass diese Diktatur nie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich gebracht hat. Aber sie hat diese Mehr-

heit trotzdem nicht offen gegen sich aufgebracht, sodass die Mehrheit auf die Straße gegangen ist. Dadurch gab es eben eher eine Art Duldung oder einen Konsens.

HOLZWEISSIG: Zwei Mal sind sie auf die Straße gegangen. Am 17. Juni 1953 und 1968. Sogar junge Arbeiter; die Intellektuellen waren gar nicht mal in der ersten Reihe. Und natürlich 1989. Und Konsens heißt für mich Zustimmung und nicht irgendwie Anpassung. Das ist das Gleiche wie mit der »Durchherrschaft«. Man will dann weichere Ausdrücke, um diese »kommode Diktatur«, wie Günter Grass es genannt hat, zu beschreiben. Oder Günter Gaus, der als Wessi die »Nischendiktatur« erfunden hat.

LUDWIG: Die Konsensdiktatur ist meines Wissens ein Begriff, der der offiziellen Selbstinterpretation der DDR in den Siebziger-/Achtzigerjahren entspricht. Die sind einfach den Honecker'schen Parolen auf den Leim gegangen. Ich glaube nicht, dass das Konsens war. Es war sicherlich eine Ruhigstellung und weniger gewalttätig als in den Fünfziger- und Sechzigerjahren, aber einen Konsens, dass das, was die SED macht, gut ist, gab es in der DDR glaube ich nie. Nur bei den Genossen und auch nur bei einem Teil.

Es gibt so eine schöne Unterscheidung beim Diktaturenvergleich, den ich nachdenkenswert finde: Im Nationalsozialismus wurde gesagt, wer nicht gegen mich ist, der ist für mich. Bei der SED wurde gesagt, wer nicht für mich ist, der ist gegen mich. Das ist eigentlich für den inneren Zustand eines Landes und einer Gesellschaft ein viel schärferer Diktaturbegriff, als das, was man normalerweise in dieser Diktaturdebatte hört.

Zum Begriff der »durchherrschten Gesellschaft«: Ich finde ihn recht gut. Insofern, als man darüber nachdenken muss, wo eigentlich die diktatorischen Elemente der DDR-Gesellschaft gelegen haben. Einer der ganz wichtigen Punkte ist, dass es ein Institutionenmonopol gab. Es gab die SED als führende Partei, egal ob es da noch Blockparteien gab oder nicht. Wenn man beispielsweise Tauben oder Kaninchen züchten wollte, gab es eben nur eine Institution und keine Alternative. Es wurde über Institutionen in die Gesellschaft, bis in jede Faser hinein ein Monopol aufgebaut, von der Erziehung bis zum Kleingarten, wo gesagt wurde, wie es zu laufen hat. Wenn dann noch gesagt wurde, wie es anders geht, dann war man auf jeden Fall sofort Opposition. Jeder, der etwas anderes

denkt oder sagt, ist auf jeden Fall Feind. Nur wenige haben das gemacht, die meisten haben diese autoritären Strukturen irgendwann akzeptiert und genutzt. Deshalb finde ich den Begriff der »durchherrschten Gesellschaft« sehr treffend, weil er einen bestimmten Typus von Diktatur beschreibt. Natürlich baute er in den Fünfzigerjahren extrem auf Gewalt auf, aber dann auf einer institutionellen Macht, sodass Gewalt zum großen Teil vermieden werden konnte. Ich finde es sehr diskussionswürdig, ob dieser Begriff für die DDR nicht doch zutreffend ist.

HOLZWEISSIG: Sie haben genau das geschildert, was ich auch gesagt habe. Nur dass ich sage, die SED hat totalitär geherrscht. Es ist überhaupt kein Widerspruch. Hier geht es einfach um eine terminologische Frage. Die »Durchherrschung« hat in der Potsdamer Diskussion den »totalitären Staat« ersetzt. In der Beschreibung sind wir uns völlig einig. Ich habe auch noch nicht durchdacht, dass es in den Siebzigerjahren schon die »Konsensdiktatur« gegeben haben soll. Als 1971 Erich Honeker antrat, hat er die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik verkündet, an der nebenbei gesagt die DDR auch zugrunde gegangen ist.

NÖLKE: Kommen wir einmal weg von den terminologischen Fragestellungen und zurück zum Thema Alltag, indem wir nämlich fragen, ob es gewisse Freiräume gab. Eine Frage, die die Alltagsgeschichtsschreibung ja auch beantworten kann. Ganz konkret aus Ihrem Erfahrungshorizont heraus, Herr Meckel, gab es diese Freiräume, z. B. in der Kirche oder am Familienwochenende auf der Datsche? Gab es herrschaftsfreie Nischen?

MECKEL: Ich bin heute noch sauer über den Begriff der Nischengesellschaft von Günter Gaus. Was er beschreibt, sind ganz normale gesellschaftliche Phänomene. Dass jemand in seiner Freizeit sich mit anderen zusammenschließt, dieses oder jenes macht. Das war in Westdeutschland nicht anders. Nur gab es in Westdeutschland eine Öffentlichkeit, eine Presse, Rundfunk. Da wurden diese Dinge auch berichtet, und dann fand das in der Öffentlichkeit statt. In der DDR ist es genauso passiert, dass Leute Verschiedenes gemacht haben, es gab dafür nur keine Öffentlichkeit, keine Medien berichteten. Mit Ausnahme der großen Institution der Kirche. Dass diese einzige nicht SED-gesteuerte Institution für den SED-Staat gefährlich und damit für die Stasi interessant war, ist doch logisch.

Ich habe an der Berliner Humboldt-Universität Theologie studiert. Vorher war ich Betriebselektriker auf der Berliner Museumsinsel. Mit mei-

nem biografischen Hintergrund konnte ich nichts anderes studieren. Als Bausoldat habe ich mich für das Studium beworben. Da ich kein Abitur hatte, musste ich eine Sonderreifeprüfung, d. h. Abiturprüfung in den relevanten Fächern machen. Obwohl ich nicht in den kirchlichen Dienst wollte, hat mich die Kirchenfeindlichkeit einiger Professoren und Dozenten in der Endphase des Studiums doch dazu getrieben, mit der evangelischen Kirche noch einmal ins Gespräch zu kommen, was aber letztlich zu nichts führte. Aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Die evangelische Kirche war zunächst einmal eigenständig und wirkte auch so in den Gemeinden und kirchlichen Gruppen. Wir wissen inzwischen von den vielen verschiedenen Versuchen der Staatssicherheit, auf die Kirche Einfluss zu nehmen. Aber anders als der Eindruck, den die Akten heute hinterlassen, war die Lebenswirklichkeit im kirchlichen Raum – zum Beispiel in der Jungen Gemeinde – im Gegensatz zur gesamten sonstigen Öffentlichkeit von Freiheit und Offenheit geprägt. Natürlich gab es die Furcht vor dem staatlichen Machtapparat, aber sie war nicht das prägende Element.

NÖLKE: Als Sie nach der Friedlichen Revolution Ihre Stasi-Akte einsehen konnten, haben Sie dann Ihr Urteil über die Allgegenwart der Stasi korrigiert?

MECKEL: Da komme ich wieder auf die Nischen. Meine Akten sind nur für einen ganz kurzen Zeitraum vorhanden. 1980 habe ich mit meinem Bruder und Freunden zusammen ein Ensemble für alte Musik gegründet. Dazu steht in den Akten, dass ich das gegründet habe, um Kulturleute zu erreichen und subversiv auf sie eingehen zu können. Wir wollten aber Musik machen. Wir sind im Wesentlichen im kirchlichen Raum aufgetreten, aber auch in Museen und in Kulturhäusern. Die Stasi hat es eigentlich laufen lassen.

NÖLKE: Wenn die Stasi das wusste, dann waren Sie und Ihre Familie wahrscheinlich von IMs umzingelt?

MECKEL: Es hielt sich in Grenzen. Ich weiß von IMs, die in meiner Umgebung lebten, aber ich habe keine Berichte von ihnen gelesen. Der einzige Bericht, den ich kenne, war so lieb, der hat es richtig nett mit mir gemeint. Ich hatte immer den Eindruck, dass die Stasi überall ist, dass die alles weiß, dass die alles abhört.

Als ich Mitte der Siebzigerjahre Jugendmitarbeiter in der Kirche war, waren wir zu einem Philosophiekurs in Güstrow. Der Dozent von der



Rostocker Uni sagte gleich zu Anfang zu uns: »Dieses Haus ist das Haus der Kirche in Güstrow. Was glaubt ihr, was für die Stasi in dieser Stadt interessanter sein könnte als dieses Haus.« Er ging davon aus, dass wir abgehört werden und kam dann zu der Schlussfolgerung: Wenn man davon ausgeht, dass man überall abgehört wird, dann kann man auch freier reden. Und er hat es dann auch getan. Wie wir heute wissen, hat die Stasi im Wesentlichen mit Inoffiziellen Mitarbeitern und nicht mit dem »großen Lauschangriff« gearbeitet. Das bedrückende Ohnmachtsgefühl gegenüber der Allmacht des Staates und der Stasi war aber schon sehr stark. Man wusste ja, wie brutal er zuschlagen konnte. Aber wenn man heute die Akten liest, kommt man zu dem Schluss: Sie wussten bei Weitem nicht so viel, wie wir manchmal dachten.

NÖLKE: Herr Ludwig, inwieweit gehört denn die Stasi zur Alltagsgeschichte dazu? Und wie stellen Sie das in Ihrem Museum dar?

LUDWIG: Ja, das gehört bei uns dazu, als Teil des Institutionsgefüges der Diktatur, und es war nicht ganz einfach, das zu zeigen. Die Akten der Staatssicherheit liegen bei der BIRTHLER-Behörde. Und Sie bekommen von der BIRTHLER-Behörde keine Täter- und keine Opferakte raus. Sie dürfen sie ansehen, entsprechend geschwärzt. Wir haben mit der BIRTHLER-Behörde dann verhandelt, dass wir eine Akte nachgebaut bekommen. Man präsentierte uns dann eine original DDR-Aktenmappe in grün und eine in rot, mit original DDR-Papier, sodass es aussieht als ob. Wir haben

überlegt, ob wir damit überhaupt etwas tun können. Denn man kann ja nicht Geschichten ausstellen, man kann Geschichten anhören, lesen, aber nicht ausstellen.

Wir haben dann die beiden nachgebauten Akten in eine Vitrine gelegt, dazu eine Broschüre der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und eine illegale Schrift aus dem Kirchenbereich aus den Achtzigerjahren. An diesen drei Objekten haben wir auf den Bereich Überwachung, oppositionelle Gruppen, Widerstand hingewiesen.

Diese Vitrine steht neben zwei anderen, wo es insgesamt um Herrschaftsaspekte, um Herrschaftsbürokratien geht. Die zweite Herrschaftsbürokratie in unserer Ausstellung ist die Gesellschaft für Sport und Technik. Von sehr vielen Besuchern hören wir, dass sie dort ihren Führerschein gemacht haben, diese und jene Sportart ausgeübt haben. In dieser Vitrine liegt dann aber die entsprechende Handgranate zum Handgranatenweitwurf, also die paramilitärische Ausbildung. Es geht bei der zweiten Institution um die Militarisierung der Gesellschaft. Die dritte Vitrine gehört natürlich der SED als führender Kraft. Dort stehen eine Karl-Marx-Büste und ein nachgemachtes Uniformhemd des Rotfrontkämpferbundes, um an ihre Traditionen zu erinnern. Daneben liegen Dokumente der Partei, zum Beispiel die verschiedenen Ausbildungsgänge, die Liste einer Ortsgruppe mit Herkunft und früherer Parteizugehörigkeit von 1946.

Durch dieses Umfeld wollen wir zeigen, dass die Durchdringung der Gesellschaft durch Organisationen passierte und nicht jede Organisation immer das war, was sie vorgab. Manche Besucher erkennen das sofort. Andere wollen das nicht sehen, sondern interessieren sich nur für die Handgranate oder irgendeine Parteitagsbriefmarke. Das kann man nicht erzwingen, aber man muss die Möglichkeit geben, die Kontexte zu erkennen.

NÖLKE: Herr Holzweißig, Sie haben speziell über die Medien in der DDR gearbeitet, über Presse, Rundfunk und Fernsehen. Wie allmächtig war dort der Herrschaftsapparat der SED?

HOLZWEISSIG: Noch eines zu Herrn Ludwig. Die BIRTHLER-Behörde macht doch selbst in ihrem Informationszentrum Ausstellungen über die Beobachtungen der Ständigen Vertretung oder Ähnliches. Das muss wahrscheinlich schon länger her sein.

Allmacht der Medien: Sie hat auf dem Gebiet der Medien insofern nicht

gegolten, weil dagegehalten wird, dass die DDR-Bevölkerung ja die elektronischen Westmedien gehabt hätte. In der Tat war es hier mehr oder weniger legal, seit Honecker 1973 verkündet hatte, man könnte ja alles sehen und hören. Erst wenn jemand mit anderen Delikten auffällig geworden ist, dann wurde ihm das vorgehalten.

Die Anleitung der DDR-Medien erfolgte zentral. Es gab zuletzt den ZK-Sekretär Joachim Herrmann, dem war nachgeordnet die Abteilung Agitation unter Heinz Geggel. Die mündliche Anleitung der SED-Medien bei Geggel, »Donnerstags-Argu« genannt, fand immer donnerstags im ZK-Gebäude am Werderschen Markt statt. Dort saßen 70 bis 80 Chefredakteure. Nach den Politbürositzungen dienstags gab es immer noch eine Zusammenkunft mit dem Chefredakteur vom Neuen Deutschland und den leitenden Herren vom Fernsehen und Rundfunk, etwa acht Leute. In den Redaktionen sollte alles mündlich weitergegeben werden. Die Leute hatten große Bauchschmerzen, denn das, was sie in der letzten Woche gehört hatten, das konnte sich von einem auf den anderen Tag ändern. Zum Beispiel beim Irak-Iran-Krieg in den Achtzigerjahren. Da wurde genau vorgeschrieben, welche Zeilenzahl jede Seite bekam.

Wenn man also die DDR-Medien intensiv durchforstete und zwischen den Zeilen las, fand man eben doch sehr viel. Das konnte man aber nur, wenn man die Zeit hatte. Ich habe ein Buch geschrieben, »Zensur ohne Zensor«. Es saß niemand da – das schränke ich gleich ein –, zu dem ein Journalist mit seinen Manuskripten kam. Die Ausnahme waren die Kirchenzeitungen. Der Leiter des Presseamtes Kurt Blecher hat nach den »Donnerstags-Argus« die Chefredakteure der Kirchenzeitungen vorgeladen, und sie mussten ihre Manuskripte vorlegen. 1988 erschienen sie dann mit weißen Flecken.

Aber: Das System beruhte auf den so genannten Empfehlungen. Wehe, man verstieß gegen sie. Am schwersten hatten es die Redakteure des Neuen Deutschlands. Denn es gab 40 K-Abteilungen, die darüber wachten, was im Neuen Deutschland stand. Die waren nicht zu beneiden.

NÖLKE: Das System funktionierte also vielfach durch Selbstzensur und durch vorauseilenden Gehorsam. Herr Meckel, wie haben Sie das erlebt?

MECKEL: Ich würde das weiter fassen. Nicht nur gegenüber der SED, sondern gegenüber allen staatlichen Institutionen in der DDR war der vorauseilende Gehorsam sehr weit verbreitet. Ich kann von mir selbstkritisch sprechen. Wir hatten im ersten Studienjahr historisch-dialekti-



schen Materialismus, im zweiten politische Ökonomie und im dritten wissenschaftlichen Sozialismus. Ich habe in meiner Seminararbeit zum wissenschaftlichen Sozialismus genau das geschrieben, was die Leute hören wollten. Ich hatte meine Ruhe und fertig. Ähnlich ist es sicher vielen Studenten gegangen.

Ich habe auch Kabarettisten aus der DDR-Zeit kennengelernt, die sagten, dass sie die Programme vorher einreichen mussten und erstaunt waren, was gestrichen wurde. Meistens haben sie eine Sache so provokant dargestellt, dass sie von vornherein wussten, wenn das gestrichen wird, wird bei dem anderen nicht so genau hingeschaut. Die Schere war im Kopf, und man versuchte, damit umzugehen. Je nachdem, wie gefährlich es war, dementsprechend wurde sie benutzt.

NÖLKE: Jetzt ist die Frage, ob das ein Automatismus war. Es gibt auch die These, dass nach dieser brachialen Diktaturdurchsetzung nach 1945 bis zur Niederschlagung des Aufstandes von 1953 die Angst verinnerlicht und weitergegeben worden sei, sodass es ein regelrechtes »Angst- und Anpassungssyndrom« gab, wie Joachim Gauck es genannt hat. Ist das ein Begriff, mit dem man diesen vorauseilenden Gehorsam auch erklären kann?

MECKEL: Natürlich gab es ein Angstsyndrom, allein schon, wenn man die vielen Uniformierten in der Stadt sieht, wenn man von Polizeiprä-

sens erdrückt wird, wenn man abends ständig kontrolliert wird und seinen Ausweis vorzeigen muss und wenn man weiß, was auch in Betrieben vor sich geht. Das ist natürlich ein gewisser Druck. In den Achtzigerjahren war das wesentlich subtiler. Aber wenn man seine Ruhe haben will, dann macht man eben mit.

NÖLKE: Frau Zündorf, neuerdings ist auch sehr viel von »Eigensinn« die Rede, das heißt von einer gewissen Renitenz der DDR-Bevölkerung gegenüber der Obrigkeit. Was ist genau damit gemeint?

ZÜNDORF: Da lässt sich gut anknüpfen an das Angst- und Anpassungssyndrom. Ich glaube nicht, dass Ostdeutsche mit einem permanenten Angstgefühl gelebt haben, sondern dass sie den verschiedenen Herrschaftsstrukturen einen Eigen-Sinn gegeben haben. Dass es individuelle – man müsste es eigentlich in der Mehrzahl fassen – Eigen-Sinne gab. Der Begriff stammt aus der Geschichtswissenschaft, er hat sich schon aus der Arbeitergeschichtsforschung entwickelt und gar nicht erst mit der DDR-Forschung. Er bedeutet nicht automatisch »Widerstand«, sondern »eigensinniges« Verhalten ist breiter angelegt. Dem eigenen und auch allgemeinen Handeln innerhalb eines Systems wird ein Eigen-Sinn zugeschrieben, der sowohl oppositionell als auch staatstragend sein kann. Das sind dann die Grenzen der Diktatur.

NÖLKE: Zeigen sich im Alltag die Grenzen der Diktatur? So zum Beispiel beim Konsumverhalten, das ja auch für Sie ein Thema ist, Herr Ludwig. War es so, dass die DDR-Bevölkerung durch bestimmtes Kaufverhalten oder durch Eingaben Druck auf die Obrigkeit ausüben konnte und das dann auch Wirkung gezeitigt hat?

LUDWIG: Das ist nicht ganz einfach nachzuweisen. In Erzählungen geht das natürlich ohne Probleme, aber in Gegenständen, mit denen wir ja arbeiten, ist das schwieriger. Ein Beispiel ist, dass es überhaupt keine Fotos gibt vom Schlangestehen. Nur wenn ein Geschäft neu eröffnet wird, gibt es eine Menschenmasse davor. Die normale Schlange, die sich vor Geschäften gebildet hat, ist nicht fotografiert worden. Nicht vom Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst, und wenn sie von privater Hand fotografiert worden ist, hat die Polizei sofort eingegriffen.

Wir können die ganze Frage von Konsumgeschichte natürlich nur an Gegenständen selber zeigen. Bestimmte Objekte tauchen nicht auf und andere tauchen massenhaft auf.

Ich bekam in den Neunzigerjahren einen Anruf aus Potsdam. Ein Archi-

tekt hatte ein Gebäude zu planen, es handelte sich um ein altes Fabrikgebäude von VEB Havelland, die machten Babynahrung im Gläschen. Dort fanden sich zwei interessante Dinge. Zum einen die Kammer der Lagerhaltung des Betriebes. Ich habe noch nie in meinem Leben einen solchen Haufen von Schnipsgummis gesehen. Daran kann man die gesamte Vorratshaltung in den DDR-Betrieben exemplarisch zeigen, wie unökonomisch so etwas in der Mangelwirtschaft angeschafft und verwaltet wurde. Im gleichen Betrieb fand ich einen Aktenordner über Beschwerden an den Betrieb über die Qualität der Babynahrung. Die wurden auch alle beantwortet. Es gab zwei Standardantworten, erstens: »Bananenbrei ist gerade nicht da« – Bananengläschen waren gefragt, zweitens: »Produktionsmängel«. Es war ein total veralteter Betrieb, und in den Gläschen waren ständig Glasscherben drin. Man sieht die planwirtschaftlichen Engpässe und erfährt etwas über Produktionsbedingungen.

Man kann also an solchen winzigen Spuren Aussagen treffen und zu einer Verallgemeinerung kommen. Es geht ja nicht um das Babygläschen, sondern darum, was wir über die DDR-Gesellschaft aussagen können.

Es gibt auch äußerst humorvolle Dinge. Zum Beispiel der Brief eines Betriebsdirektors, warum keine Silvesterknallbonbons geliefert werden können. Er beschreibt auf zwei Seiten anhand von Kleinigkeiten die Beschaffungsmängel dieses Betriebes. Das heißt, die gesamte Planwirtschaft in ihrer unendlichen Ineffektivität und ihrer Ärgerlichkeit im Ergebnis wird an solchen Quellen deutlich. Aber sie sind immer nur Spuren, sie stehen immer nur für etwas. Man nennt die Alltagsgeschichte in anderen Ländern ja auch Mikroistoria, das heißt, sie geht von kleinen Geschichten aus und versucht, aus diesen heraus Verallgemeinerungen zu bilden.

In der Konsumgeschichte spiegeln sich natürlich auch die Wünsche bestimmter Generationen wider. Es gibt einen klassischen Fall: Unser Museum lebt davon, dass uns Leute Objekte aus der DDR schenken. Eine bestimmte Generation schenkt ganz oft eine bestimmte Küchenmaschine, die Generation, die um 1960 geheiratet hat. Das zählte zu den wichtigsten Anschaffungsgütern junger Familien in dieser Zeit. Die Maschinen sind relativ robust, haben einen hohen Statuswert und einen hohen Erinnerungswert an die Familiengründungen. Wir folgern daraus, dass

das für diese Generation offenbar prägend in der Phase der Familien-gründung gewesen ist. Andere Dinge bekommen wir gar nicht ins Museum. Weil sie zu intim sind oder weil es sie einfach nicht gibt.

NÖLKE: Suchen und finden Ostdeutsche etwas anderes in Ihrem Museum als Westdeutsche? Gibt es da eindeutige Unterschiede?

LUDWIG: Ja, die Leute suchen völlig Unterschiedliches. Aber es gibt auch nicht den Ostdeutschen und die Westdeutsche. Es hängt von Generationen, vom Bildungsgrad, vom Geschlecht, von der beruflichen Herkunft ab. Die Leute suchen völlig unterschiedliche Dinge. Interessant ist für mich, dass immer an dem angeknüpft wird, was die eigene Biografie hergibt. Man fragt aus der Gegenwart und aus der eigenen Erfahrung an die Ausstellung. Das muss nicht immer ein Ost-West-Gegensatz sein. Interessant wird es immer, wenn sich die Leute begegnen. Man geht ja selten alleine ins Museum, sondern meist in kleineren Gruppen, unterhält sich und diskutiert, auch zwischen Fremden. Die Besucher kommen miteinander ins Gespräch. Über ihre Erfahrungen, unterschiedliche Interpretationen dessen, was sie da sehen können, auch über Missverständnisse.

Wir schaffen also Diskussionsanlässe. Dieser kommunikative Teil könnte dazu führen, dass der Ausstellungsbesuch länger im Gedächtnis bleibt. Wenn man Geschichte im Osten Deutschlands zeigen will und möchte, dass auch die historische Entwicklung in den Köpfen bleibt, dann muss man etwas finden, das länger trägt, über den Ausstellungsbesuch hinaus. Ich glaube, nichts trägt länger als das Gespräch zwischen Menschen. Das behält man länger im Kopf, als wenn man eine Stunde in einer Ausstellung war und Bilder gesehen hat. Beides zusammen kann funktionieren. Wir verstehen uns als der Ort, an dem so etwas stattfinden kann.

NÖLKE: Frau Zündorf, hat die Alltagsgeschichte auch didaktisch den Vorzug, Schüler für die DDR-Geschichte zu interessieren und sie ihnen näherzubringen?

ZÜNDORF: Ich glaube, es ist zwar schwierig, den Schülern DDR-Geschichte über die Alltagsgeschichte näherzubringen – aber wichtig. Um diese Geschichte zu vermitteln, muss man schon einiges tun, damit sie deutlich wird. Wenn ich zum Beispiel in das Stasi-Museum in der Normannenstraße gehe, ist es um einiges einfacher, an diesem authentischen Ort die Verfolgung durch die Stasi zu erklären. Um die Alltagsgeschichte zu erklären, für die es keinen entsprechenden authentischen Ort gibt, bedarf es anderer didaktischer Mittel. Mein Plädoyer ist – und

das ist wieder sehr wissenschaftlich –, die Geschichte immer deutlich zu kontextualisieren. Ich gebe zu, es ist schwierig. Ich glaube aber trotzdem, dass es zu schaffen ist und dass es wichtig ist.

NÖLKE: Wie sehen Sie das, Herr Holzweißig? Alltagsgeschichte ist groß in Mode. Ist das auch etwas, womit wir uns in zehn Jahren noch beschäftigen werden?

HOLZWEISSIG: Ich schließe das nicht aus. Wir interessieren uns ja auch 60 Jahre nach dem Dritten Reich noch dafür. Ich habe einfach nicht den soziologischen Zugriff, der im Moment in Mode ist. Ich bin Historiker und halte mich an Quellen. Es wurden die Eingaben genannt, auch Leserbriefe. Wenn man sich persönlich erinnert an das, was vor 30 Jahren war, treten Ungenauigkeiten auf. Aber wenn ich einen Brief von mir finde, stehen die Fakten da. Die Häftlingsberichte, die in Salzgitter abgeliefert wurden, sind echte Zeitzeugenberichte. Vielleicht werden Sie mit mir nicht einverstanden sein: Die Berichte der Stasi über die Stimmung in der Bevölkerung sind höchst aufschlussreich. Ich finde, dass man mit solchen Zeugnissen und auch musealen Gegenständen Alltagsgeschichte schreiben kann. Aber sie ist für mich auch verbunden mit Herrschaftsgeschichte. Ein Potsdamer, Herr Lindenberger, hat eben die Verbindung mit Herrschaftsgeschichte schon wieder als totalitären Ansatz bezeichnet. Ich verstehe den Streit nicht, weil beides wichtig ist.

NÖLKE: Trotzdem noch einmal die Frage an Herrn Meckel, was Alltagsgeschichte leisten kann. Ist die DDR-Alltagsgeschichte ein geeignetes Mittel, um den Westdeutschen zu erklären, welche Prägungen die Ostdeutschen erfahren haben und von daher auch, wie und warum sie so sind, wie sie sind?

MECKEL: Grundsätzlich halte ich es für sehr schwierig, das Lebensgefühl in der DDR über Alltagsinformationen weiterzugeben. Man kann da bestimmte Konsumgüter wieder vorführen. Das verstehe ich, auch kulturgeschichtlich. Vor allem, da man sich immer wieder ins Gedächtnis rufen muss, dass am 1. Juli 1990 die gesamte Konsumwelt der DDR verschwand. Die Gerüche, die Geschmäcke waren weg. Von einem Tag auf den anderen hatten wir ja nur noch Westwaren in den Kaufhallen. Das ist ein einschneidendes Erlebnis. Wenn man heute wieder etwas riecht, was man seinerzeit als junger Mensch gerochen hat, dann ist das ein positives Gefühl. Diese Erinnerungen taugen heute aber sicher nicht, jungen Leuten oder Westdeutschen zu vermitteln, was die DDR war. All-



tagsgeschichte könnte vielleicht dazu führen – wenn man sie gut präsentiert –, dass Westdeutsche verstehen, dass man auch in Ostdeutschland leben konnte.

Den Begriff des Eigensinns finde ich sehr wichtig. Und so etwas wie Eigensinn kann man mit Alltagsgeschichte kaum transportieren. Eine Vermittlung, die ich aber für wichtig halte. Das Museum in Eisenhüttenstadt hat sicher eine schwere Aufgabe, einerseits Alltagsgeschichte, andererseits auch die Unterdrückungsgeschichte darzustellen.

NÖLKE: Der Blick auf die Alltagsgeschichte macht in vielerlei Hinsicht Sinn, kann und sollte aber andere Arten der Geschichtsbetrachtung, der Erforschung und Vermittlung nicht ersetzen. Ich denke, das ist ein ganz wichtigstes Ergebnis unserer Diskussion. Herzlichen Dank Irmgard Zündorf, Andreas Ludwig, Gunter Holzweißig und Eugen Meckel!



Zeitzeugengespräch

Widerstand, Flucht und Repression

DIETRICH GARSTKA

HANS-JÜRGEN JENNERJAHN

HERTA LAHNE

EVA-MARIA NEUMANN

Moderation: MICHAEL PARAK

PARAK: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zum Zeitzeugenforum »Widerstand, Flucht und Repression«. Die Grundfrage der Bautzen-Foren ist allgemein, wie man mit der DDR-Geschichte umgeht. Sie haben sicher festgestellt, dass sich in den letzten Jahren der Umgang etwas gewandelt hat. Themen, die heute – und auch heute beim Bautzen-Forum – besonders interessieren, sind Alltagserfahrungen.

Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit Mythen, die sich mittlerweile um die DDR bilden. Es gibt eine sehr verdienstvolle Veranstaltungsreihe der Birthler-Behörde. Allein die Titel dieser Veranstaltungsreihe zeigen, welche großen Bau-

stellen es noch gibt: »Ein ganz normaler Geheimdienst? Die Staatssicherheit der DDR«, »Gut versorgt? ‚Sozialstaat‘ DDR«, »Das bessere Deutschland? Die DDR und der Mythos vom Antifaschismus«, »Spitzenzeiten? Sport und Doping in der DDR« oder »Siegerjustiz? Vom Umgang mit der DDR-Vergangenheit«. Das alles sind wichtige Felder, um den Alltag in der DDR zu beleuchten und auch um manche Mythen zu zerstören. Das ist wichtig, weil nicht jeder DDR-Bürger von politischer Repression betroffen war. Es ist aber auch wichtig, hervorzuheben, dass die DDR eine Diktatur war und dass jeder von Repression betroffen hätte sein können.

Die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat. Ein Staat, in dem politische Willkür herrschte. Wichtig ist immer noch eine Entscheidung, die die Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« 1994 im Deutschen Bundestag getroffen hat. Alle Parteien haben zugestimmt, mit Ausnahme der PDS.

Die Herrschaftsformen wandelten sich in den 45 Jahren des Systems. Sie konnten subtiler werden, je vollkommener der Herrschaftsapparat ausgebaut wurde. In der Substanz aber blieb der DDR-Staat das, als was er ausgebaut wurde: ein totalitäres System, in dem sich der Machtanspruch der führenden Partei bzw. ihrer Führungsgruppe auf alle Bereiche des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens erstreckte.

Sicherlich wollen und müssen wir die Alltagsmomente der Diktatur betrachten. Wir sollten dabei aber nicht vergessen, dass es Menschen gab, die unmittelbar unter dem politischen Zwangsapparat zu leiden hatten. Dies ist auch die Aufgabe des Zeitzeugenforums. Wir wollen uns diesen Schicksalen zuwenden. Ich begrüße die Podiumsteilnehmer: Frau Herta Lahne aus Meiningen, Frau Eva-Maria Neumann aus Aachen, Herrn Hans-Jürgen Jennerjahn aus Lemgo im Wendland, und Herrn Dietrich Garstka aus Essen.

Wir wollen den zeitlichen Bogen von der Nachkriegszeit bis in die Achtzigerjahre spannen. Es geht um die Verurteilung durch ein Sowjetisches Militärtribunal, Haft in Workuta, um Zivilcourage nach dem Ungarnaufstand 1956 und die Folgen, und es geht um einen Fluchtversuch in den Siebzigerjahren, um Haft und Häftlingsfreikauf.

Wir wollen mit Herrn Hans-Jürgen Jennerjahn beginnen. Er ist 1928 geboren. Wir werden die Zeitzeugen nun ausführlich zu Wort kommen lassen.

JENNERJAHN: Eigentlich wollte ich über die Unterschiede zwischen Bautzen und Workuta sprechen. Aber eine gewisse Einführung soll doch sein. Ich bin Jahrgang 1928 und bin in eine Diktatur hineingewachsen, ohne dass ich es gemerkt habe.



1944 wurde die ganze Schulklasse nach Kiel geschickt, um die Schiffe und die Stadt zu löschen. Aber das gelang uns nicht. Der Sommer 1944 war das Ende von Kiel – und unser Erwachen. Bis dahin hatten wir ja noch alles geglaubt, was man uns erzählte, aber in Kiel sahen wir etwas anderes. Wir kamen im April 1945 zurück und sollten zum Arbeitsdienst. Aus unserer Klasse waren wir noch sieben Leute, davon sind fünf noch abgerückt.

Der Sommer 1945 war für uns alle eine ziemliche Belastung. Man hatte ganz andere Sorgen, als sich um Politik und Sonstiges zu kümmern. Schwerin hatte vorher 60.000 Einwohner, dann waren wir 120.000. Aber langsam hatten wir uns daran gewöhnt, dass man ja weiterleben musste. Wir wollten auch etwas aufbauen und etwas schaffen. Alles war ja zerstört: die Wohnungen, das Krankenwesen. Es war ein Elend.

Im Sommer 1945 wurden in der Sowjetzone schon politische Parteien zugelassen. Zuerst natürlich die KPD, kurz darauf die SPD, auch die CDU, LDP. Ich wollte etwas anpacken und mithelfen und hatte mich dazu durchgerungen, bei der SPD einzutreten. Aber dann kam ein alter Sozialdemokrat und sagte, ich solle die Finger davon lassen, weil die Parteien sowieso geschluckt werden würden – das wusste er schon im Januar 1946. Es gab einige vorbereitende Schulungsabende bei der SPD. Der Parteisekretär Xaver Karl sagte, dass uns nichts anderes übrig bleiben würde, wir müssen in der SPD arbeiten. Einige Sozialdemokraten, wie z. B. der Mausolf, haben nicht mitgemacht. Er wurde dann Vorsitzender der Volkssoli-

darität. Allerdings war er das nur sechs Wochen, dann war er verschwunden – wo, das wusste zu der Zeit niemand. Der Landesvorsitzende Moltmann wurde Landtagspräsident.

Das hat uns, die wir einmal Ideale hatten, doch sehr berührt. Jedenfalls bin ich nicht in die SPD gegangen, aber zur FDJ. Am 10. März 1946 wurde die FDJ in Schwerin gegründet, etwa gleichzeitig der Demokratische Frauenbund. Es wurden Listen aufgestellt, und der Reihe nach wurden die Diskussionsredner ausgewählt. Plötzlich hieß es, dass keine Zeit mehr sei und die restlichen Diskussionsbeiträge wegfallen würden. Das Interessante daran war, dass bisher nur Leute zu Wort gekommen waren, die alles hochgejubelt hatten. Da waren ja auch einige Redner und Delegierte, die nicht so sehr für den sozialistischen Kurs waren. Aber die kamen nicht mehr zu Wort.

Aber wir haben in Schwerin zwei, drei Jugendgruppen gebildet und dort 1946 und 1947 unsere Jugendarbeit gemacht, wie wir wollten: mit Tanzabenden, Singabenden, auch einem politischen Abend pro Woche. Das war ein guter Zeitvertreib für uns Jugendliche. Bis 1947 ging das gut. Mit einem Mal wurde ein Stadtsekretär der Leiter der FDJ in Schwerin. Wir bekamen dann so langsam mit, dass diese Leute von der Parteischule kamen. Die brachten uns bei, was wir zu tun hatten. In meiner Gruppe hatte ich zum Beispiel einmal in der Woche einen politischen Ausspracheabend. Da erzählte ich dann, was ich im NWDR gehört hatte, und habe das dann von der anderen Seite beleuchtet. In meiner Gruppe waren zwei Töchter von Joni Löhr, Altkommunist aus Hamburg, 1933 in die Tschechei ausgewandert. Ein echtes kommunistisches Haus. Die zwei Mädchen sagten zu mir, dass sie das, was ich ihnen erzählte, zu Hause so gar nicht hören. Das merkte man schon, dass die Welt aus verschiedenen Menschen bestand.

Bis Ende 1947 haben wir das durchgezogen. Aber wir bekamen dann zu viele Vorschriften. Der politische Kurs wurde uns vorgeschrieben, und das wollten wir nicht. Inzwischen hatte ich mich, weil es keine anderen Parteien mehr gab, an die LDP angelehnt und wurde dort Mitglied, als im September 1946 in Mecklenburg Kommunalwahlen waren. Diese Jugendgruppe von der FDJ habe ich eigentlich mitgenommen. Ich ging inzwischen wieder zur Wirtschaftsoberschule in Schwerin, wo ich Schulsprecher war. Mir wurde dann nahegelegt, diesen Posten niederzulegen, was ich aber nicht getan habe. Wir waren doch noch relativ frei, obwohl wir schon wussten, dass ständig Leute abgeholt wurden und verschwanden und keiner wusste, wie es weiterging. Auf der anderen Seite waren wir auch noch recht unbekümmert.

Wir haben ja in Schwerin gehört, wenn in Mecklenburg jemand abgeholt wurde.

Und es verging kein Monat, in dem nicht Vorstandsmitglieder aus den demokratischen Parteien verschwanden. Aber wir wollten etwas verändern. Man hat uns immer die Geschwister Scholl als Vorbild hingestellt und gesagt, dass sich die Generation unserer Eltern schuldig gemacht hätte. Das wollten wir natürlich nicht auf uns sitzen lassen. So haben wir weitergemacht. 1949/50 ging es dann nicht mehr. In der LDP haben wir offiziell aufgehört. Wir haben dann selbst Flugblätter hergestellt und uns vom Ostbüro der SPD in Berlin, von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und von den Freiheitlichen Juristen Material geholt, das wir in Schwerin in die Briefkästen gesteckt haben. Auf dem Marktplatz haben wir einen kleinen Bottich mit Flugblättern – »Freie Wahlen!«, »Fort mit der SED!« – unten mit einer Zigarette angezündet, sodass das Ding hochging und die Zettel in die Luft flogen. Hundert Meter weiter stand einer und hielt eine Lobrede auf die Nationale Front.

Eines Tages sind wir durch einen dummen Zufall aufgefliegen. Ich wurde von einem guten Bekannten abgeholt. Meine damalige Verlobte kam aus Ostpreußen aus einer einklassigen Dorfschule. Sie ging mit einem Mann in die Klasse, der zuerst Jungzugsführer und jetzt bei der Volkspolizei war. Es war Fritz Romey aus Norkitten. Jetzt wohnt er in der Eisenbahnstraße. Anfang Mai hatte mein Schwager Geburtstag, wo er auch eingeladen war. Er erzählte, dass er nicht mehr bei der normalen Polizei sei, sondern eine andere Stellung hätte, über die er aber nicht reden dürfte. Diese neue Position machte ihm viel Spaß. Sechs Wochen später stand er bei mir vor der Tür. Dann sind wir abgefahren. Ich war zuerst drei Tage bei den Deutschen, dann haben sie mich zu den Russen rübergebracht. Von da an habe ich keine deutschen Leute mehr gesehen. Zwei Tage später hat er dann auch meine Verlobte (seine Schulkameradin) abgeholt.

Von der Behandlung brauche ich nicht viel zu erzählen. Das ist hier im Allgemeinen bekannt. Ich hatte aber doch ein bisschen die Hoffnung – obwohl wir wussten, wer abgeholt wurde, der war weg und kam nie wieder –, dass wir irgendwann einmal wieder rauskamen. Mein Untersuchungsrichter hatte ab und zu eine »faule Phase«. Er sprach mal so und mal so. Aber es gab auch gute Tage. Er hatte einen Kollegen, ein Jude aus Hamburg, der nach 1933 in Russland gelebt hatte. Der hat mit mir Hamburger Platt gesprochen. Ich fragte dann mal, wann ich hier rauskäme, und der Russe sagte, dass ich hier nicht rauskäme und Todesstrafe bekommen würde. Ich sei ein Spion, weil ich ja Verbindung in den Westen gehabt hätte. Das war erst einmal ein Schock. Wir bekamen dann in Anbetracht der Jugend anstelle von Todesstrafe zweimal 25 Jahre. Nach einem Vierteljahr, zu Weihnachten, sind wir abgefahren. Wir wussten ja nicht, wohin. Abends waren

wir in Berlin-Lichtenberg. Dort haben wir noch vierzehn Tage gegessen und sind dann nach Russland gekommen.

Wir sind losgefahren, und irgendwann gab es keine deutschen Lokomotivflöten mehr, da war so ein komisches Tuten. Wir dachten, wir seien irgendwo am Hafen. Aber wir waren in Frankfurt über die Grenze gefahren. Bemerkte haben wir das, als wir in Brest-Litovsk ausstiegen, denn da wurden die Schienen breiter, und wir mussten die Waggons wechseln.

Wir fuhren bis Gorki, heute heißt das Nichni-Nowgorod. Dort gab es russische Fischsuppe, die aus ein paar Gräten und den Fischaugen bestand. Einmal in der Woche bekamen wir deutsche Bücher, das muss ich positiv bemerken.

Wir kamen dann nach Workuta. Ich hatte Durchfall bekommen und kam im Lager in Quarantäne in die Krankenbaracke. Dort traf ich einen jungen Menschen, der auch sehr viel Humor hatte. Er war zuckerkrank und hatte seit einhalb Jahren kein Insulin mehr bekommen. Der Arzt hat sich Mühe gegeben, diesen jungen Menschen irgendwie mit der Ernährung am Leben zu halten.

Als ich nach ein paar Tagen fieberfrei entlassen wurde, sollten wir bei den Aufsehern Schnee schippen. Im Januar und Februar lagen dort drei bis vier Meter Schnee. Die Posten haben sich ein Feuerchen gemacht, damit sie nicht froren. Wir hatten vielleicht 25 Grad Minus.

PARAK: Herr Jennerjahn, ich würde hier einen kurzen Einschnitt machen, da das Schicksal, das Sie in Workuta erleben mussten, auch einer zweiten Zeitzeugin hier auf dem Podium widerfahren ist. Frau Lahne ist 1927 geboren, sie war eine ausgebildete Opernsängerin. Ihr hätten vielleicht eine glanzvolle Karriere und die Bühnen der Welt offengestanden. Die Bedingungen einer Diktatur wollten es anders. Darüber wird Frau Lahne uns nun berichten.

LAHNE: Als Tochter eines Kriegsverbrechers wurde mein Vertrag mit dem Landestheater Meiningen unter der sowjetischen Besatzung sofort aufgelöst, und ich musste mein Studium für Schauspiel und klassischen Gesang aufgeben. So blieb mir nur die Flucht in den Westen. In meiner Heimatstadt Meiningen blieben mein Vater, meine Mutter und meine Schwestern. Nach Wochen bekam ich Nachricht von meiner Mutter, Vater sei verhaftet und sie habe keine Nachricht, wo er sei. Das Haus war enteignet. Offenbar ging es meiner Familie sehr schlecht. Obwohl man mir dringend davon abgeraten hatte, bin ich illegal in die SBZ zurück, versuchte zu helfen und eventuell sogar herauszufinden, wo mein Vater war. Vaters Spur führte nach Weimar. Auf offener Straße wurde ich angesprochen, in ein Auto geschoben und in das Gefängnis Weimar gebracht. Verhöre Tag und Nacht. Auf meine Fragen, was ich verbrochen, was ich getan hätte, bekam ich nie

eine Antwort. Die Erklärung eines Offiziers, mein Vater würde mich belasten, habe ich für unmöglich gehalten und darauf bestanden, mit meinem Vater eine Gegenüberstellung durchzuführen. Das wurde zugesagt. Man brachte mich nach Buchenwald. Es ist mir unmöglich zu beschreiben, in welcher Verfassung ich meinen Vater angetroffen habe. Ich habe ihn nicht erkannt. Erst als er mich ansprach, erkannte ich seine Stimme. Er hatte einen Strick um den Hals, und man schrie mich an: »Sprich, nenne deine Verbrechen, sage, ob Hitler noch lebt!« »Los«, schrie man mich an, »sprich, sonst hängen wir deinen Vater auf! Es liegt bei dir. Sprich oder sing, das kannst du doch gut. Rede endlich!« Ich habe Vaters Lied gesungen, das wir als Kinder oft mit ihm gesungen haben. Wenige Minuten später war mein Vater tot. Der wachhabende Offizier sagte etwas zu den beiden Soldaten, die meinen Vater hielten. Daraufhin haben sie mir meinen Vater vor die Füße geschmissen. In deutscher Sprache wurde ich angeschrien: »Hier, du Verbrecher, dein Geburtstagsgeschenk!«

Es war der 18. Juli 1947, mein 20. Geburtstag. Zwei Tage später wurde mir das Urteil verkündet: »Todesstrafe!« Raus. Abführen.

Wenige Tage später kam ich in das KZ Sachsenhausen, dort wurden noch die Todesurteile vollstreckt. Nach wenigen Wochen Sachsenhausen kam ich mit vielen anderen Häftlingen im Viehwagen nach Moskau, in die Ljubljanka. Zwei Zellen weiter war Raoul Wallenberg, wahrscheinlich ist Ihnen allen dieser Name bekannt, er war ein schwedischer Diplomat. Offiziell wurde gesagt, er sei an einem Herzanfall gestorben. Das stimmt nicht. Er wurde abgeholt, und ich höre ihn heute noch, wie er sagte: »Hoffentlich schießen sie gut.« Er kam nicht wieder zurück. Er wurde in der Ljubljanka erschossen.

Als Gesündeste in der Ljubljanka habe ich dort den Flur geputzt und dabei immer einen improvisierten Text gesungen, damit ich mit allen Deutschen und Ausländern Kontakt aufnehmen kann.

Die Vernehmungen waren immer nachts. Ich wurde wieder geholt und der Staatsanwalt hat mir erklärt, dass ich ein verdammtes, dreckiges Schwein sei. Ich sagte: »Verzeihung, Sie haben etwas vergessen: Ich bin ein deutsches Schwein, und darauf bin ich stolz. Ein Schwein ist intelligent und sehr sensibel.« Einige Wochen später wurde mein Todesurteil in 15 Jahre schwerste Zwangsarbeit umgewandelt. Ich weiß nicht, woher ich den Mut genommen habe, aber bevor ich den Raum verließ, habe ich gesagt: »Ich verachte Sie, Ihr System, alles, Sie kotzen mich an.« Entschuldigen Sie bitte, aber ich hatte nichts mehr zu verlieren.

Wenige Tage später ging es mit Viehwaggons auf den Transport, Richtung Norden – wohin, wusste kein Mensch. Ich war die einzige Reichsdeutsche. Man hörte



alle Sprachen. Ich war mir im Klaren, dass ich diese verdammte Sprache lernen musste, ich wollte ja überleben. Die Gegend wurde immer trostloser, immer kälter. Im Waggon hatten wir ein rundes Loch im Boden ausgesägt, das war unsere Toilette. Wenn einer tot war, dann haben wir ihn so lange festgehalten, bis es nicht mehr ging, weil wir ja für diesen Toten das Stück Brot bekommen haben. Wenn der Zug anhielt, haben wir die Toten einfach den Abhang hinuntergeschmissen.

Der Zug hielt, wir wurden eingeladen. Aus dem Schnee hat ein kleiner Zaun geguckt, den ich für einen kleinen Gartenzaun hielt. Es war aber ein fünf Meter hoher Strommast. Das ganze Lager war im Schnee vergraben. Es war der Anfang meiner neunjährigen Gefangenschaft. Es gäbe Unzähliges zu berichten. Auch Gutes und Schönes, wir haben auch gelacht. Ich kann mit einem arabischen Sprichwort nur eines sagen: Mit wem du gelacht, den wirst du vergessen. Mit wem du geweint, den vergisst du nie.

Ich bin Ende 1955 durch Adenauer aus Workuta zurückgekommen und wenige Wochen später in den Westen geflüchtet. Die kurze Zeit genügt nicht, Ihnen mein erbärmliches Schicksal zu erzählen. Ich glaube, Sie können sich alle davon ein Bild machen. Ich habe meine Jugend dort verbracht. Mit 20 Jahren war ich eine alte Frau. Ich bin als seelischer Krüppel zurückgekommen und bin heute noch ein seelischer Krüppel – wahrscheinlich wie sehr viele von Ihnen hier auch. Eines möchte ich Ihnen noch sagen: Ich fühle mich mit Ihnen hier, die Sie in Bautzen im Gelben Elend waren, unsagbar eng verbunden. Wenn auch bei uns

40 bis 50 Grad Frost waren, das Elend und das Leid war überall gleich. Ich danke Ihnen, dass ich hier bei Ihnen sein darf, und ich hoffe, wir bleiben in guter, kameradschaftlicher und freundschaftlicher Verbindung.

PARAK: Frau Lahne, wir danken Ihnen für diese sehr offenen Worte. Dass Sie uns erzählt haben, was Sie erleben mussten. Ein Schicksal, das für jemanden, der jünger ist, nicht mehr nachvollziehbar ist, und das ein Zeugnis über die damalige Zeit und die Bedingungen in einer Diktatur und die Besonderheit einer Diktatur unter der sowjetischen Besatzungsmacht ablegt.

LAHNE: Vielleicht lag es an meiner Jugend, dass ich alles durchgestanden und geschafft habe. Aber auch meine Mithäftlinge haben mir als erster Reichsdeutschen viel Mut gemacht, haben mir die Kraft gegeben, nicht zu verzweifeln. Viele Volksdeutsche, die von der Wolga in die Verbannung nach Workuta geschickt wurden, haben mir geholfen. Aber ich habe auch mit Russen, Zigeunern und anderen Nationalitäten zusammengelebt. Noch heute besitze ich die Kastagnetten, die mir die Zigeuner geschenkt haben. Und wenn ich ganz tief unten bin, dann nehme ich meine Kastagnetten in die Hand und sage mir: Die haben es geschafft, du hast es geschafft. Auch bin ich politisch wie beruflich rehabilitiert.

Außerdem war ich sehr sprachbegabt. Meine russischen Sprachkenntnisse wurden immer besser. Nach kurzer Zeit konnte ich fließend Russisch lesen, schreiben und auch stenographieren. Unter den Russen gab es sehr viele, die weder lesen noch schreiben konnten, da es in Russland früher nur eine vierjährige Schulpflicht gab. Durch meine Sprach- und Schreibkenntnisse bekam ich sogar für einige Monate die Leitung der Bäckerei. Die Lagerleitung war der festen Überzeugung: »Diese Deutsche wird niemals Brot oder Mehl stehlen.« Aber das stimmte nicht. Die Zigeuner haben mir sehr schnell beigebracht, wie man unbemerkt Dinge an sich nimmt. Herr Dr. Parak, ich kann Ihnen Ihre Brieftasche aus der Tasche nehmen, Sie würden es nicht merken.

Nach neun Jahren bin ich zurückgekehrt. Wenige Wochen später musste ich jedoch wieder fort und einen neuen Anfang im Westen versuchen. Es war nicht der goldene Westen. Aus gesundheitlichen Gründen war eine Karriere als Opernsängerin nicht mehr möglich. Auch meine Heimatstadt wollte mich nicht wieder als Sängerin und Schauspielerin haben. Später, nach Einsicht in meine Stasi-Akte, erfuhr ich dann den Grund dafür: »Die Kriegsverbrecherin ist aus der UdSSR zurückgekehrt«, stand dort. Nun war ich also der Kriegsverbrecher. Dabei war ich doch, als der Krieg begann, erst zwölf Jahre alt ...

Workuta versuche ich zu verdrängen, aber das geht nicht. Mit der Vergangenheit muss man leben. Auch die russische Sprache habe ich nicht verlernt.

Wenn ich auch keine großen Opernpartien gesungen habe, so hatte ich doch das Glück, bei vielen Konzerten und Liederabenden in Frankreich zu singen – im Rahmen der deutsch-französischen Freundschaft. Kein Hass, keine Verbitterung. Man sollte vergeben – wenn auch nie vergessen!

PARAK: Vergessen wollen wir es auch nicht. Deswegen sind wir hier. Wir wollen nun versuchen, den Sprung von diesen unmenschlichen Bedingungen in den Vierziger, Anfang Fünfziger Jahren in das Jahr 1956 zu machen. Die Herrschaftsformen haben sich vielleicht gewandelt. Es blieb weiter eine Diktatur, die zutiefst in das Leben der Einzelnen eingriff, weiter Menschen zerstörte, wenn auch auf andere Art. Welche kleinen Dinge dazu führen konnten, dass man in das Visier des Staates gelangte, darüber wird nun Herr Dietrich Garstka berichten. Er wurde 1939 geboren, war 1956 Schüler. Es geht hier um eine wirklich unglaubliche Geschichte, die in einer Schule in der Nähe von Frankfurt (Oder) passierte.

GARSTKA: Ich erzähle Ihnen eine Geschichte aus dem Schulalltag der frühen DDR, in der meine Schulklasse, die Abiturklasse, erlebt hat, wie schnell der gewohnte Alltag durchbrochen werden konnte. Die Geschichte ist in dem Buch »Das schweigende Klassenzimmer« ausführlich erzählt.

Alltag ist das, was alle Tage geschieht, was sich immer wiederholt. Aus der Wiederholung wird die Gewohnheit, in der wir mit Selbstverständlichkeit handeln, sodass problematische Fragen an den Rand gedrängt werden. Das Alltagsbewusstsein fragt nicht nach dem Warum und Wozu. Das, was ist, ist, weil es ist. Alltag bietet das Gefühl der Sicherheit, in dem wir uns aufeinander verlassen; wir vertrauen den altbekannten Personen und Situationen. Wir sind im Alltag zu Hause, wir fühlen uns geborgen. Solche Sicherheit aus Gewohnheit jedoch kann trügerisch sein, kann sich als Schein entlarven, denn sie ignoriert eine entscheidende Qualität menschlichen Verhaltens: die Veränderung. So kann es sein, dass neben der geglaubten eine andere, eine tatsächliche Wirklichkeit existiert. Wie war das mit dem Schulalltag in der DDR? Ich erzähle ein Beispiel aus unserer Klasse.

An einem Septembernachmittag 1956 standen wir, die zwölften Klasse, fünf Mädchen und 15 Jungen, 17 Jahre alt, auf dem Schulhof der Oberschule in Storkow (Mark). Wir erwarteten unseren FDJ-Sekretär zum wöchentlichen FDJ-Nachmittag. Nach zehn Minuten ließ man uns wissen, er könne heute nicht kommen, der FDJ-Nachmittag falle aus. Sofort nach Hause gehen wollten wir nicht. Wir standen um den Fahnenmast. Einer kam auf die Idee: Wir machen Fahnenappell. Der Vorschlag versprach Spaß. Karsten holte sein zerknittertes Stofftaschentuch heraus, es war nicht mehr ganz sauber, knotete es am metallenen



Seil des Fahnenmastes fest und zog es hoch. Wir anderen hatten uns dabei in Reih und Glied aufgestellt. Wir spielten in verteilten Rollen: Direktor, Klasse, Delinquent. Stellproben waren nicht nötig, wir wussten, wer in welcher Funktion zu stehen hatte. Direktor Schwerz hielt eine Strafrede gegen Gerd, der wieder durch intensives Rauchen aufgefallen war. Er musste nach vorne treten, hatte sich anzuhören, wie dekadent er sich verhalten habe, wenn er geglaubt habe, den Sozialismus in Rauch aufgehen lassen zu wollen, und wurde zu zehn Liegestützen verurteilt, die er vor der stramm stehenden Klasse stemmen musste. Auf den Befehl »Ein Lied« sang die Klasse mit hochgereckter Faust dazu: »Wir sind die junge Garde des Proletariats ...« Das Taschentuch wurde eingeholt, rührt euch, abtreten. Erheitert machten wir uns auf den Heimweg.

Der Fahnenappell gehörte zum Schulalltag in der DDR. Jeden Montagfrüh und Samstagmittag wurde er abgehalten. Alle Schüler, alle Lehrer, auch Funktionäre versammelten sich am Fahnenmast. Jeder wusste, an welche Position er sich zu stellen hatte. Militärische Befehle ordneten den Aufmarsch, die Aufstellung und den Abmarsch. Keine zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Ich hatte die Ehre, die Kommandos über den Schulhof zu schreien. Dem Direktor wurden Meldungen der einzelnen Klassen vorgetragen. Es folgten Bekanntmachungen zum Wochenablauf. Der Direktor hielt eine Rede, Schüler wurden kritisiert, aufgemuntert, ausgezeichnet, Schüler gaben Selbstverpflichtungen ab, die Fahne wurde hochgezogen oder heruntergezogen, oft dröhnte ein Kampflied, einstudiert am FDJ-Nachmittag, über den Schulhof. Die ständigen Wiederholun-

gen, Woche für Woche, erzeugten ein selbstverständliches Ordnungsmuster. Die Gewohnheit erzeugte eine befriedigende Sicherheit, die an das Gefühl der Geborgenheit grenzte. Das alles war erlebter Alltag. In seiner strengen Formalität wurde er zum Ritual erhöht. Andere Rituale verdichteten das verordnete Alltagsleben in der Schule. Zum Beispiel die Demonstration am 1. Mai, die Jugendweihe, der Tag der Befreiung, der Frauentag, Stalins Geburtstag, der Gründungstag der DDR, die herbstlichen Ernteeinsätze. Immer wieder Deklamation, Gelöbnis, Zielvorgabe, Verpflichtungserklärung. In solchen Ritualen wurden wir auf die hohen Ziele eines humanistischen Sozialismus eingeschworen. Nichts war das, was es war. Alles war Metapher für die kommende menschlichere Gesellschaftsordnung. Unser Einsatz in der Kartoffelernte war nicht Ersatz für fehlende Arbeitskräfte, sondern ehrenvolle Tätigkeit für den hohen Wert sozialistischer Solidarität nach dem Vorbild der Selbstlosigkeit großer Helden der Arbeit, Hennecke, Stachanow und wie sie alle hießen. Jede Kartoffel, die aus der Erde gekratzt und in den Sammelkorb geworfen wurde, war ein Stück mehr verwirklichter Sozialismus.

Solche politisch-ideologische Rhythmisierung unseres schulischen Ablaufs konnte in ihrer ständigen Wiederholung zur Phrase werden. Wir durchschauten sie als Schein, wir nahmen sie nicht mehr ernst. Wir erlebten jeden Tag den Widerspruch zwischen der sozialistischen Überwelt und der Wirklichkeit von Mangel, Inkompetenz und Unterdrückung. Die ständige Überhöhung war für uns wie eine leere Blase. Deshalb spielten wir Fahnenappell, wir parodierten ihn und machten in der Parodie Form und Inhalt dieses alltäglichen Rituals lächerlich. Aber das Verhältnis von Phrase und Wirklichkeit war differenzierter. Gläubige Genossen verkörperten oft einen Idealismus, in dem die Phrase zur ansteckenden Begeisterung für eine bessere Welt wurde.

Dennoch: In unserer Parodie distanzieren wir uns von dem verordneten Alltagsleben. Gleichzeitig war das Spiel noch Alltag, indem wir uns in der vertrauten Gewohnheit aufhielten. Jedoch konnte die parodistische Distanz nur unter einer Bedingung aufrechterhalten werden: Die Genossen durften nicht zuschauen oder davon erfahren. Wir hätten eine unerlaubte Grenze überschritten, hinter der es keine Vertrautheit des Alltags mehr gab. An einem Übungsnachmittag der GST, an dem das Marschieren geprobt wurde, kamen wir gerade noch einmal davon, als nach dem Befehl »Ein Lied!« kein Kampflied, sondern »Hänschen klein, ging allein« angestimmt wurde. Der Genosse war der Bruder eines Klassenkameraden, der gemeinsame Alltag verband uns.

In dieser unserer zwölften Klasse führte nun ein bestimmtes Ereignis dazu, dass

die sichernde Alltäglichkeit brach. Die heitere Geborgenheit durch den Schulalltag wurde als Fassade entlarvt, hinter der die politische Herrschaft uns zu Feinden des Staates erklärte, die aus jedem Alltag zu entfernen waren.

Was war geschehen? Im Oktober 1956 hörten wir im RIAS vom Volksaufstand in Ungarn. Im DDR-Rundfunk oder in der DDR-Zeitung erfuhren wir nichts davon. Ein Volk erhob sich mit Waffen gegen die Besatzungsmacht Sowjetunion, gegen den Sicherheitsdienst, gegen die kommunistische Führung. Unsere Reaktion: Nichts als Begeisterung. Unsere Aktion: Wir demonstrierten mit Schweigen. Im RIAS war zu Schweigeminuten aufgerufen worden, wegen der vielen Toten. Spontan beschlossen wir: Das machen wir auch. Am 29. Oktober 1956 verweigerten wir in der Überprüfungsphase des Geschichtsunterrichtes die Antworten. Am nächsten Tag, dem 30. Oktober 1956, in einer Freistunde, standen wir auf, schwiegen eine Minute, weil wir gehört hatten, Ferenc Puskás sei im Kampf gegen die Rote Armee gefallen. Unser Schweigen hatten wir nicht angekündigt, unsere Absicht war nur uns bekannt. Wir wussten, ein Spiel war unser Schweigen nicht, die Grenze des lässigen Alltagsverhaltens hatten wir überschritten. Deshalb steckten wir unsere Grenze fest, indem wir in der schulischen Öffentlichkeit privat blieben.

Warum begeisterten wir uns für den Kampf der Ungarn? Es ging gegen die Russen, gegen Stalin. Öffentlich durften wir vom Russen nicht sprechen, wir hatten zu sagen: der Sowjetmensch! Der Sowjetmensch lebte in dem Sowjetvolk, dem ruhmreichen. Der Sowjetmensch wusste alles besser, konnte alles besser. Als die Rote Armee sich in der Mark Brandenburg nach Berlin durchkämpfte, waren wir sechs Jahre alt. Als Befreier erlebten wir die Soldaten nicht.

Jeder von uns hatte Erlebnisse, die fest in seinem Gedächtnis saßen. Sie widersprachen dem ideologisch und staatlich verfügbaren Bild vom Sowjetmenschen. Aber über unsere Erinnerungen durfte nicht gesprochen werden. So richteten wir uns in zwei Kammern unseres Bewusstseins ein: In der einen Kammer lebten unsere Erinnerungen, in der anderen Kammer existierten die verbalen Muster, die wir öffentlich formulieren sollten. In dieser Bewusstseinsspaltung war das abrupte Umkippen von lockerer Alltäglichkeit in kontrollierte Wachheit gefordert und trainiert.

Und dann Stalin. Seine Überhöhung zur göttlichen Omnipotenz bedrohte jede leichte Alltäglichkeit. Angst nistete in den Köpfen. Angst vor dem Straflager in Sibirien wegen Sabotage, wegen eines kritischen Wortes, wegen westlicher Gesinnung. Wir erlebten, wie Männer abgeholt wurden und nicht mehr zurückkamen. Ein Beispiel für den Stalinkult: Der Vater eines Kameraden unserer Klasse unter-

richtete Mathematik in der Berufsschule Storkow. Sein Unterricht wurde von zwei Vertretern der Volksbildung beurteilt. Sein Unterricht wurde für gut befunden, aber: Wo war der Gegenwartsbezug? Der Lehrer staunte: In Mathematik? Ja, auch in Mathematik. Sie hätten erklären müssen, dass der Aufbau des Sozialismus nicht möglich wäre, wenn der Genosse Stalin nicht ein so großer Mathematiker wäre.

Unsere gewachsene Erfahrung der Bedrohung, der Doppeldeutigkeit, der Inkompetenz, dazu als Hintergrund die Erfahrungsberichte unserer Eltern waren Motiv genug, uns für den Befreiungskampf der Ungarn zu begeistern. Ganz für uns – so glaubten wir – hätten wir unsere Schweigeaktion durchgeführt. Einige Eltern aber, denen wir davon berichtet hatten, ahnten schon, das werde Folgen haben. Und die kamen.

Am 10. November wurden fünf von uns Schülern aus dem Mathematikunterricht nacheinander zum Verhör in das Zimmer des Direktors gebeten. Dort hatten sich drei Genossen versammelt: Ein Mitglied der Kreisleitung Beeskow/Abteilung Volksbildung (unser ehemaliger Direktor), unser gegenwärtiger Direktor und der Geschichtslehrer, Parteisekretär der Schule, in dessen Geschichtsunterricht wir die Schweigeminuten durchgeführt hatten. Der Vertreter der Kreisleitung fragte die erste Schülerin, warum wir die Schweigeminuten durchgeführt hätten. Sie antwortete, wir hätten wegen Puskás getrauert. Er winkte ab, fragte nicht weiter nach dem Grund, auch keinen anderen Klassenkameraden. Seine Frage, die ihn wirklich interessierte, war eine andere. Er stellte sie allen fünf verhörten Kameraden: Wer hat damit angefangen? Wer war der Rädelsführer? Er bekam nur die Antwort: Wir wissen es nicht.

Man stelle sich ein alternatives Verhalten der Genossen vor, um zu begreifen, was hier geschehen war: Die Genossen hätten in unsere Klasse kommen und dort mit uns allen offen über unsere Aktion reden können. Sie hätten uns ansprechen können auf unsere Aktion, die noch als lockeres Alltagsverhalten, also als Dummer-Jungen-Streich hätte durchgehen können. Das aber wollten sie nicht. Einen Einzelnen von uns wollten sie identifizieren als Klassenfeind. Sie isolierten uns, brachten uns in die Situation eines bedrohlichen Verhörs, spielten uns gegeneinander aus: »Hans-Jürgen hat uns gesagt, die Aufforderung zur Schweigeminute sei von dir gekommen.« Was nicht stimmte. Die Isolierung war der Versuch, uns unsere kameradschaftliche Alltäglichkeit, die Geselligkeit, in der das selbstverständliche Vertrauen lebte, wegzunehmen. Sie erreichten ihr Ziel nicht. Wir waren ihnen mit den zwei Kammern in unserem Bewusstsein längst gewachsen.

Nach dem vergeblichen Verhör kam der Direktor in unsere Klasse. Er erklärte



uns, von der Kreisleitung sei ihm mitgeteilt worden, in unserer Klasse sei eine konterrevolutionäre Aktion gelaufen. Wir waren also verraten worden. Wir beschwerten uns beim Direktor über die Methoden des Verhörs bis hin zu dem Vorwurf, das seien ja Methoden der Gestapo, die in unserem Staat überhaupt zu oft angewendet würden. Jetzt konnte und wollte er sich nicht mehr beherrschen. Er entzog uns das an unserer Schule selbstverständliche Du, beim nächsten Fahnenappell erhielt Reinhard für seinen Gestapo-Vergleich einen Tadel, wir alle eine Rüge. Der Grund wurde öffentlich nicht angegeben. Damit war der Fall für uns alle abgeschlossen. Wir lernten wieder für das Abitur.

Einen Monat später jedoch ereignete sich eine außergewöhnliche Staatsaktion. Am 13. Dezember 1956 erschien in unserer Klasse Fritz Lange, der Volksbildungsminister der DDR. Er setzte sich ans Lehrerpult und begann zu reden. Über die Vorzüge des sozialistischen Bildungssystems, den freien Zugang aller zur höheren Bildung, unabhängig von der finanziellen Lage der Eltern, über unsere Verantwortung gegenüber dem Staat, der so viel für uns tue, über den Kampf gegen den Klassenfeind, der überall lauere, über seinen Kampf gegen den Faschismus. Solche Rhetorik kannten wir von allen Gelegenheiten staatlicher Selbstdarstellung. Sie war nichts als stereotype Wiederholung von allgemein verbreiteten Lehrsätzen, die phraseologische Variante von politischer, ideologischer Alltäglichkeit. Uns war klar, die Phrasen dienten nur als Einleitung für sein wirkliches Anliegen. Er kam auf Ungarn, beschuldigte die ungarische politische Füh-

rung, Fehler gemacht zu haben. Die hätten konterrevolutionäre, faschistische Elemente für ihre Ziele ausgenutzt, sodass die Sowjetunion habe eingreifen müssen. Jetzt wurde er konkret. Was mit der Schweigeminute sei, warum wir das gemacht hätten? Unsere Antwort, wir hätten um den tot geglaubten Fußballspieler Puskás getrauert, beantwortete er nur mit einer wegwerfenden Handbewegung. Dann brüllte er: Blödsinn, das könnten wir jemandem erzählen, der sich die Hose mit der Kneifzange anziehe. In unserer Klasse gebe es einen Rädelsführer, der sich hinter der Klasse verstecke und den die ganze Klasse offensichtlich decke.

Reinhard meldete sich: »Herr Minister, kann es sein, dass Sie ein negatives Bild von unserer Klasse haben, weil unser Geschichtslehrer Ihnen gesagt hat, wir seien Mörder der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. So nämlich nannte er uns an einem FDJ-Nachmittag.« Der Minister antwortete direkt: Der FDJ-Sekretär habe Recht gehabt. Er sei davon überzeugt, dass wir, die Schüler, mit denen er jetzt zu reden versuche, im Fall von solchen Ereignissen wie jetzt in Ungarn nicht nur applaudierten, wenn ein Minister wie er aufgehängt werde, sondern selber noch den Strick zuzögen.

Er wendete sich nun Einzelnen von uns zu. Er fragte Dieter, was er einmal werden wolle. Der antwortete: Journalist. Der Minister fuhr ihn an, ein Journalist müsse glauben, was er schreibe, man brauche keine Schwätzer und Lügner wie in Westdeutschland.

Karsten musste die Frage nach dem Wohnort seines Vaters beantworten: Westdeutschland. Na ja. Er fasste nach, was denn sein Vater während des Krieges gemacht habe. Er sei Offizier gewesen. Ach so. Was denn sein Vater davor gewesen sei? Preußischer Revierförster. Der Minister explodierte. Das seien die Richtigen, der Vater erst reaktionärer Beamter, dann Nazioffizier und der Herr Sohn auf der Schule, um dem Sozialismus zu schaden, und das auf Kosten des Staates. Alles Phrasen, die Anlass hätten geben können, den Kameraden im satirischen Alltagspiel zu ironisieren und damit zugleich das politische System. Aber mit dem Auftritt des Ministers war das Spiel zu Ende. Hinter der Phrase saß die Gewalt.

Waltraut gab als Berufswunsch Tierärztin an. Der Minister: Natürlich, das seien die Reaktionärsten auf der Humboldt-Universität. Auf den Dörfern seien die Tierärzte die Schlimmsten gewesen. Sie hätten die Bauern ausgesogen und sich die Bäuche fett angefressen. Was denn ihr Vater von Beruf sei? Bauernförster. Ach so, Stubbenknecht. Die hätten den Bauern das Holz gestohlen, um ihre krummen Geschäfte zu machen.

Als Reinhard auf wiederholtes Nachfragen angab, sein Vater sei in der Leitung der Raiffeisenbank tätig gewesen, provozierte ihn der Minister: Dein Vater war doch

auch so ein Faschist. Sag es doch, gib es doch zu, dass dein Vater ein Faschist war. Reinhards Vater war in der Tat Mitglied der NSDAP gewesen. Ursula sagte, sie wolle Lehrerin werden. Der Minister: Prost Backpflaume. Auf Giselas Antwort, sie sei FDJ-Vorsitzende der Schule, musste sie sich sagen lassen: Danke für Backobst.

Er merkte schließlich, sein Ziel, einen Rädelsführer zu finden, war ihm nicht gelungen. Er stellte uns ein Ultimatum. Er gebe acht Tage Bedenkzeit. Erfahre er, wer der Rädelsführer sei, gingen die anderen straffrei aus. Verstecke die Klasse weiterhin diesen Rädelsführer, sei die ganze Klasse vom Abitur ausgeschlossen.

Fünf Tage später, am 18. Dezember 1956, schrieb der Minister einen Brief nach Frankfurt (Oder) an die Genossin K., in der Bezirksleitung verantwortlich für Volksbildung:

Werte Genossin!

In der Oberschule Storkow herrschen in politisch-ideologischer Hinsicht unbeschreibliche Missstände. Dort war es während der Ereignisse in Ungarn in der 12. Klasse zu einer sogenannten Schweigeminute gekommen. Der Direktor erwies sich als unfähig, eine ernsthafte Untersuchung durchzuführen. Durch sein ungeschicktes Verhalten den Schülern gegenüber kam es dazu, dass die Klasse sich zu einer »verschworenen Gemeinschaft« entwickelte. Der Direktor unterließ es auch, eine entsprechende Meldung über die Vorkommnisse an der Schule zu erstatten.

Ich selbst erfuhr von den Vorfällen rein zufällig. Am Donnerstag, dem 13. Dezember 1956, fuhr ich selbst nach Storkow, um mich an Ort und Stelle über die Lage zu informieren. Ich hatte mit den Schülern ein Gespräch, das etwa vier Stunden dauerte. (...) Es kam mir darauf an zu erfahren, wer die Initiatoren der sogenannten Schweigeminute gewesen sind und was die Ursache für die feindlichen Demonstrationen der Schüler der 12. Klasse ist. Ich musste aber feststellen, dass es völlig erfolglos war, irgendetwas herauszubekommen. Ich kündigte den Schülern an, dass sie nicht zum Abitur zugelassen werden, wenn sie nicht von sich aus Ordnung schaffen und sich von konterrevolutionären Elementen distanzieren.

Nach dem vierstündigen Gespräch hatte ich noch eine etwa sechsstündige Unterhaltung mit einer Gruppe von Lehrern dieser Schule. Dabei musste ich feststellen, dass mit Ausnahme des Direktors und des Geschichtslehrers die übrigen Lehrer ein faules Versöhnertum zeigten, das auf ihre eigene politische Haltung zu Rückschlüssen Anlass gibt.

Wie mir der Direktor heute telefonisch mitteilte, hat inzwischen eine Elternversammlung stattgefunden, in der sowohl die Eltern als auch ein Teil der Lehrer

versuchten, das Verhalten dieser Schüler der 12. Klasse zu bagatellisieren. Zu diesen Eltern gehört auch ein Berufsschullehrer namens Garstka. (...) Sein Sohn spielt in der 12. Klasse der Oberschule Storkow eine besonders üble Rolle, u. a. durch betont westliches Auftreten. (...)

Nun versammelten sich die Eltern. Sie berieten, diskutierten, wägten ab, verfassten eine Petition an den Minister. Er ließ sie ohne Antwort. Schließlich fuhr eine Mutter allein, ohne Wissen der anderen Eltern, auch ihres Mannes, zum Minister nach Berlin. Sie erinnert sich:

(...) Er fragte mich nach meinem Vorhaben. Ich fing an, meine Rede zu halten. Ich redete mit zarter Stimme, bittend, abwägend. Wie aus der Nebelwand kamen die Worte. Der Schreibtisch wurde immer größer. Ich sagte ihm, das sind unsere Kinder, das war ein Dummer-Jungen-Streich, unbedacht, sie hatten keine politische Absicht, sie trauerten um ihr Fussballspieler-Idol. Er schaute mich an. Dann sagte er: Das war kein Dummer-Jungen-Streich. Die Schüler sind alt genug. Das war eine politische Handlung. Die muss politisch beantwortet werden. Er schaute mich wieder an. Dann stand er auf, kam auf mich zu, stellte sich vor mir auf, öffnete seinen Kragen, bückte sich vor mir und zeigte mir eine tiefe Narbe auf seinem Nacken und sagte: Das waren die Nazis. Er ging zurück, setzte sich wieder mir gegenüber auf seinen Sessel und schaute mich an. Ich sagte: Das war schlimm für Sie. Ich verstehe Sie. Aber ich bitte Sie. Und ich redete wieder meine Rede. (...) Ich redete wiederum von den Kindern. Immer aus dem Herzen. Ich war ganz Mutter. Er war kein Vater.«

Alle Möglichkeiten für ein alltägliches Verhalten waren aufgehoben. Es herrschte der bedrohliche Ausnahmezustand. In den letzten Tagen vor Ende des Ultimatums kamen die Herren in Ledermänteln in unsere Klasse. Sie lockten uns, sie bedrohten uns. Wir hatten ihnen nichts zu sagen über einen Rädelsführer. Einzelne Kameraden wurden isoliert über vier Stunden verhört. Auch sie hatten nichts zu sagen. Einer von ihnen war im Verhör in Bedrängnis geraten. Er warnte direkt nach dem Verhör den Kameraden, der durch sein Verhör in Gefahr war. Der sah keinen Ausweg als den, am nächsten frühen Morgen nach Westberlin zu fliehen. Nun glaubten die Genossen, erfolgreich sein zu können: Die Klasse könne den Rädelsführer nun nennen, er habe sich durch seine Flucht selbst entlarvt. Aber: Die Klasse hielt stand. Es gibt keinen Rädelsführer. Karsten, der Klassensprecher, stellte klar, wir hätten die Aktion alle durchgeführt, es gehe nicht, dafür einen Einzelnen zu bestrafen. Wenn eine Strafe sein müsse, dann für alle.

21. Dezember 1956. Das Ultimatum war abgelaufen. Die Klasse wurde für 16 Uhr in die Schule bestellt. Pünktlich erschienen im Klassenraum sieben Genos-

sen. Die Bezirksschulrätin K. setzte sich vorn ans Pult, rechts und links neben sie zwei Genossen, einer von ihnen unser Geschichtslehrer, hinter der letzten Sitzreihe stellten sich vier Genossen in Ledermänteln auf. Die Klasse habe zum letzten Mal Gelegenheit, den Rädelsführer zu nennen. Der Klassensprecher sprach für alle: Für eine gemeinsame Aktion könne ein Einzelner nicht bestraft werden. Unsere Aktion könne falsch gewesen sein, aber verantwortlich seien wir alle dafür. Die Bezirksschulrätin klappte ein rotes Buch auf und las die Namen von drei Klassenkameraden vor: Hans-Jürgen D., Karsten K., Reinhard V. Diese drei hätten das Schulgebäude sofort zu verlassen, sie seien aus der Schule entlassen. Es waren die drei, die wiederholt für die Klasse gegen das Ultimatum gesprochen hatten. Reinhard drehte sich in der noch offenen Tür zur Klasse um und sagte: Und wir gehören trotzdem noch zur Gemeinschaft. Genossin K. wendete sich wieder an die Klasse. Sie forderte jeden Einzelnen auf, sich endgültig zu entscheiden: Seien wir mit der Entfernung der drei Klassenkameraden einverstanden oder nicht? Sie rief jeden einzeln auf. Jeder wusste: Jetzt liegt die Verantwortung für meine Schullaufbahn ganz bei mir. Horst, der als erster gefragt wurde, stand noch so unter dem Eindruck von Reinhard's Bekenntnis zur Klassengemeinschaft, dass er entschieden antwortete: Nicht einverstanden. So antworteten alle. Manche standen länger vor ihrer Bank, schluckten, atmeten sichtbar schwer. Die Klassengemeinschaft hatte sich durchgesetzt.

Mit erstarrtem Gesicht verwies die Bezirksschulrätin alle Klassenkameraden der Schule. Als wir den Klassenraum verlassen mussten, schauten wir keinen der Genossen mehr an, auch unseren Geschichtslehrer nicht.

Als die drei zuerst Entlassenen unten auf dem Schulhof ankamen, standen schon zwei weitere Genossen in Ledermänteln bereit. Sie forderten die drei auf, das Schulgelände vollständig zu verlassen. Die drei traten zwei Meter in die wilde Wiese, die Schulgrenze war nur durch einen Markstein zu erahnen. Einer der beiden Grenzposten sagte zu den dreien, wenn sie jetzt sagen würden, wer der Rädelsführer gewesen sei, könne noch alles gut werden. Reinhard: Mit Ihnen reden wir nicht. Sie ließen nicht ab: Sie sollten an ihr Alter denken, sie hätten noch alles vor sich, sie könnten sich bewähren in der Nationalen Volksarmee oder in der Produktion. Die Partei könne auch großzügig, sie könne zum Verzeihen bereit sein. Vielleicht auch in Ihrem Verein? Auch das wäre eine Möglichkeit. Die drei Kameraden ließen die Genossen stehen.

Unsere Schullaufbahn war zu Ende. Zum Abitur nicht zugelassen. Verbot eines Oberschulbesuchs in der ganzen DDR. In drei Tagen war Heiligabend. Unsere Weihnachtsbotschaft lastete auf den Familien. Wir beschlossen, nach Westberlin



zu fliehen. Alle 15 Jungen und ein Mädchen machten sich auf, getrennt in Paaren oder allein. Am 28. Dezember waren alle drüben. Keiner wurde gestellt. Sie hatten uns unterschätzt. Nach unserer Flucht bemerkte der stellvertretende Bezirkspartei sekretär Frankfurt (Oder), »dass die Staatssicherheit in der Angelegenheit Oberschule Storkow vollkommen versagt hat.« Die aber war schon einen Tag nach unserer Schweigeaktion informiert. Die politische Führung nahm sich unsere Reglementierung vor. Die Staatssicherheit war damals noch nicht so mächtig wie später.

Im Westen wurden wir zu medialen Helden im Kalten Krieg. Die DDR habe es nicht einmal geschafft, ihre Jugend für den Sozialismus zu gewinnen. Peinlich für die DDR. Das Bild eines unbeschwertem jugendlichen Alltagslebens hatte sich als bloßer Vordergrund herausgestellt, hinter dem gnadenlos die Fäden der Macht gezogen wurden. Maßnahmen wurden gegen uns geplant und durchgeführt oder fallengelassen, und zwar auf verschiedenen politischen Ebenen, von der Kreisleitung über die Bezirksleitung bis zum Zentralkomitee, einschließlich des MfS, das erst jetzt unsere Akte anlegte. Es gab nur ein Ziel: Wir sollten zurückgeholt werden. Unsere Eltern wurden immer wieder beauftragt, solange wir im Flüchtlingslager in Westberlin wohnten, uns zu unseren Familien zurückzubringen. Ein Klassenkamerad erhielt ein Telegramm mit der Aufforderung seiner Mutter, nach Hause zu kommen, sie sei schwer erkrankt. Als er vom Flüchtlingslager tatsäch-

lich losfahren wollte, stand seine Mutter vor ihm, sie hatte nie ein Telegramm geschrieben.

Westberlin war für uns zu gefährlich. Verschleppungen drohten. So wurden wir als Klasse geschlossen in die Bundesrepublik Deutschland ausgeflogen und besuchten bis zum Abitur das Aufbaugymnasium in Bensheim an der Bergstraße. Noch als wir in Bensheim an der Bergstraße wieder als eine Klasse zur Schule gingen, hatte man zwei Spitzel auf uns angesetzt, einer wohnte mit uns im Internat. Genosse Paul Wandel, Sekretär für Kultur und Erziehung im ZK der SED, konzentrierte sich schließlich auf ein scheinbar erreichbares Ziel: Wenn die ganze Klasse nicht zurückkomme, dann müsse sie wenigstens einen haben, der im Deutschlandsender auftrete und mitteile, wie die Klasse von westlichen Agenten verführt worden und »aus dem Schoße ihrer Familien« gerissen worden sei. Die Genossen fanden aber keinen. Unser Mathelehrer Fricke wurde als Zeuge der Beschimpfungen des Ministers aufgefordert, diese Beschimpfungen als Feindpropaganda darzustellen. Er war zur Lüge nicht bereit und folgte uns in den Westen. So blieb nur eine Methode, die wenigstens in die DDR hinein funktionieren sollte: Totschweigen. Als Karl-Eduard von Schnitzler bat, unseren Fall kommentieren zu können, wurde ihm vom ZK Schweigen geboten. In unserer Stasi-Akte ist dazu vermerkt: Man vermutet bei einer Popularisierung weitere Republikfluchten von Oberschülern, da in einem Teil der Oberschüler unserer Republik ebenfalls derartige Schweigeminuten wie in Storkow durchgeführt wurden. Das Totschweigen funktionierte so gut, dass nach der Wende in Storkow kaum mehr einer wusste, was sich 1956 in der Schule ereignet hatte.

Die vier Mädchen, die uns nicht in den Westen begleitet hatten, konnten in Straußberg bei Berlin das Abitur ablegen. Zwei unserer Elternpaare und zwei alleinlebende Mütter mit ihren Töchtern sind uns durch Flucht in den Westen gefolgt. Die anderen, die blieben, ließ man in Ruhe.

1958 legten wir in Bensheim, im alten Klassenverband, unser Abitur ab, als einzige Klasse in der Bundesrepublik mit Russisch als erster Fremdsprache. Von unseren Lehrern leben noch unser Klassenlehrer in Bensheim und unser Direktor in Storkow. Er wurde zur Strafe degradiert zum Unterstufenlehrer, weil er es nicht geschafft habe, das Lehrerkollegium, die Eltern und die Schüler vom Geist des Sozialismus zu überzeugen. Aber auch er konnte nach Jahren der Demütigung – man hielt ihn für den Verräter – in den geselligen Alltag zurückkehren. Bei einem Wiedersehen nach der Wende sagte er: Wenn auch vieles falsch gelaufen ist, feiern, ja feiern, das konnten wir.

PARAK: Nachzulesen ist dies auch in dem Buch »Das schweigende Klassenzimmer

– eine wahre Geschichte über Mut, Zusammenhalt und den Kalten Krieg«, erschienen im Ullstein-Verlag. Das Buch hat schon einen breiten Leserkreis gefunden und wird hoffentlich noch viele Leser finden. Das gilt auch für die Geschichte und das Buch von Frau Eva-Maria Neumann, »Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit«. Wir machen nun einen weiteren Zeitsprung in die Siebzigerjahre. Ich möchte nun Frau Neumann das Wort erteilen.

NEUMANN: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, sollte man nicht endlich die ewigen DDR-Geschichten zu den Akten legen und einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen? In den alten Bundesländern sind Leute wie ich, die immer wieder daran erinnern, dass die DDR eine Diktatur war, Auslaufmodelle. Und in den neuen Bundesländern senkt sich zunehmend der Zauber der Verklärung über die ehemalige DDR. Bei allem Verständnis für die Probleme hier im Osten: Wenn ich höre, dass zu DDR-Zeiten so vieles besser gewesen sei als heute, oder gar behauptet wird, »die DDR war ein humaner Rechtsstaat«, dann habe ich den Eindruck, diese Leute reden nicht über dasselbe Land wie ich! Unsere Erfahrungen sind andere, ganz andere! Ich wurde 1951 in Leipzig geboren. Väterlicherseits komme ich aus einer jüdischen Familie. Mein Großvater starb in Auschwitz, mein Vater saß bei den Nazis, und ich setzte diese Tradition in der DDR fort. Meine Mutter wollte Ärztin werden, durfte aber nicht studieren. Der Grund: Meine Großmutter hatte einen kleinen Weißwarenladen und war damit »Kapitalistin«.

Die erste große Zäsur in meinem Leben war der Bau der Mauer. Ich verstand nicht, warum meine Eltern so niedergeschlagen waren, und verkündete zu Hause voller Überzeugung die offizielle Version vom »Antifaschistischen Schutzwall«, der den Weltfrieden rette. Mein Vater rastete völlig aus und machte mir unmissverständlich klar, dass meine Lehrer logen. Für mich brach eine Welt zusammen, und es dauerte lange, bis ich das akzeptierte. Doch im Laufe der Zeit begriff ich, mit welcher Dreistigkeit wir in der Schule nicht nur belogen, sondern selbst zum Lügen und Hassen, zum Klassenkampf und zur totalen Anpassung erzogen wurden.

Das setzte sich natürlich auch während meines Musikstudiums mit wochenlangen vormilitärischen Ausbildungen fort, bei denen wir unter anderem schießen lernten. Hinzu kamen die regelmäßige »Rotlichtbestrahlung« und die in der DDR obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. Ich wollte Geigerin werden und nicht Staatsbürgerkundelehrerin und hätte die Zeit lieber zum Üben genutzt.

1970 heiratete ich den Pianisten und Hochschullehrer Rudolf Neumann. Auch er

war Nichtgenosse, bekennender Christ und stand der SED und ihrer marxistischen Ideologie ablehnend gegenüber. So konnte es nicht ausbleiben, dass wir zunehmend darüber diskutierten, wie man aus der DDR herauskäme. 1971 reisten wir nach Leningrad, wo mein Mann gute Freunde hatte. Dort hörte ich von Überlebenden des Gulags erstmals Tatsachen, die alle Dimensionen dessen sprengten, was ich mir bis dahin vorstellen konnte. Und noch immer verschwanden in der Sowjetunion Menschen auf Nimmerwiedersehen in psychiatrischen Anstalten oder in den Weiten Sibiriens. Ich war zutiefst deprimiert und nicht mehr länger bereit zu lügen. Das führte natürlich zu Zusammenstößen mit den Genossen, denn – ich darf hier Erich Mielke zitieren – »Feind ist, wer anders denkt«.

1973 wurde unsere Tochter Maria Constanze geboren, und wir mussten eine Entscheidung fällen. Sollten wir sie der sozialistischen »Erziehung« kampfflos überlassen oder unsere Fehde mit dem Staat auf ihrem Rücken austragen? Welche Chancen hatte sie überhaupt in der DDR, schon allein als so genanntes Intelligenzlerkind, dessen Eltern noch nicht mal in der Partei waren? Sollten wir zulassen, dass sie noch 60 Jahre eingemauert sein würde, um dann als Rentnerin ab und zu mal an der Freiheit schnuppern zu dürfen?

Und wir? Mein Mann arbeitete inzwischen an der Dresdner Hochschule für Musik, und auch ich hatte 1975 an diesem Institut eine Stelle bekommen. Wir sollten sozialistische Künstlerpersönlichkeiten erziehen. Das konnten und wollten wir nicht. Ich werde immer wieder gefragt, ob man denn in der DDR nicht auch leben konnte. Die Frage ist falsch: Man konnte, doch wir wollten es nicht mehr. Wir wollten ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung führen und dies auch und vor allem unserer Tochter ermöglichen.

1974 gelang es meiner Schwägerin mithilfe einer Fluchthilfeorganisation in die Bundesrepublik zu fliehen. Nun diskutierten wir nicht mehr im luftleeren Raum, sondern hatten eine reale Chance wegzukommen. 1976 baten wir sie, auch für uns die Flucht in die Wege zu leiten. Aber wir hatten kein Glück: Am 19. Februar 1977 entdeckte man uns an der Grenze Hirschberg/Hof im Kofferraum eines Mercedes. Wir wurden festgenommen und Constanze in ein Kinderheim gebracht.

In einem unauffälligen Lieferwagen, dessen Innenleben aus mehreren winzigen, dunklen geschlossenen Käfigen bestand, fuhr man mich zurück nach Leipzig, in die Untersuchungsanstalt der Stasi. Um vier Uhr morgens begann ein 24-stündiges Kreuzverhör mit mehreren Vernehmern, bei dem ich schon nach einigen Stunden vor Erschöpfung zusammenklappte. Mit einer Tasse Kaffee und



einer Zigarette brachte man mich wieder auf die Beine, und es ging weiter. Erst Monate später, als die Ermittlungen längst abgeschlossen waren, durfte ich unter vier Augen und vielen »Wanzen« mit einem Anwalt sprechen. Mehrere Wochen verbrachte ich in einer winzigen Zelle ohne Fenster und wurde durch einen Spion in der Tür alle anderthalb Minuten von männlichem Wachpersonal beobachtet, auch auf der Toilette, beim Waschen und nachts. Das war genial: Kontrolle, Demütigung und Schlafentzug in einem. Es wurde sogar vorgeschrieben, wie ich zu liegen hatte: auf dem Rücken, die Hände auf der Bettdecke. Tagsüber war es verboten, sich hinzulegen, und damit das auch ganz klar war, musste ich die Holzpritsche hochklappen.

Nichts zu lesen, nichts zu schreiben, niemand, mit dem man reden konnte: Die Isolation war perfekt. Es hatte den Anschein, als sei ich mit meinen Bewachern allein auf der Welt. Ich wusste nicht, wo Constanze und Rudolf waren, ja nicht einmal, wo ich mich befand. Als ich nahe daran war durchzudrehen, wurde ich zu einem neuen, erstaunlich freundlichen Vernehmer gebracht, dessen Mitteilung noch erstaunlicher war: Ich könne nach Hause gehen und meine Tochter wiederhaben, wenn ich meinen Ausreiseantrag zurückzöge. Wo Constanze jetzt sei? Das wisse er leider auch nicht. Er versprach mir außerdem die Wohnung in Dresden, um die wir schon jahrelang kämpften, und die sofortige Beförderung meines



Mannes, die bisher von den Genossen immer abgelehnt worden war. Warum waren wir so wichtig, dass man uns goldene Berge versprach? Mir wurde sehr schnell klar, dass dies ein Anwerbungsversuch der Stasi war und sie von uns natürlich eine Gegenleistung erwarteten. Dazu war ich nicht bereit. Ich lehnte ab, und der freundliche Vernehmer brüllte mich daraufhin an, dass ich das noch bereuen würde und nie wieder aus dem Gefängnis herauskäme.

Ein halbes Jahr später wurde mein Mann zu dreieinhalb Jahren und ich zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, da wir »in gewissenloser Weise unseren kriminellen Neigungen gefolgt waren und den Frieden in Europa gefährdet hatten«, um nur zwei der abenteuerlichsten Anklagepunkte zu nennen. Mein Mann kam ins Cottbuser Gefängnis, später nach Brandenburg und ich nach Hoheneck. Hoheneck war das berüchtigtste Frauenzuchthaus der DDR. Wie in anderen DDR-Gefängnissen gab es auch hier Arrestzellen, in denen die Gefangenen an Gitter gekettet waren, Dunkelzellen und eine Wasserzelle.

In Hoheneck saßen neben den so genannten Asozialen und Kleinkriminellen die Langstraferinnen der DDR: Mörderinnen ebenso wie die letzten KZ-Aufseherinnen und andere Schwerstkriminelle. Ich lebte mit 28 Frauen – davon nur vier politischen Gefangenen – in einer völlig überfüllten Zelle, deren so genanntes Nassteil mit drei Waschtrögen und zwei Toiletten ausgestattet war. Meine Arbeit als Heißformerin bei ESDA bestand darin, zerknüllte Strümpfe über ein glühend heißes Eisen zu ziehen, um sie zu glätten, bevor sie zu Strumpfhosen zusammengeñäht wurden. Die Norm war utopisch hoch, die Arbeitsschutzbestimmungen

gleich null, der Lohn minimal, mit einem Wort: Ausbeutung pur. Die in Zwangsarbeit hergestellten Waren wurden in die Bundesrepublik verkauft; ich nehme an, mit sattem Gewinn.

Es war nicht besonders gesund, in der DDR im Gefängnis zu sitzen. Neben vielen anderen war mein größtes Problem eine mit Muskelschwund einhergehende schwere und seltene rheumatische Erkrankung, die ungenügend behandelt wurde; für mich als Geigerin eine Katastrophe! Ich wurde zunehmend unbeweglicher, kraftloser und hatte große Schmerzen in allen Gelenken. Doch erst als ich nicht mehr an meinem Heißformer stehen konnte, kam ich auf die Krankenstation. Ich wurde zwar relativ gründlich untersucht, aber der Gefängnisarzt war offensichtlich überfordert, und es passierte nichts. Nach Monaten untersuchte mich dann noch einmal ein Arzt aus Stollberg, der fassungslos feststellte, dass ich gar nicht haftfähig sei. Daraufhin wurde ich natürlich nicht aus dem Gefängnis entlassen – das war ein Privileg der Kriminellen –, sondern ins Zentrale Haftkrankenhaus Meusdorf bei Leipzig verlegt. Die Zustände dort waren so menschenunwürdig, dass ich froh war, nach einigen Monaten wieder nach Hoheneck zu dürfen, obwohl sich mein Zustand wesentlich verschlimmert hatte. Trotzdem musste ich wieder arbeiten. Bis zu unserem Freikauf durch die Bundesregierung nach insgesamt 19 Monaten, sieben Tagen und elf Stunden Haft nähte ich nun Strumpfhosen.

Unsere Tochter, die schon drei Tage nach unserer Verhaftung zu meinen Eltern gekommen war – hätte ich das nur gewusst! –, durfte erst ein halbes Jahr später ausreisen.

In der Bundesrepublik kam ich sofort ins Krankenhaus und wurde für vier Jahre Erwerbsunfähigkeitsrentnerin. Das war kurz vor meinem 28. Geburtstag. Schwere Depressionen führten 1997 dazu, dass ich zum zweiten Mal aus dem Berufsleben ausscheiden musste. Seit 2002 kann ich wieder als Musikpädagogin arbeiten. Geigerisch ist ein großes Defizit geblieben. Man sagt manchmal, die Zeit zwischen dem 25. und dem 50. Lebensjahr sei die beste im Leben des Menschen. Bei mir hat sie um den 50. Geburtstag herum überhaupt erst begonnen. Deshalb habe ich beschlossen, diese wunderbaren Jahre noch auf die nächsten 20 auszu dehnen.

Meine Geschichte ist eine von Hunderttausenden. Es gibt viel schlimmere, und deshalb möchte ich noch einmal fragen: Sollten wir das Kapitel DDR wirklich zu den Akten legen und einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen? Dann wären die vielen Opfer, deren wir jedes Jahr in Sachsenhausen, Bautzen, Hoheneck und anderswo gedenken, umsonst gestorben und endgültig vergessen. Dann

verblassten die Erinnerungen an eine menschenverachtende Diktatur, Erinnerungen, die wichtig sind, damit wir Deutschen nicht wieder falschen Ideologien hinterherlaufen. Dann wären die alten SED-Funktionäre und Stasi-Offiziere, die heute wieder so gern als gefragte Zeitzeugen über die »zutiefst menschliche Gesellschaftsordnung« in der DDR plaudern, am Ziel. Und damit rückte auch die von ihnen propagierte »Freiheit durch Sozialismus« wieder in greifbare Nähe.

Viele Menschen fallen auf die populistischen Parolen eines Herrn Lafontaine und seiner Linken herein. Ich glaube, dass dies einer tiefen und verständlichen Sehnsucht nach Gerechtigkeit entspringt. Doch zwischen »sozial« und »sozialistisch« besteht ein großer Unterschied, und Freiheit ist im Sozialismus marxistischer Prägung, wie ihn die Linken verstehen, nicht zu haben. Oder kann mir jemand von Ihnen auch nur ein einziges sozialistisches Land nennen, in dem die Menschen frei waren oder sind?

Doch sie ist ein kostbares Gut, unsere Freiheit, und wir sollten nicht zulassen, dass sie auf dem Markt der Möglichkeiten verramscht wird, sondern sie verteidigen, so gut wir können.

PARAK: Wir danken Ihnen, Frau Neumann, für die Schilderung Ihres Lebensschicksals, aber auch für den eindringlichen Appell, der schon fast als Schlusswort stehen könnte. Es wurde von Workuta, von Hoheneck, von der Flucht aus der DDR gesprochen. Aber Ihrem Zunicken hier im Saal hat man entnommen, dass sich viele von Ihnen in diesen Schicksalen wiedergefunden haben.

Workuta ist ein ganz wichtiges Thema. Es ist wichtig, dass man auch die zwangsweise in die Sowjetunion verbrachten Menschen erwähnt und ihrer gedenkt. Ich möchte die Wichtigkeit der Erinnerung hervorheben. Dieses Zeitzeugenforum ist ein Beispiel dafür, wie wichtig diese Geschichten sind. Wie wichtig es auch ist, dass Sie sich dieser Aufgabe, die für Sie persönlich eine sehr schwierige ist, stellen. Dass Sie probieren, nach außen zu wirken.

Ich muss hinzufügen, dass ich immer wieder beeindruckt bin, dass durch diese unterschiedlichen Erlebnisse keine Konkurrenz der Opfer entsteht. Denn das wäre ganz verhängnisvoll. Das, was wir nun gehört haben, ist ein kleiner Teil der Bandbreite, was einem in der Diktatur – in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR – widerfahren konnte. Was einem widerfahren ist, war in den verschiedenen Zeiten unterschiedlich, aber es griff doch zutiefst in das Leben jedes Einzelnen ein und zerstörte Menschen. Menschen, die an Freiheit nur gedacht haben, teilweise davon geredet haben. Es ist wichtig, dass wir darüber reden. Ich möchte Ihnen allen noch einmal herzlich danken, dass Sie uns hier etwas zutiefst Persönliches geschildert haben.



Referat

Angebote zur schulischen und außerschulischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur

OLIVER IGEL

»Ich rang mit meinem Innersten, denn auf der einen Seite stand die Botschaft, wo ich tage- oder wochenlang auf meine Ausreise hätte warten müssen, ginge man davon aus man bekäme sie überhaupt. Und auf der Anderen, ein schneller Weg in ein erfüllteres Leben. Jedoch entschloß ich mich für die zweite Möglichkeit, obwohl das Risiko sehr hoch schien, denn ich erfuhr, daß die ungarischen Grenzer die Kontrollen verschärft hatten. Den Rest des Tages ging ich stadtauswärts in Richtung Grenze. Dieser Marsch erinnerte mich an die Zeit in der NVA, zum ersten mal konnte ich daraus profitieren, was ich dort gelernt hatte. Ich marschierte durch Felder und Wiesen, robbte durch den Wald. Überall an den Straßenkanten begegneten mir Zelte mit Familien und unzähligen Trabbis, die kein Ende zu nehmen schienen. Wieder stand ich im Zwiespalt meiner Gefühle. Man hatte mir angeboten, hinten im Kofferraum eines Trabbis die Grenze zu überqueren. Ich

hatte solch eine Angst im Bauch, daß ich freundlich ablehnte. Ich lief noch zwei volle Tage durch feuchte Wälder und auf Asphalt-Straßen. Je näher ich der Grenze kam, desto mehr Menschen begegnete man hinter Steinen und Bäumen. Immer wenn jemand aus seinem Versteck empor sprang, verdoppelte sich mein Herzschlag und das Blut schoß durch meine Adern. Am nächsten Tag hatte ich es geschafft, ich hatte es wahrhaftig geschafft. Ich stand vor der Grenze. Noch viele hunderte Menschen versammelten sich vor dem Tor. Dem Tor der Freiheit.«¹

Dieser Ausschnitt aus einem Buch wurde von Schülern geschrieben – Schüler, die sich mit der Zeit Ende der Achtzigerjahre in der DDR auseinandergesetzt und daraus einen Briefroman verfasst haben.

Schüler aus Dortmund trafen sich mit Schülern aus Rostock und produzierten zunächst eine gemeinsame Schülerzeitung. Als zweites Projekt wurde der gemeinsame Briefroman geplant. Sie setzten sich mit der Literaturgattung des Briefromans inhaltlich auseinander und diskutierten vor allem Ulrich Plenzdorfs »Neue Leiden des jungen W.«. Plenzdorfs Werk war in der DDR nicht zur Veröffentlichung freigegeben worden. Der Briefroman der Schüler aus Dortmund und Rostock sollte allerdings in eine andere Richtung gehen – sie hatten eine gemeinsame Geschichte gefunden. Einer der Dortmunder Schüler war 1989 mit seinen Eltern über Ungarn geflüchtet. Diese Fluchtgeschichte sollte in den Mittelpunkt des Werkes gestellt werden. Die Schüler mussten sich gründlich mit den Ereignissen des Jahres 1989 auseinandersetzen und Hintergründe recherchieren. Sie lasen Bücher, werteten Zeitungen aus der DDR aus und sprachen schließlich mit ihren Eltern als Zeitzeugen. Dann konnte »Ulfs Reise« über Mecklenburg nach Ungarn und schließlich nach Hamburg beginnen. In Rostock trafen sich die Schüler dann noch einmal gemeinsam, um die ersten Entwürfe zu diskutieren, aber auch, um authentische Orte der DDR-Geschichte zu besuchen und eine Aufführung der »Neuen Leiden des jungen W.« zu sehen.

Nach umfangreicher Recherche- und Schreibearbeit der Schüler stand der Briefroman »Ulfs Reise«. Träume und Zweifel der Hauptfigur über die neue Situation in der DDR, die Chancen, über Ungarn in die Freiheit zu gelangen, und die gelungene Flucht, das neue Leben im Westen sind die Themen des Buches. »Ulfs Reise« ist schließlich als Buch erschienen und wurde in einer öffentlichen Lesung vorgestellt – das Projekt war damit beendet. Jugendliche aus Ost und West hatten sich kennengelernt, haben ihre Geschichte recherchiert, mit den Eltern und

1)Ulfs Reise. Ein deutsch-deutscher Briefroman. Projekt von zwei Deutschkursen der Anne-Frank-Schule und der Borwin-Schule. Manuskript, ohne Jahr [2000].

untereinander über die Vergangenheit diskutiert und sich auch intensiv mit der Gegenwart auseinandergesetzt.

Die Geschichte der SBZ/DDR lebt in der Schule vom Engagement Einzelner – vor allem vom Interesse von Schülern und Lehrern an dem Thema. Wiederholt wurden beim Bautzen-Forum Schüler-Projekte vorgestellt und damit gezeigt, wie viel Zeit und Interesse Schüler vor allem in regionalgeschichtliche Projekte investieren. Solche Projekte im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften, Projekttagen oder Exkursionen ermöglichen Schülern häufig das erste Mal einen tiefer gehenden Zugang zur Geschichte der SBZ/DDR. Und sie ermöglichen es insbesondere Zeitzeugen, ihre Geschichte an die Schüler weiterzugeben. So hören Schüler häufig das erste Mal den Begriff »Speziallager«, erfahren, was am 17. Juni 1953 in ihrer Heimatstadt geschehen ist oder halten das erste Mal eine Akte des Ministeriums für Staatssicherheit in der Hand. Solche Projekte können nicht nur Zeitzeugen mit der heutigen Schülergeneration zusammenbringen, sondern können auch Ost und West vereinen. Die Projekte leben besonders von der Freiwilligkeit und dem Engagement der Beteiligten – der Lerneffekt für die Schüler kann nicht hoch genug eingeschätzt werden – und in den meisten Fällen wird es den Teilnehmern sogar Spaß gemacht haben, sich anhand kleiner Geschichten die große Geschichte zu erschließen.

Aber nur über Projekte, die vom Engagement Einzelner abhängen, kann und darf die Geschichte der kommunistischen Diktatur in der SBZ/DDR und der deutschen Teilung nicht vermittelt werden. Diese Projekte sind – so unerlässlich und wünschenswert sie sind – unter Umständen nur ein Notnagel, an den die deutsche Teilungsgeschichte gehängt wird, weil ansonsten wenig Raum für diese Geschichte im Unterricht ist.

Ausgangspunkt für eine nachhaltige Beschäftigung mit der Diktatur in der SBZ/DDR, deren Ziel nicht nur die Vermittlung von historischen Kenntnissen über die zweite Diktatur in Deutschland im 20. Jahrhundert sein sollte, sondern vielmehr auch die Vermittlung von Demokratiebewusstsein und Urteilsfähigkeit über Demokratie und Diktatur und deren Unterschiede, müsste die Betrachtung der Diktaturgeschichte unter demokratiehistorischen Aspekten fächerübergreifend in der Schule bis mindestens zur zehnten Klasse sein. Dass es allerdings bis dahin an den Kenntnissen der Schüler zur deutschen Teilungsgeschichte mangelte, sich sogar DDR-Nostalgie verbreitete, war seit Anfang der Neunzigerjahre bekannt. Bereits drei Jahre nach der Friedlichen Revolution in der DDR wurden starke Tendenzen zu einer »DDR-Nostalgie« bei Kindern und Jugendlichen zuverlässig gemessen. Der Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries befragte 1992 fast

6.500 Schüler in den neuen und alten Bundesländern. Dabei hielten die Schüler aus den neuen Bundesländern die frühere DDR in vielen Punkten gegenüber der Bundesrepublik für überlegen.²

Diese Ergebnisse wurden mehrfach in Studien bestätigt, in der Arnswald-Studie 2004 und in den Studien des Forschungsverbundes SED-Staat im Jahre 2007. Beide Studien zeigten teils dramatische Wissenslücken bei den Schülern, die auch zu teils erschütternden Wertungen der Schüler über den SED-Staat führten. Geschichtsbewusstsein entstand und entsteht bei den Jugendlichen allerdings primär nicht durch die Schule, sondern vor allem durch Familie, Nachbarschaft und vor allem durch die Medien. Medien gleich welcher Art – vor allem aber Internet und Fernsehen – haben in den letzten Jahren rasant an Bedeutung für Jugendliche bei der Gewinnung von Informationen gewonnen. Für die persönliche Recherche der sie interessierenden Themen nutzen sie nach Erkenntnissen der Studie »Jugend, Information, (Mul-ti-)Media 2007« vor allem diese Wege.

Die von den Eltern im Osten Deutschlands nach der Wiedervereinigung gemachten Erfahrungen mit Arbeitsplatzverlust und länger dauernder oder gar dauerhafter Arbeitslosigkeit empfanden viele ehemalige DDR-Bürger als Entwertung der eigenen Biografien und Lebensleistung. Die Kehrseite dieser Wahrnehmungen schlug sich bei vielen nicht selten in einer Verklärung der bis 1989 abgelehnten Verhältnisse in der DDR nieder. Dass solche Erzählungen im Familienkreis nicht ohne Einfluss auf die Jugendlichen und deren (Fehl-)Wahrnehmungen zur DDR bleiben, kann kaum verwundern.

Das ist jedoch insofern bemerkenswert, als die heutige Schülergeneration schon gar nicht mehr in der DDR-Zeit geboren ist und den SED-Staat nicht bewusst erleben konnte.

An den zum Teil dramatischen Wissenslücken und bemerkenswerten Einstellungen gegenüber der SED-Diktatur hat sich in den letzten eineinhalb Jahrzehnten kaum etwas verändert, wenn man sich Umfragen und Wissensabfragen näher ansieht.

Wiederholt wurden Lehrpläne, insbesondere des Geschichtsunterrichts, untersucht und Schüler nach ihren Kenntnissen befragt. Eine Auswahl sei an dieser Stelle noch einmal kurz erläutert.

2) Borries, Bodo von: Das Geschichtsbewusstsein Jugendlicher. Erste repräsentative Untersuchung über Vergangenheitsdeutungen, Gegenwartswahrnehmungen und Zukunftserwartungen von Schülerinnen und Schülern in Ost- und Westdeutschland. Weinheim und München 1995.



Studien zum Schülerwissen

Die Bundesstiftung Aufarbeitung beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit dieser Problematik. Im Jahre 2004 wurde eine von der Stiftung in Auftrag gegebene Studie veröffentlicht, in welcher der Stellenwert der DDR-Geschichte im Unterricht herausgearbeitet werden sollte.³ Ulrich Arnswald stellte darin Defizite in der Darstellung des Gesellschafts- und Machtsystems unter der SED sowie bei der Behandlung von Widerstand und Opposition in der DDR fest. Sein Ergebnis: Das Gesellschaftssystem der DDR wird in den Geschichtslehrplänen in den wenigsten Fällen dezidiert unter machtpolitischen Gesichtspunkten dargestellt. Dass die DDR als Diktatur der SED charakterisiert werden muss, kann aus den Lehrplänen nur selten herausgelesen werden. Ihr diktatorischer Charakter wird nicht deutlich, der SED-Staat nur im Ausnahmefall als Diktatur bezeichnet. Wichtige Teile der DDR-Geschichte sind in den Lehrplänen völlig ausgeklammert oder nur ungenügend berücksichtigt. So sind die Repressionen in der DDR oder die Funktionsweise der Staatsicherheit »nur an wenigen Stellen« zu finden. Die Ge-

3) Arnswald, Ulrich: Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. Eine Expertise im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Berlin 2004.

sellschaftsgeschichte wird allein in Teilbereichen behandelt und die Herausbildung der Opposition »nur unsystematisch« aufgenommen, lautet eine weitere Erkenntnis der Analyse von Arnswald. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 kommt in Lehrplänen weder für Sozial- oder Gemeinschaftskunde noch für Politik oder Deutsch vor.

Diese Analyse ist umso erschreckender, da Lehrpläne meist weit mehr Themen anreißen, als dies der Realität des Unterrichts entspricht. Insofern sind Lehrplananalysen von begrenztem Aussagegehalt: Sie markieren aber das zu vermutende Maximum an Wissensvermittlung zu einem Thema. Viel interessanter ist da, wie viel davon tatsächlich dann bei den Schülern ankommt. Eine solche Schulbuchanalyse wurde 2006 von der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert und veröffentlicht.⁴ Auch hier war das Ergebnis alarmierend: Die gegenwärtigen Schulbücher – die darin aber nur den Vorgaben der Lehrpläne folgen – betrachten die deutsche Nachkriegsgeschichte in der Regel nicht ganzheitlich, sondern behandeln die ost- und westdeutsche Geschichte nach 1945 weitgehend getrennt. Darüber hinaus ergab die Untersuchung, dass die DDR-Geschichte in nahezu allen Schulbüchern nur eine Nebenrolle spielt, wobei der aktuelle Forschungsstand sich in den wenigsten Schulbüchern widerspiegelt.

Im Rahmen dieser Schulbuchanalyse wurde mit dem Geschichtslehrerverband auch eine Schüler-Lehrer-Befragung durchgeführt. Befragt wurden dafür rund 5.600 Gymnasiasten der zehnten bis zwölften Klassen aus allen Bundesländern.

In diesem Zusammenhang wurden vor allem einfach strukturierte Fragen nach Personen und Ereignissen gestellt. In der Fachöffentlichkeit wurde diese Einfachheit gelegentlich kritisiert – doch müsste allgemein klar sein, dass Schüler, die noch nicht einmal Staatschefs örtlich richtig einordnen können, auch wenig mit der Geschichte eines Staates anfangen können.

Von weniger als der Hälfte der Schüler wurden die Fragen im Durchschnitt richtig beantwortet. Nur 45 Prozent konnten den 8. Mai 1945 als Tag des Kriegsendes benennen. Auf die Frage, worin das Wesen des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 bestand, hält eine Mehrheit der befragten Schüler den Aufstand eher lediglich für einen »Arbeiteraufstand« als für einen breiten Volksaufstand. Während 57 Prozent der Schüler den Fall der Mauer richtig auf den 9. November datieren können, kann nur knapp mehr als ein Viertel die friedliche Großdemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig benennen. Lediglich 28 Prozent der Schüler ver-

4) Arnswald, Ulrich/Bongertmann, Ulrich/Mählert, Ulrich: DDR-Geschichte im Unterricht. Schulbuchanalyse – Schülerbefragung – Modellcurriculum. Berlin 2006.

banden den 18. März 1990 mit den ersten freien Wahlen zur Volkskammer in der DDR.

Probleme zeigten die Schüler ebenso bei der Zuordnung von Personen. Es mutet kurios an, welche Fehler hier gemacht werden. Das Lachen kann einem jedoch im Halse stecken bleiben, wenn 16 Prozent Robert Havemann für ein bekanntes Todesopfer an der Mauer, 40 Prozent Erich Honecker für den ersten Staatspräsidenten der DDR und 7,5 Prozent Wolf Biermann für einen langjährigen SED-Generalsekretär halten. Und so geht es weiter: Fünf Prozent der deutschen Gymnasiasten halten wiederum Walter Ulbricht für einen oppositionellen Liedermacher, für mehr als sieben Prozent war Erich Honecker der zweite Bundeskanzler der Bundesrepublik. Solche Ergebnisse können auch nicht mehr als »Spaß-Antworten« gelten gelassen werden, denn dieser Teil der Geschichte ist nicht komisch. Weniger als die Hälfte weiß, dass der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR war. Noch viel bedenklicher ist allerdings, dass 30 Prozent sich überhaupt scheuen, sich für eine der Vorgaben zu entscheiden.

Jenseits dessen, was Schule leisten kann, wird das Bild über die DDR jedoch auch im allgemeinen Lebensumfeld der Schüler trivialisiert und verharmlost. Welchen Eindruck hinterlässt bspw. das Angebot eines »Ostel« in einem DDR-Plattenbau, in dem sie an der Rezeption mit einem Horst-Sindermann-Gemälde begrüßt werden, wehenden 1.-Mai-Fähnchen und wo sie für neun Euro im Schlafsaal namens »Pionierlager« übernachten können.

Welchen Eindruck werden diese Jugendlichen also mitbringen, sollten sie dann in Berlin den Weg in das frühere Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen oder zur Mauergedenkstätte Bernauer Straße finden?

Dabei geht ein sehr hoffnungsvolles Signal von den Studien und Umfragen aus: Das Interesse für die Geschichte der SBZ/DDR ist bei den Jugendlichen in einem hohen Maße vorhanden. Mehr als 75 Prozent der Befragten gaben an, dass sie mehr über die DDR wissen wollen.

Das hohe Interesse kann im regulären Schulunterricht kaum befriedigt werden. Im klassischen Geschichtsunterricht kommt das Thema wegen des chronologischen Ablaufs erst am Ende dran. Bei den wenigen Unterrichtsstunden und zusätzlichen Unterrichtsausfällen kann es passieren, dass die Diktaturgeschichte in der SBZ und DDR komplett ausfällt und die Schüler die Schule nach der zehnten Klasse verlassen, ohne je etwas darüber offiziell erfahren zu haben.

Und der Geschichtsunterricht selbst hat es da nicht leicht. Ständig werden neue Unterrichtsinhalte in den Schulen gefordert – sei es »gesunde Ernährung« oder »Internet« oder mehr Naturwissenschaften. Alle diese durchaus wichtigen The-



men werden, wenn sie denn verbindlich eingeführt werden, auch zu Lasten des ohnehin schon beschnittenen Geschichtsunterrichts gehen. Und schon jetzt ist im regulären Geschichtsunterricht wenig Zeit für verschiedene Epochen: von der Antike über das Mittelalter zur Französischen Revolution und zum Deutschen Reich. Wo soll man kürzen – am Anfang oder am Ende?

Chancen für den Unterricht

Wie realistisch es ist, dem Geschichtsunterricht insgesamt und der DDR-Geschichte angesichts allgegenwärtiger Kürzungen zu Lasten des Geschichtsunterrichts und einer allgemeinen Verkürzung der Schulzeit speziell mehr Raum zu gewähren, sei dahingestellt. Dennoch bleibt die Erkenntnis, dass etwas getan werden muss. Aber welche Möglichkeiten gibt es?

Es gibt ein großes Potential, um mehr DDR-Geschichte in die Schule zu bringen:

1. beim fächerübergreifenden Unterricht
2. bei Projekttagen und Projektwochen
3. bei individuellen Prüfungsleistungen von Schülern im Rahmen spezieller Prüfungskomponenten und
4. bei zentralen Abschlussprüfungen.

Diese Chancen lassen sich konkretisieren:

1. beim fächerübergreifenden Unterricht

Die Diktaturgeschichte der SBZ/DDR muss nicht nur im Geschichtsunterricht ihren Platz finden. Das politische System der DDR muss auch nicht nur im Politik- oder Gemeinschaftskundeunterricht angesprochen werden. In mehreren anderen Fächern ergeben sich Möglichkeiten der Thematisierung, die im Idealfall innerhalb der Lehrerschaft einer Schule auch untereinander abgestimmt werden. Im Deutschunterricht können beispielsweise Werke der so genannten Wendeliteratur gelesen werden, in denen die Umbruchsituation 1989/90 geschildert wird. Auch Erzählungen und Romane über das Leben in der DDR könnten hier behandelt werden. Eine weitere Möglichkeit wäre es, das Zensursystem in der DDR im Deutschunterricht zu diskutieren und dabei Werke zu lesen, die in der DDR aus politischen Gründen nicht gedruckt werden durften. Kahlschlagplenum, Schriftsteller-Visa in den Westen, Ausschlüsse aus dem DDR-Schriftstellerverband, Stasi-Verstrickungen von Dichtern wären weitere Stichworte für den Deutschunterricht zu diesem Thema.

Im Religionsunterricht könnte das Verhältnis von Staat und Kirche am Beispiel der DDR diskutiert werden. Die Rolle der Kirche in der DDR im Zusammenhang mit der Oppositionsbewegung wäre ebenso ein wichtiges Thema im Religionsunterricht.

Der Ethikunterricht bietet zudem Gelegenheit, über die Möglichkeiten friedlicher Konfliktbeilegung in der Welt zu sprechen und dabei die Geschichte der Friedlichen Revolution in der DDR 1989 nicht außer Acht zu lassen.

In Bundesländern, in denen Wirtschaft und Rechtserziehung zum Lehrplan gehören, sollte die Planwirtschaft in der DDR thematisiert werden bzw. in Rechtserziehung die Bedeutung der Justiz für die SED-Führung sowie die juristische Aufarbeitung von DDR-Unrecht in den Unterricht aufgenommen werden. In Ländern, in denen Psychologie als Unterrichtsfach angeboten wird, sollten auf jeden Fall die Methoden der Zersetzung und der Verhöre der Staatssicherheit behandelt werden. Auch der Sportunterricht hat zumindest in der Abiturphase theoretische Anteile. Hier sollte das DDR-Dopingsystem und deren Folgen sowie die Geschichte des Kalten Krieges im Sport besprochen werden. Das Verhältnis von Musik und Politik kann zudem im Musikunterricht anklingen – dazu gehört auch die musikalische Begleitung der Friedlichen Revolution 1989 in der DDR, insbesondere in den Kirchen. Der Kunstunterricht bietet zahlreiche Möglichkeiten, sich dem Thema der Diktatur in der SBZ/DDR zu nähern: einerseits über die Diskussion zur DDR-Kunst und den Umgang damit, andererseits über heute existierende Skulpturen, Plastiken und andere Objekte im öffentlichen Raum, die sich mit der DDR-Geschichte auseinandersetzen. Die Schüler könnten sich auch

selbst künstlerisch mit Kapiteln der DDR-Geschichte auseinandersetzen und am Ende vielleicht sogar daraus eine Ausstellung konzipieren.

2. bei Projekttagen und Projektwochen

Die vorgenannten Themen ließen sich auch in Form von Projekttagen oder einer Projektwoche bündeln – und je nach Neigung der Schüler könnten sie sich einem Thema und Projekt aktionsorientiert widmen. Dazu gehört selbst für den klassischen Geschichtsunterricht, sich bestimmten Themen besonders zu widmen: So könnte die deutsche Demokratiegeschichte auch an den Anfang gestellt werden, wobei übergreifend von 1848 bis 1990 die verschiedenen Phasen in mehreren Wochen Unterricht besprochen würden. Ein solches demokratiegeschichtliches Thema eignete sich aber auch für ein Projekt in einer Projektwoche. Projekte könnten ebenso längerfristig im Rahmen von Ost-West-Schulpartnerschaften verfolgt werden. Nicht zuletzt das eingangs erwähnte Projekt »Ulfs Reise« zeugt davon.

3. bei individuellen Prüfungsleistungen von Schülern im Rahmen spezieller Prüfungskomponenten

In den Bundesländern wurden in den vergangenen Jahren die Prüfungsbedingungen zum Ende der zehnten Klasse und zum Abitur verändert. Es wurden die Möglichkeiten geschaffen, dass sich die Schüler als Prüfung selbstständig mit einem Thema beschäftigen und eine individuelle Prüfungsleistung erbringen, die dann in die Abschlussnote einfließt. Die Schüler können allein oder in einer Gruppe ein selbst gewähltes Thema bearbeiten, recherchieren und am Ende die Ergebnisse präsentieren. Ein solches Thema kann selbstverständlich eines zur DDR-Geschichte sein, zu dem die Schüler zusammen mit Zeitzeugen sprechen und in Archiven oder Gedenkstätten recherchieren. Die Schüler sind zum Teil frei darin, welche Präsentationsform sie am Ende wählen: ob sie einen Vortrag zu einem Thema halten, Plakate gestalten oder einen Videofilm drehen. Auf jeden Fall haben sich die Schüler über mindestens sechs Wochen intensiv mit einem Thema auseinandergesetzt. Eine erste Auswertung für Berlin-Brandenburg, welche Themen bei solchen Prüfungen in besonderer Form gewählt wurden, ergab, dass in den Fächern der Gesellschaftswissenschaften durchaus Themen der DDR-Geschichte gewählt wurden. Von der Berlin-Blockade, der Staatsgründung, Mauerbau und Mauerfall bis zum Tag der Deutschen Einheit wurden verschiedene Abschnitte der DDR-Geschichte von Schülern ausführlich bearbeitet. In Berlin haben sich 20 Institutionen der historisch-politischen Bildung bereit erklärt, mit den Berliner Schulen im Rahmen der neuen Prüfungsformen zu kooperieren. Darunter sind auch für die deutsche und Berliner Teilungsgeschichte so wichtige

Institutionen wie das Alliierten-Museum, die Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, die Gedenkstätte Hohenschönhausen und die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde. Auch in anderen Bundesländern bieten sich solche Kooperationen zwischen Gedenkstätten, Museen oder auch Zeitzeugenbüros mit Schulen an.

4. bei zentralen Abschlussprüfungen

Eine weitere Möglichkeit, wie die Diktaturgeschichte der SBZ/DDR ein Schwerpunkt in den Schulen werden kann, sind zentrale Abschlussprüfungen. Ein Beispiel sei hierfür aus Niedersachsen genannt. Im Jahre 2006 wurde hier zum Zentralabitur die »Geschichte Deutschlands seit 1945« zu einem thematischen Schwerpunkt erhoben und damit Prüfungsthema. Es heißt:

»Der thematische Schwerpunkt konzentriert sich auf bestimmte Aspekte der Geschichte der beiden deutschen Staaten seit 1945. Mit dem 3. Oktober 1990 endet ein Abschnitt der Geschichte Deutschlands, der bereits vor dem Ende der staatlichen Souveränität zwischen dem 7. und 9. Mai 1945 beginnt und als Deutsche Frage beschrieben wird.« Von der »Teilung zur Wiedervereinigung« ist dabei eines der möglichen Kursthemen. Da diese Phase verbindlich im Abitur geprüft wird, muss die Zeit von 1945 bis 1990 im Unterricht behandelt werden. So heißt es: »Die verbindlichen Inhalte und inhaltlichen Aspekte der thematischen Schwerpunkte müssen den Prüflingen vor dem Eintritt in die Abiturprüfung vermittelt worden sein.«

Der historische Schwerpunkt auf Deutschland nach 1945 wurde im Zentralabitur Geschichte in den Jahren 2007, 2008 und 2009 – dem 20. Jahr nach der Friedlichen Revolution – allerdings nicht erneut aufgenommen. Trotzdem ist dies ein Beispiel, an dem sich auch andere Bundesländer mit zentralen Abschlussprüfungen orientieren könnten und des Öfteren auch die Geschichte nach 1945 als verbindliches Prüfungsthema festschreiben sollten.

All diese Chancen – fächerübergreifender Unterricht, Projekttag, besondere Prüfungskomponenten und zentrale Abschlussprüfungen – benötigen allerdings auch gute Materialien jenseits von Schulbüchern, die als Anregungen für den Unterricht und darüber hinaus dienen können. An dieser Stelle will die Bundesstiftung Aufarbeitung ansetzen. Im Mittelpunkt steht dabei, den Lehrern Materialien an die Hand zu geben, die es einfach und effektiv möglich machen, ohne größeren Aufwand bestimmte Themen der Diktaturgeschichte der SBZ und DDR zum Beispiel im Unterricht oder bei Projekttagen zu vermitteln.

Projekt Bildungskatalog

Die Bundesstiftung hat dafür das Projekt »Bildungskatalog« begonnen. In diesem

Katalog sollen didaktische Materialien und Angebote jeglicher Form (von Arbeitsblättern über Stundenvorschläge bis zu Projekttagen), die ausdrücklich für den Einsatz in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit erstellt wurden, gesammelt, erfasst und beschrieben werden. Die Zusammenstellung konzentriert sich auf Bildungsangebote zur Geschichte der SBZ/DDR, der deutschen Teilung und deren Überwindung und – soweit vorhanden – des Kommunismus in Osteuropa und ermöglicht ihren Nutzern einen schnellen Zugriff auf das Material.

Zielgruppe des Katalogs sind Mittler und Multiplikatoren der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, also vor allem Lehrer und Dozenten, aber auch Schulbuchverlage und Kultusministerien, denen mit der erarbeiteten Übersicht über diese Bildungsmaterialien Auswahl und Anregung für die Unterrichtsgestaltung sowie zu grundsätzlichen Konzeptionen des Schulunterrichts zur Verfügung gestellt werden sollen.

Der »Bildungskatalog« soll sowohl in gedruckter Form als Broschüre als auch im Internet als recherchierbare und aktualisierbare Datenbank zur Verfügung gestellt werden. Er dient als Unterstützung für die in der Bildungsarbeit Tätigen, ermöglicht aber auch eine Diskussion über Defizite der Didaktik der DDR-Geschichte. Der »Bildungskatalog« wird thematische Lücken erkennen lassen und die Erarbeitung weiterer Materialien anregen.

Nach einer umfangreichen Recherche können nun erste Ergebnisse aus dem Bildungskatalog vorgelegt werden. In ihm sind derzeit mehr als 100 Materialien verzeichnet, mit denen der Unterricht zur SBZ/DDR-Geschichte gestaltet werden kann. Zu über 35 Themenschlagworten (von »Alltag« über »Massenorganisationen«, »MfS« und »Oppositionsbewegung« bis zu »Wirtschaft«) und in insgesamt 16 verschiedenen Unterrichtsfächern lassen sich diese Materialien recherchieren und dann im Unterricht anwenden.

Dabei lassen sich bereits nach kurzer Recherche einige interessante Feststellungen machen – es gibt Trends, zu welchen Themen weiterführende Materialien erstellt werden und zu welchen nicht. So lassen sich rasch 19 Materialien zum 17. Juni 1953 finden, 31 zur Stasi, 37 Materialien sogar zum Alltag in der DDR, elf zur Neuen Ostpolitik, aber zu Speziallagern nur zwei und zur politischen Justiz und zur SED jeweils nur sechs Materialien. Es stellt sich auch die Frage, welchen Stellenwert hier »Opposition und Widerstand« haben. Das Ergebnis ist: Mittelfeld. 19 Materialien wurden dazu bisher erfasst. Alltag und Stasi interessieren hier deutlich mehr. Auch in anderen Bereichen hat dieses Thema lange nicht seinen Platz gefunden. Schon im Jahre 2004 hatte die Bundesstiftung Aufarbeitung eine

Medienauswertung der Berichterstattung über die Deutsche Einheit und die DDR-Vergangenheit zwischen 1994 und 2004 veröffentlicht. Ein Ergebnis war, dass bei der Berichterstattung über Prozesse das Interesse weniger den Opfern des Unrechts und von Verbrechen in der DDR gilt, sondern die Angeklagten, also die Täter im Mittelpunkt stehen. Auch bei der weiteren Berichterstattung zeigt sich dieses Bild: Während Opfer, Betroffene, Politiker oder Experten in der Diskussion über das politische System in der DDR eher selten zu Wort kommen, finden Funktionsträger und besonders frühere Stasi-Mitarbeiter eine größere Beachtung als DDR-Oppositionelle. Das geringere Interesse an den Opfern und das größere an den Tätern können sich im Unterricht fortsetzen.

Auswahl an Materialien

Eine kleine Auswahl von Anbietern und Materialien soll einen Einblick in Breite und Tiefe der Angebote ermöglichen.

Eine Reihe von Angeboten beschäftigt sich mit Kino- oder Fernsehfilmen zur DDR-Geschichte. Die dazu erstellten didaktischen Materialien ermöglichen den Einsatz des Films im Unterricht entweder in Gänze oder zumindest in Teilen. Mehrere Anbieter produzierten solche Materialien zu unterschiedlichen Filmen. So hat sich darum beispielsweise das Institut für Kino und Filmkultur mit Sitz in Köln verdient gemacht. Dort erscheint die Reihe »Kino & Curriculum«. Hier werden fortlaufend neue Filme vorgestellt und die Möglichkeiten für Lehrer zur Anwendung im Unterricht dargelegt. Auf Grundlage der Lehrpläne werden Diskussionsansätze vorgestellt, die im Unterricht zur Anwendung kommen können. Ein Heft der Reihe ist zum Dokumentarfilm »Schattenväter« erschienen. Der Film aus dem Jahre 2005 porträtiert die Söhne des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt und des Kanzleramtsspions Günter Guillaume. Im Interview setzen sich die beiden Söhne Brandts und Guillaumes mit ihren Vätern auseinander. Hinter diesen persönlichen Geschichten scheint auch die Ereignisgeschichte der deutschen Teilung, der neuen Ostpolitik, der Blockkonfrontation und des Ministeriums für Staatssicherheit auf. Somit können sie sich im Unterricht anwenden lassen.

Bekannter als das Institut für Kino und Filmkultur ist sicherlich die Bundeszentrale für politische Bildung. Auch sie ist seit Jahren darum bestrebt, die Filmbildung im Unterricht zu verstärken. Die Bundeszentrale gibt »Filmhefte« heraus, die filmpädagogisches, themenorientiertes Begleitmaterial zu ausgewählten nationalen und internationalen Kinofilmen enthalten. Es erscheinen ständig neue Hefte, die auf 16 bis 24 Seiten Inhalt, Figuren, Thema und Ästhetik eines aktuellen Films analysieren. Zusätzlich enthalten die Hefte ein detailliertes Sequenzpro-

tokoll, Fragen, Materialien und Literaturhinweise. Im Laufe der Jahre ist gerade zur DDR-Geschichte eine interessante Zusammenstellung verschiedener Filme und Begleitmaterialien in Form der Filmhefte entstanden. So wurden Filmhefte für »Good Bye, Lenin!« aus dem Jahre 2003 vorgelegt, für »Alles auf Zucker!« (2004) über eine durch den Mauerbau getrennte Familie, für »Der Rote Kakadu« über Jugendliche in der DDR der Sechzigerjahre aus dem Jahre 2006, für »Das Leben der Anderen« über einen selbstzweifelnden Stasi-Hauptmann aus dem gleichen Jahr, für »Preußisch Gangstar« (2007) über Jugendliche in Brandenburg nach der deutschen Einheit sowie für »Ostpunk! Too Much Future« (2007) über die Punk-Protestkultur in der DDR der Achtzigerjahre. Einen internationalen Blick ermöglicht zudem das Filmheft zu »Strajk – Die Heldin von Danzig« aus dem Jahre 2007 über die polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc.

Ein drittes Beispiel: Wer an den Einsatz von Filmen im Unterricht denkt, wird kaum am »Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht« (FWU) vorbeikommen. Jedes Jahr werden etwa 130 neue Titel konzipiert und herausgegeben. Dazu gehören Unterrichtsfilme und Arbeitsvideos auf VHS-Kassette und interaktive, didaktische DVDs. Sie wurden für alle Schularten und Schulstufen erstellt und sind zum Teil für den bilingualen Unterricht geeignet. Das FWU hat jeweils ausführliches Begleitmaterial erstellt. So gewährt die DVD »Leben in der DDR« aus dem Jahre 2004 einen Einblick in das Alltagsleben in der SED-Diktatur, die DVD »Wirtschaft in der DDR« aus dem Jahre 2007 unter anderem in die Ereignisse der Bodenreform und das System der Planwirtschaft, und die DVD »Aufstand gegen die Diktatur – DDR 1953, Ungarn 1956« (2006) ermöglicht einen internationalen Blick von den Geschehnissen des Volksaufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953 zum Poznaner Aufstand und zum Ungarn-Aufstand 1956.

Schließlich hat die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Reihe von Film-DVDs veröffentlicht, die mit didaktischem Begleitmaterial versehen sind. Das von paedigi (Pädagogik digital) erstellte didaktische Begleitmaterial ist für jüngere und ältere Schüler geeignet, da es Unterrichtsmodule für die Sekundarstufe I und II enthält. Die Unterrichtseinheiten sind für unterschiedliche Längen gestaltet und ermöglichen ein Zusammenspiel von Filmausschnitten mit konkreten Aufgabenstellungen in der Unterrichtsdiskussion. Die Module sind zudem fächerübergreifend konzipiert, müssen also nicht zwangsläufig nur im Geschichtsunterricht Anwendung finden. Als Beispiele seien hier folgende Filme genannt:

»Für Mick Jagger in den Knast« – ein Dokumentarfilm über ein angeblich bevor-



stehendes Konzert der Rolling Stones auf dem Berliner Springer-Hochhaus am 20. Jahrestag der DDR. Nachdem dies im Scherz gemeldet worden war, setzte sich die Staatssicherheit in Bewegung, um auf jeden Fall zu verhindern, dass Jugendliche zu diesem Konzert an die Grenze kommen konnten.

Auf der DVD »Jeder schweigt von etwas anderem« aus dem Jahre 2006 sind die Schicksale dreier Familien in der DDR versammelt, die wegen »Verbreitung von Hetzliteratur«, »staatsfeindlicher Hetze« oder »landesverräterischer Agententätigkeit« verhaftet und von der Staatssicherheit verhört worden waren. In dem Film kommen aber nicht nur die damals Verhafteten zu Wort. Es werden auch ihre Kinder interviewt, die durch das Schicksal ihrer Eltern geprägt wurden – durch Trennung, Repression und Sippenhaft.

Bereits als ein Beitrag zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution in der DDR kann die DVD »Wendebilder – Fünf Fotos und ihre Geschichten« betrachtet werden. Der Dokumentarfilm erzählt die Geschichten von fünf Fotos aus dem Herbst 1989 und vom Anfang des Jahres 1990. Eines der Bilder ist eine durch einen Leipziger Demonstrationszug aufgehaltene Straßenbahn. Die am 25. September 1989 in Leipzig feststeckende Straßenbahn kann als ein Symbol für die damalige Situation im SED-Staat gewertet werden – sie ist umschlossen von den protestierenden Menschenmassen gegen die DDR-Führung. Wie bereits die Montage zuvor zogen immer mehr Menschen nach Friedensgebeten in der Leip-

ziger Nikolaikirche durch die Stadt und demonstrierten für eine demokratische Umgestaltung des Landes. Das Foto des Bürgerrechtlers Johannes Beleites gelangte sogar damals noch in die Tagesschau der ARD.

Der Film »4 Schüler gegen Stalin – eine Nachkriegsgeschichte aus Altenburg« bringt ein frühes Verfolgungskapitel der DDR in Erinnerung. Die Schüler aus Altenburg hatten eine Radiosendung anlässlich des 70. Geburtstages des sowjetischen Diktators Stalin im Dezember 1949 gestört. Drei Monate später wurden die Schüler verhaftet, einer von ihnen wurde hingerichtet. Über das Leben im Grenzgebiet und die Zwangsausiedlungsaktionen der DDR-Führung berichtet der Film auf der DVD »Es gab kein Niemandsland – Ein Dorf im Sperrgebiet«.

Nicht nur das Medium Film soll zum Thema der DDR-Diktatur im Unterricht eingesetzt werden. Ein anderes, auch kürzeres Medium sind Hörbeispiele. Die Sendereihe »Geschichte in Augenblicken«, die der Radiosender Radio Eins mit Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auch zu Themen der Geschichte der SBZ/DDR gesendet hat, wurde in einer CD um didaktische Materialien für den Schulunterricht ergänzt. Insgesamt sind auf zwei CDs 20 Sendungen mit Hintergrundinformationen und Experten- bzw. Zeitzeugeninterviews enthalten. Zu zehn Sendungen wurden Unterrichtsmaterialien produziert. Diese Materialien beziehen sich beispielsweise auf die Aktion Rose, bei der 1953 in einer groß angelegten Aktion des SED-Regimes über Nacht die Eigentümer mehrerer Hundert Hotels, Pensionen, Gaststätten und Wirtschaftsbetriebe an der Ostseeküste enteignet und verhaftet wurden. Andere Themen sind die Jugendweihe in der DDR, die Biermann-Ausbürgerung, die »Kaffee-Krise« oder der Tod Peter Fechtens an der Berliner Mauer. Mit den nur etwa drei Minuten langen Radiosendungen und den dazugehörigen Zeitzeugen- oder Experteninterviews lassen sich im Unterricht schnell und in die Tiefe gehend einzelne Themen der Diktaturgeschichte in der DDR darstellen.

Ein gänzlich anderes Medium ist der von Politische Memoriale Mecklenburg-Vorpommern erarbeitete »Geschichtskoffer«. Inhalt des Geschichtskoffers sind ganz unterschiedliche Lebensgeschichten von Jugendlichen aus fünf Jahrzehnten der SBZ/DDR. Die Schicksale sind alle im heutigen Raum Mecklenburg-Vorpommern verortet. Sie werden einzeln vorgestellt und mit weiteren Objekten aus der jeweiligen Zeit verknüpft. Ein Beispiel ist Arno Esch, der sich als Student bei den Liberaldemokraten engagierte, zum Tode verurteilt und 1951 in Moskau erschossen wurde. Anders verlief die Karriere der Christa Luft, die ein Außenhandelsstudium aufnahm, wissenschaftliche Karriere machte und Mitglied der letzten DDR-Regierung wurde. An ihrem Lebenslauf lassen sich Formen der Verstrick-

kungen mit der SED-Diktatur nachvollziehen – und interessant ist, was daraus nach 1990 wurde. Erzählt wird aber auch die Geschichte des Schriftstellers Uwe Johnson, der in der DDR nicht publizieren durfte und 1959 in den Westen ging. Das Leben nach dem Mauerbau symbolisiert die Geschichte von Heiko Lietz, der Theologie studierte, Bausoldat war und in der Oppositionsbewegung aktiv wurde. Exemplarisch für die Siebzigerjahre wird das Leben von Jürgen Schult, eines erfolgreichen Sportlers und Reiskaders, und für die Achtzigerjahre die Geschichte zweier Oppositioneller erzählt. Die gegensätzlichen Schicksale aus unterschiedlichen Zeiten verdeutlichen Veränderungen und Kontinuitäten in der SED-Diktatur. Im Koffer lassen sich schriftliche und bildliche Quellen entdecken; Musikstücke, zeitgenössische Objekte, didaktische Handreichungen und weiterführende Literaturangaben sind ebenfalls enthalten. Aus dem Materialpaket können einzelne Module als Vorlage für eigenständige Schülerprojekte, die Verwendung im Unterricht, Projektarbeiten und die Vorbereitung von Gedenkstättenbesuchen dienen. Der Koffer ist derzeit nur an vier Ausleihstellen in Mecklenburg-Vorpommern erhältlich. Im vergangenen Jahr wurde auf dem Bautzen-Forum ein ähnliches Koffer-Projekt von Nancy Aris vom Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vorgestellt. Es wäre begrüßenswert, wenn es solche Koffer auch in weiteren Bundesländern gäbe.

Der Geschichtskoffer ist bereits ein Beispiel, wie mit Original-Quellen zur Geschichte der SBZ/DDR im Unterricht gearbeitet werden kann. Eine weitere Möglichkeit sind Stasi-Akten. Inzwischen gibt es verschiedene Mittel, um mit diesen Akten anhand konkreter Beispiele DDR-Diktatur-Geschichte begreiflich zu machen. So hat die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen bisher drei Hefte einer Reihe »Quellen für die Schule« veröffentlicht. Anhand einer Stasi-Akte werden Strukturen und Methoden der Staatssicherheit dargestellt, anschaulich gemacht und für die Quellenarbeit im Geschichtsunterricht aufbereitet. Jeder Geschichtslehrer könnte also, wenn er den Schülern die Methodik der Quellenarbeit und Quellenkritik nahebringen will, mühelos zu einer auf diese Weise aufgearbeiteten Stasi-Akte greifen und auf diesem Weg DDR-Geschichte darstellen. So lässt sich beispielsweise der Weg einer Schülerin nachvollziehen, die von der Staatssicherheit als Spitzel geworben wurde. Aber auch ein anderer Fall macht die Machtstrukturen und den Unterdrückungsapparat des SED-Staates deutlich. So war von der Staatssicherheit versucht worden, einen Fluchtversuch zweier 15-jähriger Schüler zu vertuschen. Einer von ihnen wurde an der Grenze erschossen. Die Akte gibt Auskunft darüber, wie die Staatssicherheit zu verschleiern suchte, wie der Junge tatsächlich ums Leben kam. Schließlich wurde für den Unterricht



auch eine Akte aufgearbeitet, in der aufgezeigt wird, wie die Staatssicherheit oppositionelle Bewegungen in der DDR verfolgte.

Ein ähnliches umfangreiches Projekt der Außenstelle Potsdam hat eine »Stasi-Arbeitsmappe« für den Unterricht im Internet abrufbar gemacht.

Und schließlich hat die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen mit einem weiteren Projekt versucht, Jugendliche zu motivieren, sich noch intensiver mit Stasi-Akten und ihren Folgen zu beschäftigen. In einem Pilotprojekt wurden aus den Geschehnissen, die sich aus drei Akten rekonstruieren ließen, Theaterstücke geschrieben, die von Jugendlichen inszeniert und zur Aufführung gebracht wurden. Sie sind in der Broschüre »Stasi-Stücke« veröffentlicht worden. Auch hier stehen Beispiele im Mittelpunkt, wie Jugendliche in die Fänge der Staatssicherheit gelangen konnten. Die »Stasi-Stücke« sind ein gutes Beispiel, wie das Thema fächerübergreifend – zum Beispiel im Unterrichtsfach »Darstellendes Spiel« – und als Möglichkeit für Projekttage oder eine Projektwoche aufgegriffen werden kann. Diese Beispiele zeigen, wie die Diktaturgeschichte der SBZ/DDR multimedial im Unterricht dargestellt werden kann. Dabei sollten allerdings nicht die vielfältigen Angebote außer Acht gelassen werden, die in den einzelnen Bundesländern in Form von Broschüren für den Unterricht erscheinen. Vor allen sind hier die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und die Lehrerbildungsinstitute der Länder zu nennen, die zu einzelnen Themen der DDR-Geschichte teils umfangreiche

Materialienhefte herausgegeben haben – leider sind diese zum Teil nur im jeweiligen Bundesland bei den Lehrkräften bekannt. Sie haben es aber auch verdient, darüber hinaus Beachtung zu finden.

Als Beispiele für Materialien der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen seien die im Berliner Hause – teilweise in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg – entstandenen Broschüren genannt, die sich mit dem »17. Juni 1953«, »Ausländern in der DDR« und »Jugendlichen in der Ära Honecker« beschäftigen.

Für Lehrer sind zudem Geschichtszeitschriften unverzichtbar. Zu ihnen gehören »Praxis Geschichte« oder »Geschichte lernen«. Hier sind Hefte zu den »Nachkriegsjahren«, zur deutschen Teilungsgeschichte in den Achtzigerjahren, zur »Ära Ulbricht«, über »Politische Reden« – hier wurde die Rede von Erich Honecker zum 40. Jahrestag der DDR mit der Rede von Christa Wolf wenige Wochen später auf der großen Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz verglichen –, über den »Kalten Krieg« oder allgemein die DDR-Geschichte erschienen. Sie bieten stets mehrere konkret ausgearbeitete Unterrichtsvorschläge. Die Anzahl der Themen mag positiv überraschen, allerdings erscheinen diese Zeitschriften mehrfach im Jahr, sodass hier durchaus öfter die Thematik der SBZ/DDR-Diktatur aufgegriffen werden könnte. Bezeichnend ist auch ein 2007 erschienenes Heft von »Geschichte lernen«, in dem es auf mehr als 60 Seiten mit zahlreichen Unterrichtsvorschlägen um »Vergangenheitsbewältigung und Wiedergutmachung« in der Zeit von 1945 bis 1949 geht. Allerdings werden dort nur die Westzonen Deutschlands betrachtet, über die SBZ und die Speziallager findet man in dem Heft nichts und schon gar nichts für den Unterricht.

Schließlich sei zum Abschluss noch auf Publikationen verwiesen, die zwar nicht ausdrücklich für den Schulunterricht erstellt wurden und entsprechende Handreichungen für Schüler und Lehrer enthalten, aber dennoch sehr gut für den Unterricht geeignet sind. Hierzu zählen das 2008 erschienene Buch »Die DDR« von Hermann Vinke, der eine optisch und inhaltlich sehr gut aufbereitete Dokumentation mit Biografien und Abbildungen zur gesamten Geschichte der DDR erstellt hat, sowie die Bücher der Regisseurin Freya Klier – die selbst seit Jahren in Schulen geht und dort in Veranstaltungen DDR-Geschichte vermittelt – über Matthias Domaschk und über Oskar Brüsewitz. Beide Autoren nehmen sich den biografischen Ansatz zu Herzen – dass die Geschichtsvermittlung vor allem über die Lebensgeschichten von Menschen funktionieren kann.

Außerschulische Lernorte

Dies war eine Auswahl an Materialien, die in die Schule kommen. Es soll jedoch

nicht die Bedeutung außerschulischer Lernorte verschwiegen werden. Die Museen, Gedenkstätten und Dokumentationszentren bieten sich an, an authentischen Orten Geschichte zu lernen. Sie haben dafür in den vergangenen Jahren ihr pädagogisches Programm deutlich ausgeweitet – um Schüler und Lehrer zu betreuen, sei es bei einzelnen Besuchen oder bei der Erstellung von Projektarbeiten. Ein solches gutes Beispiel ist nicht zuletzt die Gedenkstätte Bautzen, die Führungen, Filmvorführungen und verschiedene Schülerprojekte anbietet. Für Lehrer, denen auch Fortbildungen angeboten werden, bietet die Gedenkstätte Hintergrundmaterial zu verschiedenen Themen. So können Besuche und Projekte in der Schule vor- und nachbereitet werden.

Was machen aber Schulen in Orten, in denen es kein Museum und keine Gedenkstätte gibt und in deren weiterer Umgebung auch nichts zu finden ist? Dies ist vor allem ein Problem in den westlichen Bundesländern, in denen es mangels authentischer Orte auch weniger Gedenkstätten zum Thema DDR-Diktatur geben muss. Hier sei aber die von Anna Kaminsky herausgegebene Publikation »Orte des Erinnerns« erwähnt, in der im ganzen Bundesgebiet 618 Erinnerungsorte – von Gedenktafeln und Gedenksteinen bis zu Museen und Gedenkstätten – versammelt wurden, die an Widerstand, Opposition und Teilungsschicksale erinnern. In dem Buch werden auch die Debatten um Denkmale nachgezeichnet. Diese Hinweise auf Gedenktafeln können Ausgangspunkte für Schüler sein, in ihren Orten diesen Geschichten nachzugehen und Dokumente in Archiven aufzuspüren oder mit Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen. Letztlich stellt sich auch hier die Frage, wie im öffentlichen Raum an die Diktatur in der SBZ/DDR erinnert wird.⁵

DDR-Geschichte und die heutige Schule sind kein Widerspruch – es gibt zahlreiche Möglichkeiten und Chancen, die Diktaturgeschichte heutigen Jugendlichen nahezubringen. Es muss aber noch Einiges dafür getan werden, um dafür zu werben, sich intensiv diesen Themen zu widmen und die unterschiedlichen Angebote wahrzunehmen.

5)Kaminsky, Anne (Hrsg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. 2., überarb. und erw. Aufl., Berlin 2007.



Podiumsdiskussion

Wie weiter mit der Aufarbeitung der DDR?

MARIANNE BIRTHLER

RAINER ECKERT

MARTIN SABROW

WOLFGANG THIERSE

Moderation: WINFRIED STRÄTER

STRÄTER: Die Diskussion heute hat den Titel »Wie weiter mit der Aufarbeitung der DDR?«. Wir sollten an die Alltagsgeschichte anschließen, über die wir gestern schon hier auf dem Podium und im Publikum gesprochen haben. Auf jeden Fall sollten wir über Fragen nach der Organisation der künftigen Aufarbeitung der DDR-Geschichte sprechen, d. h. über die Perspektiven der Forschung, die Perspektiven von Bildung und Vermittlung und natürlich die Perspektiven für die Auskunft über die Stasi-Akten. Die Frage nach den wissenschaftlichen und behördlichen Strukturen, also die Frage, wohin die Reise nach der Veröffentlichung des Berichts der Sabrow-Kommission vor zwei Jahren gehen wird, werden wir eher im zweiten Teil der Diskussion ansprechen. Im ersten Teil der Diskussion

werden wir das Thema Alltag in der DDR besprechen, das eigentlich die Fragestellung des ganzen Bautzen-Forums ist. Das Thema Alltag zielt ja auf eine Kontroverse, die zwischen DDR-Historikern bzw. in den Medien ausgetragen wird, z. B. von Klaus Schröder, Martin Sabrow, Stefan Wolle, Hubertus Knabe, in einer etwas anderen Rolle Marianne Birthler und verschiedene mehr.

Alltag in der SBZ/DDR, Leben in der Diktatur – die Frage ist, ob wir uns überhaupt unvoreingenommen einem solchen Thema stellen dürfen.

Ich würde zunächst gern eine kleine Zeitreise unternehmen. Wir befinden uns ja jetzt im Mai 2008, vor 19 Jahren gäbe es in der DDR-Bevölkerung. Die Kommunalwahlen waren gerade gelaufen, viele Menschen hatten einen Strich durch den Wahlzettel gemacht, so viele, dass vielen einfach klar war, dass die offiziell verkündeten Ergebnisse mit dem, was in der Wahlkabine »stattgefunden« hat, nicht übereinstimmen konnte. Es wussten nun viel zu viele Menschen, dass die SED im Zweifelsfall skrupellos Ergebnisse fälschte, wenn ein Ergebnis mit den Methoden, die sie zuvor angewandt hatte, nicht zustande gekommen war. Und der Unmut darüber, dass sich die SED so offenkundig schamlos verhalten hatte, war ein Sprengsatz im politischen System der DDR. Es vergingen nur fünf Monate, bis demonstrierende Massen in Leipzig die herrschenden Kräfte in die Knie zwangen. Das heißt, eine scheinbar angepasste, totalitär beherrschte Gesellschaft erreichte die erste erfolgreiche Revolution auf deutschem Boden. Eine Gesellschaft von Menschen, die zuvor ihren Diener vor dem System gemacht hatten, die ihre Marx-Zitate dahergebetet hatten, die ihre Fahnen rausgehängt hatten, wenn es nötig war, die sich in ihre Datsche zurückgezogen hatten, um den Zumutungen des realsozialistischen Alltags auszuweichen. Diese scheinbar entpolitisierte Gesellschaft hat die erstbeste Gelegenheit beim Schopfe gepackt und das System beseitigt. Die allererste Gelegenheit hatte es scheinbar 1953 gegeben – sie gab es aber nicht wirklich, weil die Besatzungsmacht eingriff. Die zweite, echte Gelegenheit eröffnete sich im Sommer und Herbst 1989. Es zeigte sich: Offenkundig war die Gesellschaft nicht so durchherrsch, beherrscht und eingeschüchtert, dass sie nicht doch wusste, was sie lieber wollte.

Jetzt fragen wir: Was für eine Gesellschaft war das? Auf eine etwas merkwürdige Weise wird danach gefragt, welche Fragen man überhaupt an diese DDR-Geschichte und DDR-Gesellschaft stellen darf. Darf man sich ohne Weiteres um den scheinbar unpolitischen Alltag in der DDR kümmern? Oder muss man immer im Kopf haben, dass bei der Betrachtung des Alltags die Aufarbeitung der Diktatur gewissermaßen das eigentliche Ziel sein muss? Wie frei darf man sich um Alltagsgeschichte in der DDR kümmern? Oder verhöhnt man dann die

Opfer? Fördert man eine Entpolitisierung des Gedenkens? Das würde ich zunächst gerne Herrn Thierse fragen.

THIERSE: Ich meine ganz schlicht: Fragen zu verbieten ist immer dumm. Man muss über die Antworten diskutieren. Fragen sind immer erlaubt.

Sich mit der Alltagsgeschichte und dem Alltagsleben in der DDR zu befassen, ist dann nicht falsch, wenn man daraus nicht einen Gegensatz macht zur Analyse des Herrschaftssystems, der Diktatur, der Unterdrückung. Das sind ja keine wirklichen Alternativen. Die DDR war ja in ihrer Wirklichkeit Verschiedenes, sie hatte verschiedene Aspekte: Sie war eine Diktatur, die Herrschaft der SED, sie war ein System der Mangelwirtschaft, und sie war auch eine Notgemeinschaft ihrer Bürger gegen die Zumutungen des Staates und die Zumutungen der Mangelwirtschaft. Das gehört ja auch zur Realität der DDR. Um sie auch im Rückblick zu begreifen, auch, damit jüngere Leute sie begreifen, muss man diese verschiedenen Dimensionen der DDR-Wirklichkeit in ihrem inneren Zusammenhang darstellen. Und man darf sie nicht gegeneinander ausspielen. Also ganz entschieden gesagt, die Dimensionen des Alltagslebens in der DDR – wie haben Menschen in einer Diktatur gelebt, unter Repression, in Mangelwirtschaft, aber auch mit Alltagssolidaritäten – macht es jüngeren Leuten erst möglich, zu begreifen, was diese DDR war. Ich erinnere mich jedenfalls, dass ich als junger Mensch, in der DDR lebend, bei der Frage danach, was die Naziherrschaft war, auch irgendwann einmal gefragt habe, wie die Menschen da gelebt haben, warum sie so lange geschwiegen haben, warum so viele zugestimmt haben, warum die Verbrechen möglich waren. Die Lehrsätze, dass das eine entsetzliche Diktatur war, erklären ja noch nicht, wie sie funktioniert hat. Deswegen finde ich die Frage nach dem Alltagsleben der DDR eine ganz legitime, und sie gehört zu einer Darstellung des Gesamtbildes dieses Systems.

STRÄTER: Herr Sabrow, Ihnen und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam wird ja immer wieder vorgeworfen, dass Sie zu viel Alltagsgeschichte betreiben. Sie haben ja einen sehr breiten Ansatz in der DDR-Forschung. Und dass Sie mit diesem alltagsgeschichtlichen Ansatz die DDR im Grunde verharmlosen würden. Können Sie die Sorge, die dahinter steckt, verstehen?

SABROW: Natürlich kann man die Sorgen aus der Perspektive Außenstehender verstehen. Ich glaube allerdings nicht, dass dem Zentrum die Vorwürfe, die mir als Person für die von mir vertretenen Konzepte zum Verständnis der DDR gemacht wurden, gleichermaßen als Institution zur Last gelegt wurden. Das wäre auch ein bisschen eigenartig. Die jüngsten Forschungsprojekte des Instituts gelten z. B. einem breit angelegten Mauertoten-Projekt und dem darüber hinausgehen-

den Bemühen, das Schicksal der Grenztoten an der innerdeutschen Grenze von der Ostsee bis Thüringen aufzuarbeiten, was übrigens an finanziellen Problemen zu scheitern droht. Wir haben zusammen mit Universitätslehrstühlen und Gedenkstätten ein Projekt über die Zusammensetzung der so genannten Häftlingsgesellschaften in den Spezial- und Internierungslagern konzipiert. Wir kümmern uns um die SMT-Tribunale. Schon von daher wäre die Vermutung einer Diktaturverharmlosung also abwegig.

Der eigentliche Kern liegt in der Frage, ob die von mir in meiner Funktion als Mitglied der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes zur DDR-Aufarbeitung angeregte Thematisierung mit dem, was ich die »gesellschaftliche Praxis diktatorischer Herrschaft« nennen würde, zu einer Verharmlosung des SED-Regimes beiträgt. Diese Sorge kann ich in der Tat verstehen. Deswegen nutze ich auch gerne die Gelegenheit, hier darüber zu diskutieren. Denn ich teile diese Sorge nicht. Ich kann mich hier auf die Worte des in diesem Fall ja nicht nur politischen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, sondern auch fast Fachkollegen Wolfgang Thierse beziehen, der das in nicht anderer Weise beschreiben würde, als ich das tue. Ich nehme noch einmal einige Stichwörter seiner Äußerung auf. Zuerst sollte ich sagen, dass die Fragen, wie Sie sie gestellt haben – Dürfen wir uns uneingenommen dieser Frage stellen? Können wir frei über etwas forschen? – einen Geist atmen, der eher aus einem diktatorischen Zusammenhang kommt, wie ich ihn in der Beschäftigung mit der Spätphase des Zentralinstituts für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften kennengelernt habe. Aber er gehört nicht in unseren Denkkontext einer freien und pluralen Geschichtsschreibung. Wissenschaft beruht darauf, dass sie Selbstverständlichkeiten infrage stellt und bekannte Erkenntnisse neu problematisiert. Sonst ist Wissenschaft überflüssig.

Die Frage nach dem Alltag ist aus meiner Sicht der Versuch, der meines Erachtens weit gefährlicheren Verharmlosung der Diktatur entgegenzuwirken, die durch nachträgliche Schwarz-Weiß-Zeichnung eintritt. Wir sind in der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus lange Zeit einem so genannten dämonologischen Paradigma gefolgt, das die Schuld am Nationalsozialismus dem »Führer« und seinen Herrschaftseliten zuweist, die das deutsche Volk verführt hätten. Wir sind in einem jahrzehntelangen Forschungsprozess dahingekommen, nach dem alltäglichen Faschismus in der Bevölkerung zu fragen. Wir haben mühevoll gelernt zu fragen, wie sich Nationalsozialismus, Gewaltbereitschaft, Gewaltenthemmung in der deutschen Gesellschaft durchsetzen und wie sich in der Zuspitzung der kaltblütige Massenmord mit dem sentimentalen Weihnachtsbaum vertrug. In einer



alltäglichen Bevölkerungshaltung, die Ian Kershaw in den Satz »dem Führer entgegenarbeiten« gegossen hat, sehen wir heute die wohl tiefste, die eigentliche Ursache für die Radikalisierung des Nationalsozialismus hin zum Völkermord.

Das auf die ganz anderen Verhältnisse kommunistischer Diktaturen zu übertragen, leistet aus meiner Sicht der Alltagsbegriff, den man auch als »gesellschaftliche Praxis«, als »alltägliche Wirklichkeit« beschreiben könnte. Andere Untersuchungen und Fragestellungen sind darum nicht weniger wertvoll. Der auf die gesellschaftliche Alltagspraxis bezogene Ansatz darf nicht einstrangig sein oder gar ein Monopol beanspruchen. Aber er gibt den Blick auf eine bestimmte Facette für die alltägliche Konstituierung diktatorischer Herrschaft frei, nämlich den Blick auf die alltägliche Bereitschaft zum Mitmachen, zum Widerstehen, zum Ausweichen, zum Kompromisseschließen. Diese gesellschaftliche Praxis kann sich in den verschiedensten Formen zeigen. Aber sie erschöpft sich eben – und darum geht es – nicht in den Anweisungen des Politbüros und seines Herrschaftsapparates, sondern findet sich auch in der täglichen Resistenz, in der täglichen Anstrengung, nicht zu folgen und Nein zu sagen, aber auch in der täglichen Bereitschaft, Loya-



lität zu simulieren, Ärger herunterzuschlucken oder die Begeisterung für das kommunistische Projekt zu erneuern. Das zu analysieren halte ich für außerordentlich wichtig, um das zu tun, was Wissenschaft zu tun hat: nicht nur moralisch zu befinden, sondern historisch zu erklären. Wir sollten versuchen, das Jahrhundert der Extreme in seinen fürchterlichen Exzessen, aber auch in seiner erlebten Normalität begreifbar zu machen. Das ist unsere vornehmlichste Aufgabe als Zeithistoriker, und daraus speist sich der eigentliche Lernerfolg, nicht nur in der bloßen Bestätigung unserer Distanz zu verbrecherischen oder diktatorischen Systemen.

STRÄTER: Diesen Diskussionsraum werden wir gleich noch einmal ein Stück erweitern müssen. Denn es gibt ja auch in der lokalen Alltagsvermittlung ganz andere Praktiken, was man über die DDR-Geschichte zu sehen bekommt. Die Frage dabei ist, welche Berührungen es mit der wissenschaftlichen Forschung geben kann. Aber zunächst würde ich gerne noch einen anderen Aspekt erwähnen. Frau Birthler, wir sind in einer traumhaften Situation. Wenn man sich vorstellt, dass die Akten, die Ihre Behörde verwaltet, nie und nimmer irgendein Mensch außerhalb dieses Ministeriums jemals zu Gesicht hätte bekommen dürfen. Heute liegen die Akten nutzbar für Millionen Menschen offen, für historische Forschung, auch für Medienrecherchen. Dann ist das eine Situation, die man sich auch im Herbst 1989 kaum hätte erträumen können. Andererseits

merkt man, dass es offenkundig nicht reicht, um ein allgemeines Aufklärungsbedürfnis zu erzeugen, auch ein Wissen zu erzeugen. Herr Igel nannte uns vorhin einige Beispiele, auf wie erschreckende Weise Unwissen vorhanden ist. Das hat auch damit zu tun, dass entweder kein gutes Angebot da ist oder das Interesse nicht ausreichend geweckt wurde. Wie erklären Sie diesen Widerspruch? Ist das Glas halb voll oder halb leer?

BIRTHLER: Ich kann die Beobachtung bestätigen, dass es ein großes Gefälle gibt zwischen dem, was wir über die DDR wissen können, wenn wir uns dafür interessieren, und dem, was in der Gesellschaft angekommen ist. Mich wundert es nicht wirklich. Denn ich glaube, dass solche Verzögerungen in den Vermittlungsprozessen etwas ziemlich Normales sind, wenn es auch sehr schmerzhaft ist. Ich sehe darin eine der größten Herausforderungen in der Aufarbeitung. Wir wissen immer noch nicht genug. Es gibt noch ganze Felder, die unerforscht sind. Aber das, was bereits als gesichertes Wissen vorhanden ist, ist noch lange nicht da angekommen, wo es hingehört. Davon war ja vorhin schon die Rede. Man kann manches beklagen, es gibt umstrittene Untersuchungen. Aber selbst die, die sich streiten, stellen fest, dass die Kenntnisse zur DDR in der breiten Öffentlichkeit eher dürftig sind. Ich kann da auch mitklagen, aber manchmal fällt es mir schwer, das Klagen durchzuhalten. Zum Beispiel dann, wenn ich, wie vor Kurzem, in Sofia oder in anderen exkommunistischen Ländern bin, die uns glühend um unsere Möglichkeiten beneiden. Damit will ich nichts relativieren. Es ist ja beides wahr. Wir müssen mehr machen, und es ist erschreckend, wie viel Ignoranz und Legendenbildung es gibt. Aber ich würde inständig darum bitten, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und dass wir das schätzen, was wir haben. Solche Möglichkeiten gibt es anderswo kaum. Man kann auch dem Bundestag viel vorwerfen, aber ich finde, auf der Bundesebene ist allein mit Institutionen wie der Stiftung Aufarbeitung und der Bundesbeauftragten sehr viel passiert. Das soll jetzt kein billiger Trost sein. Wir werden sicher noch einmal darauf zurückkommen, was man tun kann. Offensichtlich verändern sich Weltbilder in den Köpfen viel, viel langsamer als Institutionen und Strukturen. Und das wissen wir in Deutschland ja eigentlich. 19 Jahre danach – gemessen an 1945 befänden wir uns jetzt Mitte der Sechzigerjahre. Da gab es auch schon viele Leute, die sich für die NS-Zeit interessierten, da gab es auch schon viel Forschung. Aber eine breite Debatte über die NS-Zeit hatte zu dieser Zeit in der Bevölkerung noch nicht einmal begonnen. Ganz zu schweigen von der Frage, ob sie schon nennenswerte Erfolge gehabt hätte. Also müssen wir wohl beides zugleich sein: ungeduldig, weil noch zu wenig geschieht, aber auch geduldig, weil wir wissen, dass gesellschaftliche

Lernprozesse viel Zeit brauchen und langsamer laufen, als wir uns das wünschen. Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht. Aber gießen kann man.

STRÄTER: Man muss den Boden bereiten. Rainer Eckert, Sie sind Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig und haben insofern am meisten unmittelbar mit den Interessen der Leute zu tun, die kommen, um sich DDR-Geschichte anzusehen. Was interessiert Besucher eines Museums für DDR-Geschichte?

ECKERT: Ich sage gleich etwas zu dieser Frage. Jedoch möchte ich zuvor gern noch etwas zum Alltagsbegriff ausführen. Mit der Aussage, dass Wissenschaft frei ist, hat Herr Sabrow natürlich Recht. Wissenschaft kann und muss sich in unserem gesellschaftlichen System ihre Themen selbst suchen. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt betrifft die Auseinandersetzung um die so genannte Sabrow-Kommission, die ja nicht nur aus Professor Sabrow, sondern aus zehn Mitgliedern bestand. Hier handelte es sich nicht zuerst um eine wissenschaftliche Kontroverse, sondern es war auch ein Streit mit politischem Hintergrund, was heute nicht vergessen sein sollte. Dabei ging es im Kern um ein Konstrukt, das verkürzt dargestellt hieß: Rot-grüne Regierung setzt linke Historikerkommission ein, die sich auf den Alltag orientiert, um die DDR-Diktatur zu verharmlosen. Das war sachlich falsch, und es war uns gegenüber als den Mitgliedern der Kommission, die sich aus Historikern und Bürgerrechtlern zusammensetzte, persönlich beleidigend. Damit will ich es auch belassen. Darüber weiter zu diskutieren ist sinnlos, und die Zeit ist über diese Kontroverse hinweggegangen.

Die Fragestellung war bereits damals eine andere und ist es heute genauso: Was ist für die Stabilisierung unserer Demokratie zukünftig wichtig, was sind die erinnerungspolitisch entscheidenden Themen? Unter diesem Gesichtspunkt spielt der Alltag nicht die entscheidende Rolle. Vielmehr müssen die Schwerpunkte einer aufklärenden Sicht auf die Geschichte beider deutscher Diktaturen, die nicht gleichzusetzen sind, Opposition, Widerstand und das Schicksal der Opfer auf der einen Seite und die Geschichte politischer Repression auf der anderen Seite sein. Bezogen auf das SED-System kommt in diesem Zusammenhang der Friedlichen Revolution eine herausgehobene Bedeutung zu. Aus der Geschichte von Zivilcourage und politischer Verfolgung hat die Demokratie zu lernen. Das ist gerade im kommenden Jahr 2009 mit den Jubiläen 60 Jahre Bundesrepublik und 20 Jahre Friedliche Revolution von ausschlaggebender Bedeutung.

Jetzt zur Vermittlung. Warum kommen die Leute ins Zeitgeschichtliche Forum und was erwarten sie? Wir haben uns ganz bewusst entschieden, kein Haus der Geschichte der DDR zu sein. Unsere Dauerausstellung zeigt genau dieses Spannungsverhältnis zwischen Repression auf der einen und Widerstand bzw. Opposi-



tion auf der anderen Seite. Das wird von den Menschen akzeptiert, und so urteilen unsere Besucher zu 96 Prozent positiv über unser Konzept. Bei stark steigenden Besucherzahlen verlagert sich das Verhältnis zwischen den Besuchergruppen immer mehr zu den Westdeutschen und zu Ausländern hin, die sich orientieren wollen, wie es in der DDR denn nun wirklich ausgesehen hat. Das Grundproblem dabei ist, dass diejenigen, die unsere Angebote nutzen, positiv urteilen, dass andere jedoch gar nicht erst unser Haus betreten. Dafür sind zwei Gründe denkbar: Der eine ist ein Desinteresse an allem, was die deutsche Demokratie und was unser Land angeht, der zweite ist, dass Menschen aus politischen Gründen nicht kommen und weil sie meinen, dass wir ein falsches Bild ihres Heimatlandes DDR zeichnen. Diese Menschen boykottieren uns gewissermaßen. Das von uns zu lösende Problem ist jetzt, wie diejenigen zu interessieren sind, die bisher in einer

passiven Haltung verharren. In diesem Zusammenhang machen wir mit Lehrern und Schülern zunehmend gute Erfahrungen. Immer mehr Klassen kommen ins Zeitgeschichtliche Forum, um sich hier ganz konkret mit der kommunistischen Diktatur auseinanderzusetzen. Verstärkt müssen wir in der kommenden Zeit Studenten in unsere Arbeit einbeziehen. Hier ist es ausgesprochen problematisch, dass ihnen oft selbst elementare Grundkenntnisse der deutschen Zeitgeschichte fehlen. Das bezieht sich auf die DDR genauso wie auf die Bundesrepublik. Viele wissen darüber hinaus auch nicht, wie unser parlamentarisches System funktioniert. Ich glaube, dass wir hier bei der historischen und politischen Aufklärung viel intensiver, grundsätzlicher und tiefer ansetzen müssen.

BIRTHLER: Man muss ja nicht immer wiederholen, dass das Thema Alltag in Gefahr ist, missbraucht zu werden, und dass nicht selten versucht wird, mit dem Begriff »Alltag« eine Art Wirklichkeit zu konstruieren, die es nicht gegeben hat. Ich will Ihnen von meinen Erfahrungen berichten. Wir in der Stasi-Unterlagen-Behörde haben natürlich die Aufgabe, auf die besonders dunklen Seiten der DDR aufmerksam zu machen. Sie hier im Saal haben auch einen Anspruch darauf, dass das im Vordergrund steht, wenn man über die DDR spricht. Die Gefahr ist nur, und das habe ich im Gespräch mit Jugendlichen festgestellt, dass diese zwar sagen, das sei wirklich schlimm und sie hätten auch mit Häftlingen geredet, aber bei ihnen in der Familie habe es keine Häftlinge gegeben, für sie war die DDR eigentlich ein Land, in dem man ganz gut leben konnte. Das ist ein guter Anknüpfungspunkt dafür, über das zu reden, was man tagtäglich erlebt hat. Wenn ich auf das Jahr 1988 zurückschaue, da war für uns Berliner die Mauer eine alltägliche Erfahrung. Manche spürten das nicht mehr so. Aber der Skandal, dass 17 Millionen eingesperrt waren, war eine Alltagserfahrung. Man kann über die DDR auch nicht sprechen, ohne das »System Margot Honecker« mitzubedenken, das kommt mir viel zu kurz. Wo wir alle unsere Kinder hinschicken mussten. Man muss darüber sprechen, dass es eine verdeckte Arbeitslosigkeit gab und wie marode die Wirtschaft war. Deswegen finde ich die Frage, ob man den Alltag thematisieren sollte, falsch. Ich finde, man muss es tun. Weil sonst ein ganz falsches Bild von der DDR entstehen würde, etwas so: Wenn man nicht gerade in Gefängnissen saß oder von der Stasi zersetzt wurde, konnte man prima leben. Nein, das Leben von uns allen war eingeschränkt. Und die Mauer war nicht nur schrecklich, weil dort Menschen erschossen wurden, sondern weil ich zwei Drittel meiner Stadt nicht betreten durfte.

STRÄTER: Ich habe jetzt keine gravierenden Meinungsunterschiede feststellen können. In der Grundsatzfrage darf man Alltagsgeschichte betreiben und erforschen.

Ich spitze es noch etwas zu: Es gibt ja offenkundig ein Bedürfnis nach trivialer Erinnerung. Alle Menschen haben Kindheitserinnerungen, die mit bestimmten Bildern oder Gegenständen verbunden sind. Das sind natürlich Erinnerungen innerhalb eines bestimmten Rahmens, in dem man gelebt hat, und es gibt das Bedürfnis, dass man sich daran erinnert, ohne die dunkle Seite auch gleich vorgeführt zu bekommen. Wie geht man mit diesem Bedürfnis um? Überlässt man die Befriedigung dieser eher etwas trivialen, aber vielleicht auch verständlichen Sehnsucht nach Erinnerungsbildern, dem Kommerz, den anderen? Oder gibt es Möglichkeiten, dass eine Wissenschaft, die auch einen aufklärerischen Anspruch hat, ein Museum da Brücken schlägt?

SABROW: Auf diesem Podium wird die Frage vermutlich aus unterschiedlichen Sichtweisen beantwortet werden, von der politischen Bildung anders als von der Zeitgeschichte. In der Wissenschaft ist die Rücksicht auf Mehrheitsannahmen nicht entscheidend, es geht ihr auch nicht um Terraingewinn oder Terrainverlust, sondern schlicht um Erkenntnis. Aus der Praxis des Museologen oder des Gedenkstättenpraktikers sieht das aber ganz anders aus. Das Gemeinsame lässt sich daran finden, dass wir es im Fall der DDR und der Diktaturvergangenheit überhaupt in Europa mit unterschiedlichen Erinnerungsmustern zu tun haben, die wir für den Fall 1989/90 ja sogar bis in die Wortwahl wiederfinden können. Im Vordergrund steht heute das »Revolutionsgedächtnis«, das staatlich unterstützt wird und etwa im Jubiläumsjahr 2009 in vielen Gedenkveranstaltungen zum Ausdruck kommt, das in unseren Bildungsanstalten, in den Zeitgeschichtsmuseen vermittelt wird – und das nur einen Teil der Bevölkerung erreicht. Ein anderer, größerer Teil der Bevölkerung erinnert die Ereignisse von 1989 in der Wortwahl und im eigenen Erleben schlichter als »Wende«. Ob der Begriff nun von Egon Krenz oder von Helmut Kohl oder wem auch immer kommt, er wird in der eigenen Sprache bevorzugt, weil man das Pathos der Revolution für die eigene Erinnerungswelt nicht liebt oder nicht mit der eigenen Rolle in Verbindung bringen kann und sich bewusst oder unbewusst distanzieren will. Dann gibt es noch eine kleinere Gruppe mit einem geschichtsrevisionistischen Denkstil, die in Bezug auf 1989/90 gern provozierend vom »Anschluss« spricht und auf diese Weise die Selbstkolonialisierung der DDR-Bevölkerung durch die vorgebliche Herbstrevolution nach dem Muster des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich 1938 begriffen wissen will. Diese drei Gedächtnisse existieren parallel und neben ihnen zahlreiche Mischformen, und die Frage ist, wie man als Historiker oder als politischer Bildner mit ihnen umgeht – präskriptiv oder deskriptiv, indem man der Vielfalt der kommunikativen Erinnerungsstränge den Hegemonialanspruch der



eigenen Erinnerung entgegenhält oder indem man die unterschiedlichen Gedächtnisse in ihren Bauformen, ihren Verkürzungen, Funktionsweisen beschreibt. Ich verstehe meine Aufgabe als Historiker darin, zu begreifen, wie aus diesen Gedächtnissen heraus Wirklichkeit konstituiert wird, was dabei vergessen wird, was anverwandelt, was in den Vordergrund gestellt wird.

Ich behandle gerade in einem Seminar an der Universität Potsdam das Thema »Den Kommunismus erzählen«. Dabei steht die Frage im Zentrum, wie die kommunistische Vergangenheit in der eigenen Erinnerung repräsentiert wird, in welchem Verhältnis lebensgeschichtliche und politische Zäsuren zueinander stehen, wie sich kommunistische Ankunftsbiografien von exkommunistischen Abkehrbiografien und postkommunistischen Bewältigungsbiografien unterscheiden. Was unterscheidet die biografischen Erzählmuster bei Wolfgang Leonhard und Ralf Giordano von denen bei Gerhard Schürer und Karl Schirdewan. Welche Muster

sind es eigentlich, die den Unterschied zwischen der Erzählzeit des Erinnernden und der erzählten Zeit des Erinnernten respektieren, verschleiern, umdeuten, und welche Auswirkungen hat das auf unsere Bilder der Vergangenheit, die so unterschiedlich in der Schule, in der Familie, in der Gedenkveranstaltung, in den Leserbriefspalten auf uns zukommen?

Das zu analysieren obliegt den Historikern. Vielleicht anders als den Museologen. Aber wir begegnen uns, glaube ich, alle in dem einen Punkt, dass wir nicht bereit sind, das Gedächtnis »den anderen« zu überlassen, weder den Mythenbildnern noch den Klischeeproduzenten, weder den Lebenslügnern noch den Entlastungsstrategen. Wir versuchen vielmehr, von verschiedenen Seiten aus mit der erinnerten Vergangenheit historisch kontextualisierend, analytisch erklärend und moralisch wertend umzugehen. Das halte ich für außerordentlich notwendig, damit unsere Gesellschaft nicht in Spaltungen verhardt.

STRÄTER: Wir sind eine freie Gesellschaft. Nichtsdestotrotz muss es der Anspruch eines gestaltungswilligen Politikers sein, in dieses Spannungsverhältnis zwischen trivialer Erinnerung und Aufklärung in Bezug auf DDR-Geschichte einzugreifen und zu versuchen zu regulieren. Sodass die allzu breite Trivialisierung etwas gehemmt wird.

THIERSE: Ich mahne zur Gelassenheit. Staat und Politik konnten bisher nicht und werden auch künftig nicht individuelle und familiäre Erinnerungen formieren können. Sie haben das trivial genannt. Aber es leben noch Millionen, die die DDR erlebt haben und die sich auf höchst unterschiedliche Weise an sie erinnern. In diesem individuellen und familiären Erinnern gibt es diese – nicht nur auf DDR-Geschichte bezogen, sondern auch auf die Nazizeit – bekannte Tendenz der, vereinfacht gesagt, Verschönerung, der Verklärung, der Erinnerung daran, was das eigene Leben gewesen ist – trotz der widrigen Umstände. Das ist so. Menschen sind so. Ich füge hinzu: Auch bezogen auf die Geschichte des SED-Staates sollte man als Politiker und auch als Historiker nicht verlangen, dass sich alle Menschen an ihre eigene Lebensgeschichte nur erinnern als an eine Geschichte von Feigheit und Verrat und Vergeblichkeit. Das hieße, Menschen zu überfordern. Wenn man das von ihnen verlangt, dann werden sie sich dagegen wehren. Schwarz-Weiß hilft hier nicht. Den Alltag auf eine differenzierte Weise zu erinnern, ermöglicht Menschen auch, sich kritischer mit ihrer eigenen Lebensgeschichte zu befassen. Sich nicht nur verschönend, verklärend, apologetisch zu sich selbst und der eigenen Biografie zu verhalten. Wer das allzu konfrontativ macht, wird bewirken, dass es zu viel Abwendung gibt und die Verklärung der DDR noch zunimmt. Was Politik und Wissenschaft tun können, ist natürlich die For-

mierung des kollektiven und des kulturellen Gedächtnisses. Da müssen wir Gedenkstätten, Erinnerungsorte, Museen als Angebote eines differenzierten, kritischen Bildes dieser Vergangenheit haben. Das zweite große Thema sind natürlich die Schulen.

In Berlin gibt es ein kleines privates DDR-Museum, aus dem ich entsetzt herausgegangen bin. Es ist furchtbar. Aber es bedient das Verlangen vieler Leute, zu wissen, was diese DDR denn war. Doch da erscheint sie wie ein kurioses Panoptikum. Das ist ein Beispiel dafür, welche Anstrengungen man unternehmen muss, ein präzises, differenziertes, kritisches Bild der DDR zu vermitteln. Wenn wir diese Anstrengung nicht unternehmen, wird es diese eigentümlichen Blüten geben. Dasselbe gilt ja auch für die Schulen: Lehrmaterial, Lehrpläne, gut ausgebildete Lehrer, die sich diesem Thema auch stellen, sind notwendig. Sonst kommen die Kinder damit gar nicht zu Rande. Sie lernen ein paar Lehrsätze, und von zu Hause wird Verschönerung oder Verharmlosung betrieben. Deshalb sind die Schulen so wichtig.

STRÄTER: Herr Eckert, waren Sie einmal in dem DDR-Museum an der Spree? Das ist ja eine ganz andere Art, mit DDR-Geschichte umzugehen.

ECKERT: Ich muss zunächst kurz auf Herrn Thierse reagieren. Der Vorwurf an Ostdeutsche, sie hätten unter der kommunistischen Diktatur falsch gelebt, wird relativ selten erhoben. Hier ist, glaube ich, das Entscheidende, nach denen zu fragen, die richtig gelebt haben, die sich der Diktatur verweigerten, die Widerstand und Opposition geleistet haben. Auf deren Wirken und Leben muss sich bezogen auf die DDR heute das bundesdeutsche Geschichtsdenken konzentrieren.

Nun zu Ihrer Frage: Dieses private DDR-Museum in Berlin ist vor zwei Jahren entstanden. Stefan Wolle als damaliger wissenschaftlicher Leiter erzählte mir von dem Projekt hier in Bautzen anlässlich des Bautzen-Forums. Da es sich um ein privates und kommerziell betriebenes Museum handeln sollte, hatte ich dabei kein gutes Gefühl, und ich habe ihm dringend abgeraten, diese Aufgabe zu übernehmen. Stefan Wolle hat sich von mir nicht abhalten lassen, ist aber inzwischen aus diesem Museum ausgeschieden. Der Hintergrund für die Museumsgründung ist, dass ein Unternehmer aus Freiburg im Breisgau bei einem Berlinbesuch erkannte, dass viele Touristen in Berlin gezeigt bekommen wollen, wie der Alltag in der DDR denn nun wirklich gewesen ist. Vor diesem Hintergrund investierte der Unternehmer mehrere hunderttausend Euro und schuf ein kommerziell genutztes Alltagsmuseum. Da das Deutsche Historische Museum diesem Thema in seiner gesamten deutschen Nationalgeschichte gewidmeten Dauerausstellung nur geringen Raum einräumen kann, füllt das private Museum eine Lücke. Allerdings

erfolgt dies inhaltlich, gestalterisch und konservatorisch in höchst unbefriedigender Weise.

STRÄTER: Was konkret ist zu kritisieren?

ECKERT: In diesem Museum werden die geringsten konservatorischen Anforderungen ignoriert. Die Objekte sind nicht geschützt, man kann die Schränke öffnen und sich dann die Kittelschürze oder das FDJ-Hemd überstreifen. Inhaltlich sind die Schwerpunkte vollkommen falsch gesetzt. Staatssicherheit und Opposition spielen kaum eine Rolle, dafür ist ein Schwerpunktthema der FKK-Strand. Nun mag Freikörperkultur in der DDR wichtig gewesen sein, das rechtfertigt jedoch nicht, dass ein riesiges Modell mit nackten, an der Ostsee badenden Ostdeutschen einen Raum füllt. Da dieses Bild der Schlusspunkt der Ausstellung ist, verlässt der Besucher das Haus und sagt sich: Das Entscheidende in der DDR war also, dass sich die Ostdeutschen beim Baden am Ostseestrand wohlfühlt haben. Eine solche Fehlinterpretation finde ich sehr ärgerlich. Ärgerlich ist ebenfalls die kommerzielle Nutzung. Die Touristen drängen sich in das Haus, und die Vermittlung eines falschen Geschichtsbildes wird zum Riesenerfolg. Der jetzige Leiter des Museums erklärte mir sogar, dass er einen Antrag auf den Europäischen Museumspreis gestellt hat und guten Mutes ist, diesen Preis auch zu bekommen. Ich war wortlos.

Das ist nur ein Beispiel. Es gibt inzwischen aber ein gutes Dutzend privat betriebener DDR-Museen, die in der Regel besser sind als das Museum an der Spree. Wir haben natürlich keinerlei Mittel in der Hand, solche Ausstellungen zu beeinflussen oder gar zu verbieten. Unser Weg kann nur sein, dass wir mit den Häusern, die wir führen, deutlich besser sind und deutlich mehr in die öffentliche Diskussion kommen. Voraussetzung dafür ist, dass die Medien die Notwendigkeit einer seriösen und differenzierten Auseinandersetzung mit deutscher Zeitgeschichte begreifen und das hier Erreichte öffentlich machen.

STRÄTER: Frau Birthler, verbieten wird man sowieso nichts können. Offensichtlich befriedigt so etwas ja ein Bedürfnis, nicht nur an der Spree, sondern auch anderswo. Sehen Sie Möglichkeiten, diese Bedürfnisbefriedigung mit einem Stück Aufklärung, mit einem Stück Widerborstigkeit in einer solchen Darstellung von DDR-Geschichte zu verbinden?

BIRTHLER: Ich war auch in diesem Museum an der Spree, und mir ging es ganz ähnlich wie meinen Vorrednern. Meine Sorge ist vor allem, dass dies der einzige Ort in Berlin ist, wo der Versuch gemacht wird, eine Gesamtschau auf die DDR zu geben. Wir haben in Berlin – es ist ja nicht nur eine Stadt, sondern auch die Hauptstadt – gute Lernorte zum Thema Stasi und zum Thema Mauer: Hohen-

schönhausen, die Stasi-Unterlagen-Behörde, die Gedenkstätte in der Bernauer Straße. Vor kurzem hatte ich Besuch von einer Schulklasse aus Karlsruhe, die sich mit Stasi, Grenze und Hohenschönhausen beschäftigt hat. Dann wollten sie aber auch noch etwas über den Rest lernen, über die Partei, über das Volkssystem und die NVA. Als sie nichts gefunden haben, sind sie halt in das Museum an der Spree gegangen. Und das bekümmert mich. Ich glaube, dass es in der Hauptstadt auch eine Möglichkeit geben muss, sich einen Überblick zu verschaffen. Das Deutsche Historische Museum bietet dazu etwas an, aber das genügt weder quantitativ noch qualitativ. Es geht jetzt nicht darum, gegen das Museum an der Spree zu polemisieren, man kann nichts dagegen machen. Die Verantwortung ist, etwas Seriöses anzubieten. In Leipzig gibt es ein gutes Angebot, in Berlin nicht.

Es wird häufig das mangelnde Interesse beklagt. Ich denke, wir werden in den nächsten Jahren ein ganz anderes Problem haben. Die Nachfrage steigt Jahr um Jahr, und wir kommen nicht hinterher. Wir sind jetzt endlich so weit, dass das Thema im Westen angekommen ist. Die Landeszentrale für politische Bildung in Hessen macht zweimal im Jahr tolle Lehrerfortbildungen, was zur Folge hat, dass wir 80 Anfragen aus hessischen Schulen für Projektstage bekommen haben. Das ist absolut illusorisch, wenn wir gut sind, schaffen wir 20 – und das ist nur ein einziges Bundesland. Bis wir so weit sind, bis die Lehrer so weit fortgebildet sind, dass sie solche Projekte selbstständig machen können, dauert es noch Jahre. Die Leute von der Havemann-Gesellschaft haben das gleiche Problem. Das Interesse wächst erfreulicherweise bei jungen Leuten ganz stark. Aber wir haben nicht ausreichende Ressourcen, um den Jugendlichen die entsprechenden Angebote zu machen. Das wird das Problem der nächsten Jahre: denen, die etwas wissen wollen, auch etwas Brauchbares anzubieten.

STRÄTER: Das ist schon die Brücke zu unserem zweiten Teil des Gesprächs. Aber Herr Sabrow möchte noch etwas zum Vorgegangenen sagen.

SABROW: Mir fällt in unserer Diskussion ein Paradoxon auf. Auf der einen Seite beklagen wir – und nicht zu Unrecht – die Geschichtsverdrossenheit, die gerade im Geschichtsunterricht deutlich wird, obwohl die Materialien in allen Bundesländern in den letzten Jahren wirklich immer besser und vielfältiger geworden sind. Auf der anderen Seite ärgern wir uns, wenn die Menschen dann massenhaft in ein Museum strömen, das sich mit der DDR-Vergangenheit beschäftigt, die nur leider nicht so gezeichnet wird, wie wir sie haben wollen. Darin steckt ein Problem, wie nämlich die durch Kommunikation wachgehaltenen und tradierten Erinnerungen in das kulturelle Gedächtnis übergehen. Das haben wir natürlich



beim Nationalsozialismus auch. Wenn Harald Welzer eine Studie mit dem Titel »Opa war kein Nazi« herausgibt, dann ist das ja die Beschreibung des Phänomens, dass das Familiengedächtnis die historische Wirklichkeit in anderer Weise aufsaugt und an die nächste Generation weitergibt, als es etwa die Schule tut. Das ist für die politische Kultur der Bundesrepublik heute keine dramatische Schwäche mehr. Aber sie war es. Natürlich kann man den FKK-Strand in dem gerade angesprochenen Berliner DDR-Museum an der Spree danach befragen, ob und inwieweit er den Normen unserer politischen Kultur so zuwider läuft, dass wir seine Präsentation für volkspädagogisch »abstoßend« erklären müssen. Ich würde mich zu solch einer schroffen Ablehnung nicht versteigen; mich interessiert viel mehr, wie eine Lebenserinnerung verfasst ist, der an der DDR der FKK-Strand wichtiger ist als die M-Kontrolle der Staatssicherheit.

Gleichviel – wenn wir uns jetzt die Mühe geben, uns zu überlegen, wie man aus dem in dem Museum an der Spree befriedigten Bedürfnis etwas Besseres als dieses so stark kritisierte Museum machen könnte, dann wären wir doch exakt bei dem, was die Expertenkommission damals auch gefordert hatte: nämlich dass wir ein Forum Diktatur und Gesellschaft brauchen. Dort sollte es dann vielleicht möglich sein, auch die Nacktbadekultur zu thematisieren und trotzdem danach zu fragen, ob die kleine Freiheit von der Kleiderordnung womöglich etwas mit der

großen Unfreiheit im angezogenen Leben zu tun hat und etwas über die Diktatur der Grenzen aussagt, von der Frau Birthler vorhin sprach.

ECKERT: Wenn Sie ein Museum mit einer Dauerausstellungsfläche von 2.000 m² zu gestalten haben, müssen Sie sich genau überlegen, was Sie dort ausstellen wollen und wie die Ausstellung zu gestalten ist. Wenn Einzelthemen so breit dargestellt werden, wie es Herr Sabrow eben geschildert hat, dann ist im Handumdrehen dieser Raum mit Darstellungen von Einzelaspekten gefüllt. Um dies zu vermeiden, bin ich strikt dagegen, so vorzugehen.

STRÄTER: Wir sollten jetzt über die anstehenden notwendigen Veränderungen innerhalb der Forschungs-, Vermittlungs- und Darstellungslandschaft sprechen. Da ist natürlich die erste Frage, welche Perspektive die Behörde der Beauftragten für die Stasi-Unterlagen hat. Frau Birthler, die große Koalition hat sich jetzt darauf verständigt, zukunftsfruchtig mit dem Thema umzugehen und erst einmal gar nichts zu entscheiden. Das heißt, bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 2009 geschieht nichts. Die neue Bundesregierung wird diese Frage vermutlich nicht als erste auf ihrer Agenda haben, da sie ja noch andere politische Probleme zu bewältigen hat. Was bedeutet das für den Zeithorizont Ihrer Behörde? Sie selbst haben gesagt, diese Behörde ist endlich. Otto Schily hat ja einmal etwas despektierlich gesagt, sie sei aus revolutionärem Recht entstanden und so etwas könne nicht auf Dauer so sein. Innerhalb welches Zeitrahmens muss man an eine Umstrukturierung, Auflösung, Überführung der Akten denken?

BIRTHLER: Zu dem ganz aktuellen Diskussionsstand in der Koalition sollte Wolfgang Thierse etwas sagen. Ich erfahre das immer erst im Nachhinein. Aber ich sage es jetzt mal aus Behördensicht. Die Frage, ob die Behörde abgewickelt werden soll, ist so alt wie die Behörde selbst. Einige waren schon dagegen, sie zu gründen. Spätestens im Jahr 2000, nach den ersten zehn Jahren, wurde in aller Breite in der Öffentlichkeit diskutiert, wozu man denn jetzt noch eine neue Bundesbeauftragte brauche, ob es nicht Zeit sei, den Laden abzuwickeln. Als ich vor zwei Jahren wiedergewählt wurde, erschienen wieder Artikel, warum es noch mal eine Wiederwahl von Birthler gäbe. 2007 gab es wieder eine breite Diskussion, ob es nun nicht Zeit wäre, die Behörde abzuwickeln und die Akten ins Bundesarchiv zu geben. Man gewöhnt sich, kann ich nur sagen. Ich bin ganz sicher, dass es noch einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin geben wird, wenn ich in zweieinhalb Jahren mein Amt niederlege. Ich bin auch sicher, dass diese Nachfolgerin oder dieser Nachfolger noch einmal wiedergewählt werden wird.

Der große Unterschied, um den es mir geht, ist: Faktisch wird es diese Behörde noch eine ganze Weile geben, nicht ewig, aber eine ganze Weile. Der Zeitpunkt

des Endes würde sich zweckmäßigerweise daraus ableiten, ob unsere gesetzlichen Aufgaben als erledigt betrachtet werden können. Davon sind wir noch ein ganzes Stück entfernt. Das große Problem für uns ist, dass wir immer weiter existieren und immer mit der Frage, ob nicht nächstes Jahr Schluss ist. Das ist unpraktisch, weil uns auf diese Weise die nötige Planungssicherheit fehlt. Wir müssen Umstrukturierungen vornehmen. Mein großer Wunsch an die Politik ist, dass doch nun wenigstens mal ein berechenbarer Zeitraum genannt wird, für den wir planen können, damit wir nicht von der Hand in den Mund leben. Zweitens wünsche ich mir, dass auch die ganze Breite unserer Aufgaben gewürdigt wird. Es ist immer wieder davon die Rede, dass wir uns auf den Kernbereich, nämlich die Erschließung der Akten, konzentrieren sollen. Aber wenn wir unsere ganze Zeit und Kraft auf die Erschließung der Akten verwenden, dann würden Sie noch länger auf Ihre Akteneinsichtsanträge warten müssen. Wir müssen alles gleichzeitig tun. Von politischer Bildung war schon die Rede. Es wäre doch dumm, damit nun aufzuhören. Wir haben eine Reihe von gesetzlichen Aufgaben, die noch eine ganze Weile lang erledigt werden müssen. Jetzt bin ich sehr gespannt, was Wolfgang Thierse aus dem Nähkästchen der Koalition dazu erzählt.

THIERSE: Es ist daran erinnert worden, dass es immer wieder Kräfte gibt, die sagen, man müsse die Behörde schließen. Die Forderung wird aus unterschiedlichen Motiven erhoben. Manche sagen das aus Missgunst, andere sagen, im Bundesarchiv sei der Zugang besser und die Wissenschaft könne freizügiger mit den Akten umgehen etc. Das wird nicht passieren, diejenigen bekommen kein Recht. Insofern hatten Sie nicht Recht, dass Sie gesagt haben, dass wir uns nicht entscheiden würden. Wir haben uns auf etwas ganz Einfaches verständigt: Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode eine unabhängige Expertenkommission einsetzen, die ein Konzept entwickelt, welche gesetzliche Aufgabe in welcher institutionellen Form nach dem Ende der Behörde fortgesetzt wird.

Marianne Birthler hat daran erinnert, dass es unterschiedliche Aufgaben sind. Diese unterschiedlichen Aufgaben verlangen – wenn man denn die Behörde schließen will –, dass sie fortgeführt werden, und zwar in unterschiedlicher Form. Dazu muss man vernünftige Ideen entwickeln, das kann man nicht von heute auf morgen. Diese Expertenkommission soll auch Vorschläge machen, welche gesetzlichen Veränderungen gegebenenfalls notwendig sind. Denn bei diesen Akten handelt es sich um nichtrechtsstaatlich zustande gekommene Unterlagen. Deswegen haben wir besondere Regeln: einerseits Schutz der Betroffenen, andererseits Zugänglichkeit für die Betroffenen. Das sind andere Akten, als sie sonst üblicherweise im Bundesarchiv liegen. Das muss man bedenken, und das geht nicht



von heute auf morgen. Aber indem man das so definiert und sagt, die Verwirklichung dieser Vorschläge erfolgt dann in der darauffolgenden Legislaturperiode, ist der Zeithorizont für die Behörde festgelegt. Sie wird bis 2013/2017 ihre Aufgaben machen müssen, in unterschiedlicher Form. Wahrscheinlich werden bestimmte Dinge etwas eher übertragen, andere werden länger in dieser besonderen Behörde bleiben. Ich halte das für eine vernünftige Regelung. Wir haben zugleich auch vereinbart, dass die elektronische Zusammenfügung zerrissener Akten fortgeführt werden soll. Wir schlagen vor, dass die Behörde auch das schwierige Projekt Normannenstraße übernimmt. Das ist das Zentrum der Repression gewesen. Da brauchen wir eine gute, vernünftige, überzeugende, pädagogisch intelligent gemachte Ausstellung. Deshalb der Vorschlag, dass die Stasi-Unterlagen-Behörde zusammen mit den Betroffenenvertretungen dieses Projekt entwickelt. Wenn man diesen Zeithorizont definiert, dann ist klar, dass die Behörde auch ihr Außenstellenprojekt vernünftigerweise umsetzt. Denn der Zugang soll ja weiter-

hin dezentral ermöglicht werden. Wenn das dann also durch das Parlament verabschiedet wird – die Stasi-Unterlagen-Behörde ist eine Einrichtung des Deutschen Bundestages, nicht der Regierung –, dann hat die Behörde eine verlässliche Perspektive.

STRÄTER: Sie haben zwei Zahlen genannt: 2013 und 2017. Sind die einfach so in den Raum geworfen?

THIERSE: Wenn man sagt, in der nächsten Legislaturperiode wird das Konzept entwickelt und die notwendigen gesetzlichen Änderungen werden vorbereitet und wenn möglich verabschiedet, dann ist die Verwirklichung dieses Konzepts eine Sache der darauffolgenden Legislaturperiode.

BIRTHLER: Wenn es wirklich eine unabhängige Kommission gibt, die diese Fragen berät – was ich gut finde –, dann muss sie natürlich auch das Recht haben zu sagen, dass sie glaubt, dass diese Einrichtung in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren noch mit guten Gründen weiterexistiert. Ich würde das Ergebnis also nicht vorwegnehmen.

THIERSE: Das ist ganz unbestritten. Eine Kommission macht Vorschläge, wie welche Aufgabe fortgeführt wird, dann kann eine der Auskünfte sein, dass die Erforschung der Akten, die Rekonstruktion des Bestandes, die Zugänglichkeit so wichtige Aufgaben sind, die noch lange weitergeführt werden. Sie kann in Bezug auf andere Aufgaben – Wissenschaft, politische Bildung – zu anderen Vorschlägen kommen. Das ist ja der Sinn dieses Vorschlags.

STRÄTER: Herr Sabrow, der Bericht der Kommission 2005 hat ja unter anderem beklagt, dass die Situation für die wissenschaftliche Forschung relativ unbefriedigend ist. Was ist zu tun, damit sich die Situation für die wissenschaftliche Forschung verbessert?

SABROW: Der Bericht war von 2006, und er hat nicht die unbefriedigende Lage der zeithistorischen Forschung beklagt. Er hat die wachsende Erschwerung im Zugang zu den Akten beklagt.

THIERSE: Wir haben eine Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gemacht, und ich habe mich sehr dafür eingesetzt, dass der Zugang der Wissenschaft zu diesen Akten deutlich verbessert wird. Ich höre jedenfalls keine Klagen mehr. Aber dass wir ein paar Regeln haben, die auch vor Missbrauch schützen, ist ja klar.

STRÄTER: Ich meinte natürlich nicht die wissenschaftliche Forschung, sondern den Aktenzugang.

SABROW: Da habe ich eben insofern falsch geschaltet, als die Bewertung der Forschungslandschaft der Expertenkommission zunächst als eine mögliche Aufgabe

durchaus zgedacht war. Aber dann hätte sie anders zusammengesetzt sein müssen, und sie hätte ihren Auftrag von einer Wissenschaftsorganisation erhalten müssen, nicht von der Bundesregierung. In der Tat warf das Stasi-Unterlagen-Gesetz in seiner damaligen Fassung aus der Sicht des Forschungszugangs ein Problem auf, weil wir zur Akteneinsicht die Zustimmungserklärungen für einen großen Teil der personenbezogenen Unterlagen brauchen. Die aber können post mortem nicht mehr gegeben werden, und so wurde der Zugang nach Stasi-Unterlagen-Gesetz in der damaligen Fassung entgegen den Intentionen seiner Initiatoren paradoxerweise immer schwieriger.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz ist der Idee nach ein Aktenabschlussgesetz mit geregelten Ausnahmen, das Bundesarchivgesetz der Idee nach ein Öffnungsgesetz mit geregelten Einschränkungen. Diese Formel stimmt natürlich nicht mit den Absichten seiner Urheber überein, denn das Stasi-Unterlagen-Gesetz hat in der politischen Zielrichtung ja den Wunsch umgesetzt, die Akten freizugeben. Aber rechtlich definiert es die Aktenfreigabe als einen Ausnahmetatbestand und nicht als ein Bürgerrecht im Sinne des US-amerikanischen information act. Es schien in der damaligen Fassung so, als ob mit dem wachsenden Abstand zur DDR der Aktenzugang immer weiter erschwert würde. Das Problem ist beseitigt und meines Erachtens auch kein Diskussionsthema mehr. Gleichwohl bleibt der grundsätzliche Unterschied, dass nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz die BStU in ihrer eigenen Verantwortung die Aktenfreigabe einschließlich zu verantworten hat, während nach dem Bundesarchivgesetz diese Verantwortung bis hin zu allen strafrechtlichen Konsequenzen dem Nutzer obliegt, der vor Akteneinsicht eine entsprechende Erklärung zu unterzeichnen hat. Auch in diesem Punkt nähert sich die Forschungspraxis in beiden Einrichtungen längst an, weil auch nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz heute eine Unterschrift des Benutzers erfordert wird, bevor der an die Akten kommt. Aber die Sorge, dass die wissenschaftliche Forschung durch die Prolongierung des StUG und die besondere Stellung der MfS-Akten leiden könnte, hat auch in der Expertenkommission eine erhebliche Rolle gespielt.

Mittlerweile sind diese Bedenken in der jetzigen Fassung weitgehend ausgeräumt. Gleichwohl bleibt aus Sicht der Wissenschaft eine langfristige Überführung der Bestände in die staatliche Archivverwaltung, so wie wir das beim Berlin Document Center für die entsprechenden NS-Akten auch haben, ein Wunsch, der von der Forschung auch weiterhin artikuliert wird, ohne aber drängend vorgetragen zu werden. Denn wir haben viele Formen der Zusammenarbeit gefunden, so etwa mit der Abteilung Bildung und Forschung der Stasi-Unterlagen-Behörde, die gut

und wissenschaftlich ertragreich funktionieren. Gleichwohl meine ich, dass jede Behörden- und Ressortforschung auf Dauer ein Problem für die freie Entwicklung der Wissenschaft darstellen kann. Aber dieses Handikap teilt die BStU mit anderen und sehr respektablen Einrichtungen wie etwa dem Militärhistorischen Forschungsamt in Potsdam.

Ich finde die eben vorgetragene Eröffnung des Gesetzgebers, für eine grundsätzliche Änderung in zwei Legislaturperioden zu denken, nicht sehr weit weg von dem Datum, das Frau BIRTHLER früher selbst als Zeitpunkt für eine mögliche Schließung der BStU genannt hat, nämlich 2019 – das Jahr, in dem der Solidarpakt ausläuft. Damit wäre ein Zeithorizont eröffnet, in dem man in Ruhe diskutieren und tatsächlich auch den Sachverstand von Experten zu Wort kommen lassen kann.

STRÄTER: Kurzer Kommentar von Frau BIRTHLER.

BIRTHLER: Ich möchte nicht ins Detail gehen, aber so ganz unwidersprochen kann ich das nicht stehen lassen. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz ist ein Aktenöffnungsgesetz und kein Verschlussgesetz. Es wurde höchst richterlich festgestellt, dass diese Akten eigentlich gar nicht genutzt werden dürfen, weil sie unter Verletzung von Menschenrechten erhoben worden sind. Einzig der Zweck der Aufarbeitung rechtfertigt das. Im Allgemeinen Archivrecht wären die Akten keinesfalls zugänglich. Das Allgemeine Archivrecht unterscheidet zwischen Sachakten und Personenakten. Personenakten sind geschützt – egal, ob es sich um Täter- oder um Opferakten handelt. Diese Unterscheidung kennt das Allgemeine Archivrecht nicht. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz hat diese Unterscheidung aber aus guten Gründen vorgenommen. Wir haben ja gerade den Rechtsstreit um die Nennung von Namen von IMs. Das würde nach Allgemeinem Archivrecht ganz anders behandelt werden. Dieses Gesetz ist für die Wissenschaft schwer handhabbar, aber immerhin dürfen sie überhaupt ran. Das ist der große Fortschritt. Und es ist natürlich auch ein opferfreundliches Gesetz. Damit ist vieles bei uns leichter zugänglich, als es im Bundesarchiv der Fall wäre.

SABROW: Aus archivarischer und rechtlicher Sicht wäre das meines Erachtens anders zu beurteilen. Frau BIRTHLER hat selbst gesagt, dass die Akten nach Stasi-Unterlagen-Gesetz eigentlich gar nicht zugänglich wären.

BIRTHLER: Nein, nach allgemeinem Recht, nicht nach Stasi-Unterlagen-Gesetz! Verfassungsrechtlich dürfte man sie eigentlich gar nicht verwenden, außer für den Zweck der Aufarbeitung. So war die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts.

THIERSE: Ich erinnere nur an das berühmte Urteil in dem Rechtsstreit um die Be-

spitzelungsakten Helmut Kohls. Da wird die ganze Schwierigkeit deutlich: der Schutz der Persönlichkeit und andererseits das Interesse der Forschung und der Betroffenen. Das tariert dieses Gesetz auf eine sicher sehr schwierige, aber letztendlich doch gelingende Weise aus.

SABROW: In der Tat ist dieser Abwägungszusammenhang entscheidend. Nach dem Bundesarchivgesetz aber gibt es diese Sperrungsmöglichkeit, die beim Stasi-Unterlagen-Gesetz möglich ist und von den Richtern auch genutzt wurde, eben nicht. Dort haben wir den einfachen Grundsatz, dass 120 Jahre nach Geburt oder 30 Jahre nach dem Tod des Betroffenen die Akten frei sind und der Forschung uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden müssen.

BIRTHLER: Tatsache ist, dass Sie im Bundesarchiv heute an Akten von NS-Tätern nach wie vor schwerer herankommen als nach Stasi-Unterlagen-Gesetz an Akten von MfS-Tätern.

STRÄTER: Ich denke, die Konfliktlage und die schwierige Abwägungslage sind anhand der Beiträge hier deutlich geworden. Deswegen würde ich gerne noch einen anderen wichtigen Punkt bei der Neustrukturierung der historischen Aufarbeitung ansprechen: die Trennung der Aktenverwaltung von der politischen Bildungsarbeit. Da geht ja seit dem Kommissionsbericht 2006 die Tendenz in eine stärkere Trennung und eine Reduzierung der Aufgaben für die Bundesbeauftragte. Sind Sie mit dieser stärkeren Trennung einverstanden? Sollten perspektivisch andere Institutionen, wie die Stiftung Aufarbeitung, verstärkt die Aufgaben der politischen Bildung übernehmen?

BIRTHLER: Das ist keine Alternative. Wir brauchen nicht weniger Aufklärung über die DDR, wir brauchen mehr. Und alle, die das machen, sind willkommen. Vom Arbeitsumfang her gesehen ist die politische Bildung ein eher kleiner Teil unserer Arbeit – in der Zentralstelle in Berlin sechs oder sieben Mitarbeiter. Man kann also auch nicht viele Ressourcen für die Aktenerschließung gewinnen, wenn man auf die politische Bildung verzichtet. Wir sind auch keine zweite Bundeszentrale für politische Bildung. Wir haben einen ganz speziellen Bildungsauftrag, nämlich über Struktur, Wirkungsweise und Methoden der Staatssicherheit zu unterrichten. Das ist unter anderem eine wunderbare Gelegenheit, mit Jugendlichen auch den quellenkritischen Umgang mit Stasi-Unterlagen zu üben. Wir lassen die Jugendlichen zunehmend auch mit den Akten arbeiten, wir lassen sie erleben, was wir aus den Akten lernen können. Gleichzeitig sagen wir ihnen aber auch, dass sie kritisch wie Wissenschaftler herangehen müssen. Das gehört ja auch zu unserem Bildungsprogramm. Vor allem aber stecken in diesen Akten die ganzen unzähligen wichtigen Geschichten über Menschen, die mutig waren, die



gelitten haben oder die es einfach nur im Alltag geschafft haben, einigermaßen anständig durch die Zeiten zu kommen. Das zu vermitteln gehört zu unserem Auftrag. Wir geben Unterlagen und Unterrichtsmaterialien natürlich auch heraus, damit andere damit arbeiten können. Und wenn es irgendwo von alleine läuft, ziehen wir uns gerne zurück. Aber als Impulsgeber, Materialquelle und Weiterbildner sind wir noch lange Zeit gefragt.

STRÄTER: Herr Eckert, bei all diesen Überlegungen zur Umstrukturierung der Forschungs-, Aufarbeitungs- und Vermittlungslandschaft hat man das Gefühl, dass der Fokus sehr stark auf Berlin gerichtet ist. Vernachlässigt man die Regionen, die Institutionen, die es in den Regionen gibt?

ECKERT: In den letzten Jahren haben verschiedene Kommissionen getagt, die sich mit diesen Themen beschäftigt haben. Und so bin ich letztlich froh, dass wir in diesem Jahr mit dem erinnerungspolitischen Konzept der Bundesregierung zu einem Konsens gekommen sind. Das ist nicht selbstverständlich, da in der Bundesrepublik auch Kommissionen arbeiten, die empfehlen und empfehlen, ohne dass etwas konkret passieren würde. Geschichtspolitisch gibt es dagegen deutliche Fortschritte, und das ist wichtig.

Zu Ihrer Frage denke ich, dass es in der Auseinandersetzung der nächsten zwei Jahre nicht vorrangig um institutionelle Fragen gehen sollte und wird. Es handelt

sich vielmehr um die inhaltliche Frage, was für das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik entscheidend ist. Geht es nur um 60 Jahre Grundgesetz oder auch um Zivilcourage, um Opposition und um die Friedliche Revolution in der DDR? Ich will es noch einmal betonen, weil es von ungeheurer Bedeutung für die gesamte Republik und auch für unsere süd- und westdeutschen Landsleute ist. Das Erbe von Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur gehört in das Gedächtnis der deutschen Demokratie. Die Bayern müssen begreifen, dass die Friedliche Revolution Teil ihrer Geschichte ist. Und die Bauzener müssen wissen, dass das Grundgesetz im positiven Sinne auch ihre Sache ist. Dazu sollte die Einsicht kommen, dass die Beschäftigung mit beidem auch Spaß macht. Daran sollten wir arbeiten.

Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands, und so wird sich in den kommenden zwei Jahren auch institutionell sehr viel dort abspielen. Dennoch sollte die Bedeutung Bonns für die Geschichte der Bundesrepublik und des Grundgesetzes nicht vergessen werden. Ganz unabhängig davon ist Leipzig jedoch die Stadt der Friedlichen Revolution. Die Diktatur der SED ist nicht zu Fall gekommen durch den Fall der Mauer. Ihr Ende kam durch die Menschen auf der Straße. Symbolisch steht dafür der 9. Oktober in Leipzig, als 70.000 Menschen trotz der Androhung von massiver Gewalt den Mut hatten, um den innerstädtischen Ring zu ziehen. Daran ist für die gesamte Republik in Leipzig zu erinnern, und unsere Bemühungen um diese Erinnerung sollten wir verstärken. Und so hoffe ich auf eine gemeinsame Erinnerung Berlin–Bonn–Leipzig. Zu dieser Hoffnung gehört auch, dass das Freiheits- und Einheitsdenkmal, das in Berlin entstehen wird, nicht nur einen kleinen Bezug zu Leipzig hat, sondern es vielleicht doch noch zu einem korrespondierenden Denkmal Berlin–Leipzig kommen könnte.

STRÄTER: Es gibt manchmal sehr indirekte Wirkungen, die aber trotzdem sehr erfreulich sind. Natürlich gibt es einen sehr klaren Ost-West-Unterschied im Umgang mit der DDR-Geschichte und der Friedlichen Revolution. Bis 1989 hatten die Westdeutschen ein sehr verkrampftes und gebrochenes Verhältnis zum Thema Revolution. Denn Revolution war eigentlich immer mit einer Niederlage verbunden. Als dann 1998 150 Jahre 1848 gefeiert wurde, war ich in Karlsruhe und sah, wie eine Gruppe durchs badische Schloss geführt wurde und sich für diese Revolution begeisterte. Das wäre früher in der BRD nicht möglich gewesen. Da hat sich etwas in Ost und West verändert.

Ich würde gern Herrn Sabrow noch eine letzte Frage zum Thema Aufarbeitung der DDR-Geschichte stellen. Herr Eckert hatte ja angesprochen, wie wichtig es für die Entwicklung des politischen Bewusstseins Gesamtdeutschlands ist. Was

heißt vor diesem Hintergrund Aufarbeitung der DDR-Geschichte für Sie als Wissenschaftler?

SABROW: Aufarbeitung ist heute ein Modebegriff, der in den Fünfzigerjahren von Hannah Arendt, Helmut Plessner und Theodor W. Adorno eher mühsam in die Diskussion gebracht wurde. Damals bezog sich der Begriff auf die schmerzhaft Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit und die Hoffnung, ihre schädlichen Folgen in der Gegenwart zu bekämpfen. Mittlerweile ist der Begriff Aufarbeitung so dominant und allgemein anerkannt, dass die Fachwissenschaft dazu herausgefordert wird, ihn kritisch zu reflektieren und gegen die fraglose Anerkennung der Aufarbeitung einmal zu fragen, was ihre Konjunktur eigentlich begründet und worin ihr Gewinn, worin aber auch ihre Risiken liegen. Wenn wir mehr Zeit hätten, dann würde ich Ihnen mein Unbehagen an der Aufarbeitung gern ausführlicher schildern. Es hat sich in den letzten Jahren aus meiner Doppelrolle als historischer Beobachter und zugleich geschichtspolitischer Akteur ergeben. Mich beschleicht mehr und mehr die Sorge, dass der eindrucksvolle Konsens zwischen Politik, Erinnerungskultur und Wissenschaft, den wir momentan dankbar konstatieren können, selbst ein Problem werden könnte. Nicht unbedingt für uns, aber wohl, wenn wir in die Zukunft denken. Geschichtsbilder werden ja durch Geschichtsaneignung durch jede Generation neu geformt. Ich vermisse ein wenig die reflexive Kraft des eigenen Faches, der Zeitgeschichte, die sich kritisch mit der Politik und Wissenschaft, Öffentlichkeit und Elfenbeinturm zusammenführenden Aufarbeitung auseinandersetzen müsste. Sie hätte beispielsweise nach den unerkannten Tabus unserer Vergangenheitsbewältigung, nach der Leistung des Vergessens, nach den Kooperationsgrenzen zwischen historischer Erkenntnis und moralischem Bekenntnis zu fragen.

Um ein Beispiel zu nennen: Aufarbeitung lebt ja davon, dass sie deutlich macht, wie verbrecherisch Diktaturen des 20. Jahrhunderts operiert haben, wie extrem und verstörend sie gegen die Werte der Zivilisation verstoßen haben. Uns ist es wichtig, dies zum Beispiel auf dem Bautzen-Forum etwa gegen eine ostalgotische Sicht auf die vielen sozialen Vorzüge der politischen Diktatur durchzusetzen. Aber dieselbe moralisch-politisch unanfechtbare Sicht kann historische Erklärungskraft kosten. Eine der stärksten Bindekräfte der Diktaturen des 20. Jahrhunderts besteht darin, dass sie in ihrer Monstrosität von den Zeitgenossen eben gar nicht wahrgenommen wurden. Die zeitgenössische Normalität auch des uns Abnormen zu erspüren und verständlich zu machen, kann ein Aufarbeitungskonzept, das auf Distanzierung und Katharsis setzt, möglicherweise nicht leisten.

STRÄTER: Herzlichen Dank den Podiumsteilnehmern!



Eröffnung der Ausstellung »Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung – Die FALKEN in Berlin 1945 bis 1961

SILKE KLEWIN
FALCO WERKENTIN
LOTHAR OTTER

KLEWIN: Sehr geehrte Teilnehmer des Bautzen-Forums, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte ehemalige Falken, die Verfolgung und Inhaftierung der Falken – der Sozialistischen Jugend Deutschlands – nach 1945 ist bis heute relativ unbekannt. Mich berührt die Ausstellung besonders, da ich selbst Ende der Siebzigerjahre als begeisterte zehnjährige Jungfalkin im blauen Hemd an den Zeltlagern der niedersächsischen Falken teilnahm. Dort wurde ich zum Selbstdenken, Kritischsein, Nachfragen und Hinterfragen angeregt. Ich wusste zwar, dass mein damaliger Gruppenleiter (Erwin Franz) als verfolgter Sozialdemokrat in einem KZ gesessen hatte. Aber ich ahnte nicht einmal, dass es neben der Verfolgungsgeschichte vor 1945 auch noch eine weitere, spätere Falkenverfolgung gab, die sich nach 1945 abspielte.

Ihre Wurzeln hatten die Falken in der Arbeiterjugendbewegung, die sich zu Be-

ginn des 20. Jahrhunderts entwickelte. In den Zwanzigerjahren wurden die Sozialistische Arbeiterjugend und die Kinderfreunde Deutschlands gegründet, die als Vorläufer der Falken-Bewegung gelten. 1927 entstanden dann die als »Kinderrepubliken« bekannt gewordenen Zeltlager der Falken, in denen Mädchen und Jungen die gleichen Rechte und Pflichten hatten wie Erwachsene. Hier sollten sie durch Selbstorganisation und Selbstverwaltung zur Demokratie und zu selbstbewussten, kritischen Persönlichkeiten erzogen werden.

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 wurden die Falken umgehend verboten, viele von ihnen verfolgt und eingesperrt. Dieses Verbot blieb nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone weiter bestehen – mit einer wesentlichen Ausnahme.

Als sich in den westlichen Besatzungszonen 1946 die »Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken« als SPD-nahe Jugendorganisation neu gründete, wurde wegen des besonderen Besatzungsstatus von Großberlin die Jugendorganisation in ganz Berlin zugelassen. Während also in der sonstigen Sowjetischen Besatzungszone die Falken offiziell verboten blieben, durften sich in den Ostberliner Stadtteilen Falken-Gruppen zusammenfinden und ihre politische Arbeit aufnehmen – zumindest offiziell. Tatsächlich aber war dies oft mit Schwierigkeiten und gravierenden Folgen verbunden.

Die Ausstellung, die wir heute eröffnen, erinnert an die fast vergessene Geschichte der Falken zwischen 1945 und 1961. Sie dokumentiert die Repression gegenüber den Jugendlichen. Die Geschichte von Widerstand und Verfolgung an exemplarischen Schicksalen aufzuzeigen ist das ganz besondere Verdienst dieser Ausstellung.

Ich freue mich, den Kurator der Ausstellung, Herrn Dr. Werkentin, herzlich in Bautzen begrüßen zu dürfen. Dr. Falco Werkentin, Jahrgang 1944, ist bis 1961 selbst in Ostberlin aufgewachsen, bevor er nach Westberlin flüchtete. Er studierte Soziologie und promovierte mit einer Arbeit zur Polizeigeschichte der Bundesrepublik. Viele von Ihnen kennen seine zahlreichen Forschungsprojekte und Publikationen zur Justiz- und Herrschaftsgeschichte der DDR, kennen ihn als Teilnehmer etlicher Bautzen-Foren und als langjährigen stellvertretenden Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Berlin.

Im Anschluss an die einführenden Worte von Herrn Dr. Werkentin wird uns Lothar Otter von seinen Erfahrungen als Mitglied der Falken berichten. »Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden« – Flugblätter mit diesem Zitat von Rosa Luxemburg verteilte er 1949 in Ostberlin. Nach dem Ende des Krieges hatte er sich den Falken angeschlossen und wurde Gruppenleiter im Berliner Stadtbe-

zirk Lichtenberg. Er setzte sich aktiv für eine wirklich sozialistische Demokratisierung der deutschen Nachkriegsgesellschaft ein und kämpfte gegen die zunehmende Unterdrückung der politischen Gegner durch die sowjetische Besatzungsmacht und die SED. 18-jährig wurde er im Mai 1949 gemeinsam mit anderen jungen Falken verhaftet und von einem sowjetischen Militärtribunal wegen anti-sowjetischer Propaganda zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Seine Strafe musste er in Bautzen, im »Gelben Elend« verbüßen. Erst im April 1955 erlangte er seine Freiheit wieder. Herr Otter, ich heiße Sie besonders herzlich willkommen und danke Ihnen, dass sie aus Bad Harzburg zu uns gekommen sind.

Mir bleibt noch, Ihnen einen interessanten Abend, neue Erkenntnisse und anregende Gespräche zu wünschen. Der Ausstellung wünsche ich viele interessierte Besucher – auf dass sich das Wissen um die Verfolgung der Falken mehre.

WERKENTIN: Guten Abend, meine Damen und Herren. Ich begrüße Sie und danke der Gedenkstätte Bautzen im Namen des Berliner Landesbeauftragten, dass wir unsere Ausstellung hier zeigen können.

Ich möchte darauf eingehen, warum diese Ausstellung gerade über den antikomunistischen Widerstand der Falken in der Nachkriegszeit berichtet. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Zum einen war der antikomunistische Widerstand der Falken in der Berliner Nachkriegszeit gerade in der Vorstellung eines demokratischen Sozialismus begründet, um den die Falken kämpften. Sie kämpften dagegen, dass die Idee des Sozialismus durch den Stalinismus in der DDR und im gesamten Ostblock zerstört wurde. Das machte auch einen Teil der Intensität aus, in der sie gegen die SED und die FDJ kämpften. Zum andern hatten wir in Berlin die Sondersituation, dass, anders als in der DDR, die Falken in Gesamtberlin aktiv waren. In Ostberlin gab es also auch bis zum Bau der Mauer Falken-Kreise. Dies war im Vier-Mächte-Status der Stadt begründet und darin, dass die Falken im Oktober 1947 durch die Alliierte Kommandantur für Gesamtberlin zugelassen wurden. Es war keine leichte Arbeit, sie wurden schwer behindert. Ostberliner Falken-Mitglieder standen immer in einer sehr realen Gefahr, verhaftet und verurteilt zu werden. Gleichwohl: In Berlin-Mitte hatte der Falken-Kreis 1960 immerhin noch 180 Mitglieder. Es war natürlich etwas Besonderes, mitten im Herzen der Hauptstadt der DDR als Konkurrenz zur Staatsjugend, der FDJ, zu arbeiten.

Ein weiterer Aspekt, der die Geschichte der Falken in Berlin zu etwas Besonderem macht, war der gesamtdeutsche Anspruch der Falken. Sie lebten, wie die meisten in dieser Zeit, noch mit der Vorstellung, dass die Wiedervereinigung zwar nicht als Tagesziel am Horizont stand, aber dass es nur ein paar Jahren be-



dürfe, bis Deutschland wieder vereinigt sei. Für diese Zeit wollten sie vorbereitet sein und auch unter der Jugend der DDR Stützpunkte haben. So bildeten sie 1951 ein eigenes Referat, das Referat Mitteldeutschland, das den Kontakt zur Jugend der DDR suchen und halten sollte. Sie organisierten in Berlin gesamtdeutsche Jugendtreffen. Jugendliche aus der DDR konnten an den Falken-Zeltlagern in der Bundesrepublik, aber auch in Finnland und Jugoslawien teilnehmen – sehr zum Leidwesen der SED und des MfS, sodass die SED, das MfS und die FDJ erhebliche Anstrengungen unternahmen, diese Reisen zu unterbinden. Aber die Falken waren mit diesen Kontakten zur DDR-Jugend durchaus, wenn auch in Grenzen, erfolgreich. Sie waren insofern, als demokratische Sozialisten, eine besonders gefährliche Konkurrenzorganisation zur FDJ.

Nicht wenige allerdings mussten ihren Einsatz im Kampf für den demokratischen Sozialismus und gegen die stalinistische SED und DDR teuer bezahlen. Im Nachlass von Franz Neumann, dem langjährigen Berliner SPD-Vorsitzenden der Nachkriegszeit, finden sich über Jahre immer wieder neu angelegte Listen mit den Namen von verhafteten Falken und Freunden der Falken. Es ist eine erschreckende Zahl von 70 bis 80 Mitgliedern und Freunden der Falken, die von 1946 bis 1961 festgenommen und in der Regel zu Haftstrafen verurteilt wurden. Einige Falken mussten ihren Einsatz sogar mit dem Leben bezahlen: Die zwei Falken, die bereits 1946 festgenommen wurden, waren Dieter Medenwald und Hans



Neuendorf, sie starben im sowjetischen Speziallager Bautzen. Zu nennen ist auch Wolfgang Scheunemann, ein 15-jähriger Falke, der im September 1948 von der Volkspolizei erschossen wurde, als er von der großen Protestveranstaltung vor dem Reichstag zurückkehrte, auf der Ernst Reuter seine berühmten Worte »Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt« sprach. Ein weiterer Falke, Georg Santurra, wurde am 17. Juni am Potsdamer Platz erschossen, als er von Westberlin aus die Ereignisse in Ostberlin beobachtete. Ein Schuss aus dem Haus Vaterland, das in Ostberlin lag, traf ihn direkt ins Herz. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof in der Seestraße, in Berlin-Wedding.

Es wird für Sie interessant sein, wenn nun Lothar Otter einen Blick zurück auf die Anfänge der Falken im Berlin der Nachkriegszeit wirft. Ich danke Herrn Otter und Günter Schlierf für die tatkräftige Unterstützung bei dieser Ausstellung. Ebenso danke ich Erhard Radestock. Er gehörte zur Gruppe derjenigen jungen Leute aus der SBZ/DDR, die zwar keine Falken waren, sich aber für die Falken und deren Modell eines demokratischen Sozialismus interessierten. Daher unterhielt er Kontakte – zusammen mit zwei Freunden aus Dresden – zu Heinz Westphal und Erich Richter, zwei Westberliner Falken-Funktionären. Deswegen wurde er zu 25 Jahren Haft verurteilt und saß hier in Bautzen bis 1955 im Gefängnis.

OTTER: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kameraden und Freun-

de. Zuerst möchte ich mich bei Frau Klewin dafür bedanken, dass sie der Ausstellung die Möglichkeit gegeben hat, hier zu sein. Danken möchte ich auch Herrn Werkentin für seine Mühen, in den Archiven zu suchen und daraus eine vernünftige Ausstellung zu machen.

Im Gegensatz zu den Besatzungsländern wurden in Berlin die Jugendorganisationen erst 1947 zugelassen. Die FDJ hatte den großen Vorteil, von der SED und den Sowjets unterstützt zu werden. Bis die Zulassung der Jugendorganisationen kam, gab es nur eine verwaltungsmäßige Jugendarbeit, den so genannten »Antifaschistischen Jugendausschuss«, der dann aufgelöst wurde. Die FDJ bekam sofort alle Jugendheime, die gut eingerichtet waren. Wir bekamen alte Fabrikräume.

Mein Interesse an einer Arbeit in sozialdemokratischer Richtung kam zum einen durch mein Elternhaus – meine Eltern sind seit dem Kriegsende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gewesen. Zum andern durch die Zwangsvereinigung 1946. Ich habe mich dann nach 1947, auch in Absprache mit meinen Angehörigen, entschlossen, Mitglied der Falken zu werden. Da ich schon vorher recht aktiv in der kommunalen Jugendarbeit war, fiel es mir nicht schwer, Jugendarbeit aufzubauen, Heimabende zu gestalten, Vorlesungen zu organisieren. Wir wollten ja die Nazizeit nicht wiederhaben. 1944/45 wurde ich zum HJ-Panzerjäger ausgebildet! Wir wollten also Demokratie. Deshalb haben wir uns auch mit der FDJ auseinandergesetzt, die ja eine Staatsjugend war. Und es ging genauso los, wie es in der Nazizeit gewesen war. Erst einmal übernahm man von uns Falken den Gruß und das blaue Hemd.

Dann kam 1948 die Blockade im Rahmen der Währungsunion. Ich war mit meiner Gruppe gerade im Glienicker Park, dort haben wir für die Arbeiterwohlfahrt ein Zeltlager vorbereitet. Plötzlich kam ein Mädchen aus meiner Gruppe und sagte, ich solle sofort nach Hause kommen, weil dort ein Brief vom Bezirksamt läge, wo ich mich ja beworben hatte, und ich solle sofort dort anfangen. Am 30. Juni war meine Schule zu Ende, und am 1. Juli habe ich im Bezirksamt Lichtenberg als Dienstanwärter angefangen. Lichtenberg war überwiegend sozialdemokratisch. Mein Personaldezernent war der spätere Innensenator Joachim Lipschitz, ein Vorbild, ein wahrhafter Demokrat, wie man ihn heute selten findet.

Am 8. September spaltete sich die Verwaltung. Das Stadthaus, wo die Abgeordneten tagten, wurde von herangekehrten SED-Mitgliedern und FDJ-Mitgliedern aus der gesamten Zone gestürmt. Die Abgeordneten verzogen sich daraufhin nach Westberlin ins Schöneberger Rathaus. Am 9. September, einen Tag später, wurde zu einer Großveranstaltung von allen demokratischen Parteien vor dem Reichstagsgebäude aufgerufen. Hunderttausende Berliner waren da. Auch aus



Ostberlin. Man ging durch das Brandenburger Tor wieder zurück, wollte zum Bahnhof Friedrichstraße oder zur U-Bahn, und plötzlich kamen aus den Seitenstraßen LKWs mit aufgesessenen Polizisten. Die sprangen runter, ich habe nicht gehört, dass gewarnt wurde. Plötzlich fingen die an, in die Menge zu schießen. Die Querschläger sausten durch die Gegend. Dabei ist unser junger Freund aus Tiergarten, Wolfgang Scheunemann, tödlich getroffen worden. Es fand eine sehr große Trauerfeier anlässlich seiner Beisetzung statt.

Der nächste Schritt der Kommunisten war die Spaltung der Verwaltung. Anfang Dezember wurde jeder entlassen, der Sozialdemokrat war bzw. nicht unterschrieben hatte, dass er mit dem – ja nicht gewählten, sondern von der SED eingesetzten – neuen Magistrat einverstanden war. Auch ich wurde fristlos entlassen. Inzwischen war der Personaldezernent Joachim Lipschitz in Westberlin und regelte den Einsatz dieser Gemaßregelten. Es wurden ja Hunderte Sozialdemokraten aus Ostberlin entlassen. Lipschitz' Motto war: Wo ein Sozialdemokrat in Westberlin einen Platz braucht, wird ein Kommunist rausgeworfen. Wir haben also unsere Falken-Arbeit weitergemacht.

Aber am 5. Dezember 1948 sollte in Gesamtberlin gewählt werden. Die Sowjets verboten diese Wahl für den Sowjetsektor. Es durfte also nur in den drei westlichen Sektoren gewählt werden. Der Kreisverband der SPD hat dann Plakate der Falken geklebt und auch ein Plakat der SPD: »Leben wollen wir, arbeiten wollen

wir, freie Menschen wollen wir sein«, genehmigt von der Alliierten Kommandantur. Eigentlich war es also ungefährlich, diese Plakate zu kleben. Doch die drei wurden festgenommen und kamen nicht wieder. Der Kreisleiter sagte daraufhin, dass wir etwas aktiver werden sollten. Da brachte gerade die Zeitung der Falken, »Solidarität«, Aussprüche von Rosa Luxemburg. Und im Januar 1949 war der 30. Todestag von Rosa Luxemburg. Unter mühsamsten Umständen haben wir Flugblätter hergestellt. Dann haben wir zum Beispiel am Bahnhof Friedrichstraße, wenn der Zug anfuhr, die Türen aufgemacht und Flugblätter fliegen lassen. In Westberlin verteilten wir die Flugblätter auch in Zügen, die dann Richtung Osten fuhren. Irgendwie ist das rausgekommen. In dem Urteil, das wir aus Moskau bekamen, stand davon nichts drin, nur, dass wir antisowjetische Propaganda betrieben hätten.

Im Februar 1949 kamen Polizisten zum Kreisleiter der Falken nach Hause und haben Wohnung und Keller durchsucht. Aus dem Keller kamen sie mit einer verrosteten Pistole und haben ihm Waffenbesitz vorgeworfen. Nach dem Krieg wurden ja viele Waffen von den Wehrmachtsangehörigen weggeworfen. Aber später im Urteil war von Waffenbesitz gar keine Rede mehr. Das war also alles nur vorgeschoben. Wir wussten nicht, wo er geblieben war. Daraufhin haben wir in unseren Gruppen beschlossen, mit unserer Arbeit aufzuhören, wenn noch einer von uns festgenommen wird oder verschwindet. Der nächste war ich – das hatte ich nicht geahnt.

Am 2. Mai 1949 wollte ich nach einer durchtanzten Nacht in Westberlin zur Berufsschule gehen, als unser Hausobmann in unserem Flur mit einem anderen Zivilisten stand. Er grüßte mich freundlich und präsentierte mich praktisch, indem er sagte: »Einen schönen guten Morgen, Herr Otter.« Der andere wusste dann natürlich Bescheid. Er wollte mit mir etwas klären und ich sollte mit zum Polizeirevier kommen. Als wir aus dem Haus kamen, stand da ein weiterer Falke, der mich zur Berufsschule abholen wollte. Er hat gesehen, dass man mich abholte. Ich habe ihm nur gesagt, er solle in der Dienststelle Bescheid sagen, weil ich verschleppt werde.

Ich wurde zum Polizeirevier gebracht und in eine Zelle gesperrt. Dort habe ich erst einmal geschlafen. Irgendwann in der Nacht ging in der Zelle eine Lampe an, die Tür ging auf, und da stand einer mit einer MP und sagte »Dawaj!«. Ich dachte, dass ich nun an die Russen ausgeliefert würde. Zuerst kam ich nach Friedrichsfelde in einem GPU-Bunker. Nach einigen Tagen landete ich im unterirdischen Verlies von Hohenschönhausen, das heute als U-Boot bezeichnet wird. In einer Zelle ohne Tageslicht gab es eine Holzpritsche und einen Kübel für die so

genannte Notdurft. Es waren schon zwei andere Männer drin. Dann gingen die nächtlichen Verhöre los. Man wurde in Handschellen abgeführt, dann musste man sich hinter der Tür auf einen Lattenhocker setzen, wo man stundenlang saß. Der sowjetische Offizier und die Dolmetscherin haben sich amüsiert, gegessen, geraucht und irgendwann wurden Fragen gestellt. Ich sollte über meine »Verbrechen gegen die Sowjetunion« berichten. Ich habe aber nie ein Verbrechen gegen die Sowjetunion begangen. Ich sei aber ein Verbrecher gegen die Sowjetunion, weil ich gegen die FDJ politisch diskutiert hätte.

Nach einigen Wochen oder Monaten sagte die Dolmetscherin eines Tages zu mir, dass ich hier nie wieder rauskäme. Unten im Keller saßen noch drei weitere Falken, die auf ihren Prozess warteten. Ich musste unterschreiben, dass ich mich schuldig bekenne. Ich verlangte dann vom Vernehmungsleiter eine Gegenüberstellung mit Herrn Sperling, dem Kreisleiter der Falken. Er kam herein und sagte zu mir, dass ich alles unterschreiben könne, er habe alles ausgesagt und gehofft, dass ich geflüchtet wäre. Nachdem ich unterschrieben hatte, wurden wir in das ehemalige Frauengefängnis nach Lichtenberg gebracht, das zu damaliger Zeit Militärgefängnis der Sowjets war.

Eines Tages wurde uns bedeutet, dass nun die Verhandlung sei. An einem Tisch saßen drei Offiziere – ein mittleres Militärtribunal –, die Anklageschrift wurde verlesen. Nach kurzer Beratung kamen sie wieder herein und ich wurde zu 25 Jahren verurteilt. Wir kamen danach in einen Reichsbahnwagen und es ging Richtung Osten. Wir dachten, dass es jetzt nach Sibirien ginge. Wir wurden aber abgehängt, rausgeholt und in ein großes gelbes Gebäude gefahren, Bautzen I. Günter Schlierf ist im Januar 1954 bei der großen Entlassung rausgekommen. Horst Glink wurde mit mir zusammen an Ostern 1955 entlassen. Gerhard Sperling wurde erst 1956 entlassen, als alle Sozialdemokraten rauskamen.

Ich wurde nach Ostberlin zu meinen Eltern entlassen. Dort habe ich eine Nacht geschlafen und bin am nächsten Tag bis Bahnhof-Zoo gefahren. Im Jugendwohnheim der Falken war schon ein Zimmer für mich bereit, wo ich herzlich willkommen geheißen wurde.



Ansprache

REINHARD PAPPAI

Ansprache zum XIX. Bautzen-Forum – Kapelle auf dem Karnickelberg Bautzen

Wenn dein Kind dich morgen fragt (5.Mose 6, 20)

Die meisten Menschen in China haben kein Verständnis für die Proteste, die in Tibet entstanden sind. Sie haben in der Schule gelernt, dass Tibet schon immer zu China gehörte. Dass das ehemals unabhängige Land 1950 unter Mao von China besetzt worden ist, das hat ihnen niemand gesagt. Was also sollen chinesische Eltern sagen, wenn ihr Kind sie morgen fragt ...

Ähnliches hörte ich von Russland. Viele Russen konnten nicht verstehen, dass das Baltikum unabhängig geworden ist. War das nicht schon immer ein Teil von Russland? Auch das ist ein schwieriges Kapitel im Geschichtsunterricht. Was also sollen russische Eltern sagen, wenn ihr Kind sie morgen fragt ...

Und was sagen Eltern, etwa die in Bautzen-Gesundbrunnen oder in anderen



Stadtteilen von Bautzen, wenn ihr Kind sie fragt, ob es schon immer in Bautzen das Gefängnis gegeben hat und wie es dort früher zugeht?

Wenn dein Kind dich morgen fragt – liebe Anwesende – ich habe mir dieses Thema ausgeliehen. Es war das Motto des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2005 in Hannover. Und auch der Kirchentag hatte sich das Thema ausgeliehen. Es stammt aus der Bibel. Wir finden es im Alten Testament, im 5. Mose. Dort geht es um die Frage, was ist so wertvoll, so wichtig, dass es unbedingt an die nächste Generation weiter gegeben werden muss. Was können die Generationen untereinander tun, damit wichtige Anliegen nicht verloren gehen; damit das Wissen und das Bewusstsein über wichtige Dinge nicht in Vergessenheit geraten.

In dem biblischen Beispiel geht es um die Weitergabe des Glaubens. Dies ist nicht erst heute ein Problem. Das war offenbar auch schon vor 3.000 Jahren

nicht so ohne weiteres möglich. Also, was sollen Eltern sagen, vielleicht auch Großeltern ...

»Wenn dein Kind dich morgen fragt, wozu all die Weisungen, Gebote und Rechtsbestimmungen gut sind, die ihr vom Herrn, eurem Gott, bekommen habt, dann gib ihm zur Antwort:

»Als Sklaven mussten wir dem König von Ägypten dienen, doch der Herr befreite uns mit seinem starken Arm. Wir haben mit eigenen Augen gesehen, wie er durch seine staunenswerten Wundertaten Verderben über den Pharao und seine Familie und über alle Ägypter brachte. Uns aber hat er aus Ägypten herausgeführt und in dieses Land gebracht, das er unseren Vorfahren versprochen hatte. Er hat uns befohlen, ihn, unseren Gott, ernst zu nehmen und alle diese Gebote zu befolgen, damit es uns gut geht und er uns auch am Leben erhalten kann, wie das heute tatsächlich der Fall ist. Wir antworten in der rechten Weise auf das, was der Herr für uns getan hat, wenn wir alles genau befolgen, was er, unser Gott, uns befohlen hat.«

(5. Mose 6, 20-25, Übersetzung aus »Gute Nachricht«)

Ich möchte heute aus diesem Bibelabschnitt drei Dinge weitersagen:

1. Wenn dein Kind dich fragt

Kinder sind von Natur aus wissbegierig. Je kleiner sie sind, desto mehr fragen sie. Sie fragen einem manchmal Löcher in den Bauch. Mit den Fragen und den Antworten, die sie bekommen, schließen sie sich ihre Welt auf. Sie fragen sich in die eigene Zukunft hinein. Durch ihre Fragen und die Antworten lernen sie, was für das Leben wichtig ist. Durch Fragen und Antworten schließt sich auch das Interesse für die Vergangenheit auf. Kinder wollen durchaus wissen, wie es war, als Opa und Oma, oder als die Urgroßeltern Kinder und junge Menschen waren. Sie fragen, solange sie Antworten bekommen. Erst wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Fragen nerven, oder unerwünscht sind, dann hören sie auf zu fragen. Vielleicht gewöhnen sie sich ab, auch später zu fragen.

Wenn dein Kind dich fragt – liebe Eltern aus Bautzen, liebe Großeltern, liebe Lehrer und liebe Erzieher in den Kindergärten, wenn dein Kind dich fragt nach diesen Mauern um Bautzen I, nach dem Stacheldraht, nach dieser Kapelle und diesem Friedhof, dann erzähle die Geschichte. Und wenn Kinder und Jugendliche nicht fragen, dann macht an diesem Ort einen Besuch, seht euch um, blättert in dem Totenbuch, lest die einzelnen Namen, und ihr werdet sehen, dass sie beginnen zu fragen. Führt sie an diesen Ort, solange die Neugier noch wach ist oder weckt die Neugier auf.

Und für den Geschichtsunterricht in den Schulen ist wichtig, dass er nicht 1945

endet, sondern wenigstens bis 1990 weitergeht, am besten, bis an die Gegenwart heranreicht. Wir brauchen in unserem Land ein Klima und insgesamt eine Kultur, in der auch unbequeme Fragen willkommen sind. Eben auch Fragen zu diesem Ort, zum Thema »Karnickelberg«, Fragen, warum auf diesem kleinen Berg ein so großes Holzkreuz steht.

Wenn dein Kind dich fragt, dann ist es gut. Es hat ehrliche Antworten verdient. Antworten darüber, welche Menschen bis 1945 hier eingesperrt waren – das wissen die meisten noch – aber auch, warum und wieso hier Menschen nach 1945 erneut eingesperrt waren. Was waren das für Menschen, was hatten sie verbrochen?

Natürlich spielt dabei auch die Frage nach Gott eine Rolle. Im 5. Buch Mose ist es sogar die entscheidende Frage: Kinder wollen wissen, warum ihre Eltern an dem alten Glauben festhalten. Vielleicht hielten die Kinder ihn schon damals nicht mehr für zeitgemäß. Also wie ist das mit Gott und seinen Ordnungen? Wo war denn Gott in diesem Lager? Wie habt ihr ihn erfahren? Hat der Glaube an Gott das Miteinander der Gefangenen verändert und verbessert oder nicht? Nach welchen Ordnungen habt ihr untereinander gelebt? Welche Werte haben gezählt? Worauf war Verlass? Also, erzählt doch einmal ...

2. Das Reden von der Befreiung

Für das Volk Israel war solches Reden offenbar nicht schwer. Sie sollten nur die eigene Geschichte immer wiederholen. Davon erzählen, dass Gott sie befreit hatte. Der ägyptische Pharao wollte das nicht. Der hatte ja mit den Israeliten billige Sklaven. Aber Gott hatte sie befreit, er hatte ihnen einen neuen Weg ermöglicht, neues Land gegeben, das Leben neu geschenkt. Er hatte aus ihnen freie Menschen gemacht.

Nach 1990, nach der Friedlichen Revolution in unserem Land, ist das vielen Menschen leicht gefallen. Auch viele von uns haben von einer Befreiung gesprochen. Und ich selbst war Gott immer dankbar, ich bin es bis heute, dass er einen Sieg über eine Diktatur geschenkt hat, die sich einfach nicht vorstellen konnte, dass sie einmal wie ein Kartenhaus zusammen brechen könnte.

Leider werden Befreiungsgeschichten ganz schnell vergessen. Deshalb sagt Gott im 5. Buch Mose: Sprich davon, erinnere dich und deine Kinder, lass nicht zu, dass über die Geschichte Gras wächst. Denn Befreiungsgeschichten sind von großer Kraft. Das wissen auch die Unterdrückten. Denn sie tun immer wieder alles dafür, dass Freigelassene nicht reden. Viele von Ihnen, die in den 1950er Jahren frei gekommen sind, wissen, was ich meine. Bis 1989 lag ein dunkler Schatten auf Ihrer persönlichen Geschichte. Und die meisten ehemaligen Gefangenen

haben erst nach 1990 begonnen, ihre Geschichte aufzuschreiben und zu veröffentlichen. Erst mit dem Ende der DDR herrschte Vertrauen und Sicherheit, um endlich reden zu können. Erst jetzt waren sie wirklich frei, um über längst Vergangenes ganz frisch reden und schreiben zu können. Ich habe manches Buch mit großem Interesse, aber auch mit Erschütterung gelesen. Und ich habe in all den Jahren vielen Zeitzeugen zugehört, die in Bautzen bei den Foren ihre ganz persönliche Geschichte erzählt haben. Das Reden von der Befreiung darf nicht verstummen. Es ist Lehre und Beispiel und Wert bildend für die Nachgeborenen.

3. Gottes Gegenwart

Manchmal werden alte Geschichten erzählt, um die Vergangenheit zu erklären. Das ist etwas, was übrigens Kinder beizeiten nicht mehr hören wollen. Es sind Geschichten, die oft keine neuen Fragen zulassen.

Die Bibel denkt an eine andere Erzählweise. Menschen sollen sich an Geschichte, an Vergangenes so erinnern, dass dabei deutlich wird, Gott war nicht nur Helfer und Begleiter in der Vergangenheit, er ist auch heute gegenwärtig und an deiner Seite. Gott ist es bis heute, der mit seinen Ordnungen und Geboten dem Leben Halt und Orientierung gibt. Unsere Freiheit braucht gerade die Bindung an Gott. Grenzenlose Freiheit ist selbstzerstörerisch und führt in Chaos, Willkür und schließlich in den Untergang. Auch dazu gibt es viele Beispiele aus der Geschichte.

Wobei wir heute Gott in besonderer Weise brauchen, ist die Erkenntnis, wie Freiheit in Bindung an ihn und in gegenseitiger Verantwortung gelebt werden kann. Das sind meines Erachtens zwei Erfahrungen, die viele Inhaftierte im Speziallager Bautzen gemacht und die beim Überleben geholfen haben. Davon gilt es zu erzählen, wenn dein Kind dich fragt – und eigentlich nicht nur dann.



Teilnehmer und Autoren des XIX. Bautzen-Forums

MARIANNE BIRTHLER

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Prof. Dr. RAINER ECKERT

Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig

MATTHIAS EISEL

Leiter des Leipziger Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

DIETRICH GARSTKA

Zeitzeuge, Autor des Buches »Das schweigende Klassenzimmer«

Dr. GUNTER HOLZWEISSIG

Historiker, Autor des Buches »Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR«

OLIVER IGEL

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

HANS-JÜRGEN JENNERJAHN

Zeitzeuge, Verurteilt vom Sowjetischen Militärtribunal, Haft in Workuta

SILKE KLEWIN

Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

HERTA LAHNE

Zeitzeugin, Verurteilt vom Sowjetischen Militärtribunal, Haft in Workuta

Dr. ANDREAS LUDWIG

Leiter des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR, Eisenhüttenstadt

EUGEN MECKEL

Zeitzeuge, Zu DDR-Zeiten in verschiedenen Berufen tätig, heute Leiter des Landesbüros Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung

HARALD MÖLLER

Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V.

EVA-MARIA NEUMANN

Zeitzeugin, Drei Jahre Haft wegen versuchter »Republikflucht«, Autorin des Buches »Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit«

STEFAN NÖLKE

MDR-Figaro, Ressortleiter Geschichte

LOTHAR OTTER

Zeitzeuge, Mitglied der Jugendorganisation die FALKEN in Berlin, 1949 verhaftet und wegen »antisowjetischer Propaganda« zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Entlassung 1955

DIRK PANTER

Generalsekretär der SPD Sachsen

Dr. MICHAEL PARAK
Historiker, Görlitz

Prof. Dr. MARTIN SABROW
Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam

MARKO SCHIEMANN
Mitglied des Sächsischen Landtages, CDU-Fraktion

CHRISTIAN SCHRAMM
Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

Prof. Dr. RICHARD SCHRÖDER
Humboldt-Universität zu Berlin

WINFRIED STRÄTER
Redakteur, Deutschlandradio Kultur

WOLFGANG THIERSE
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Dr. FALCO WERKENTIN
Ehemaliger stellvertretender Leiter des Landesbeauftragter für die
Stasi-Unterlagen der ehemaligen DDR beim Land Berlin

Dr. IRMGARD ZÜNDORF
Historikerin, Projektverbund Zeitgeschichte, Zentrum für Zeithistorische
Forschung (ZZF), Potsdam

Bautzen-Foren im Überblick

Nr. 1

Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990 (vergriffen).

Nr. 2

Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991 (vergriffen).

Nr. 3

Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992 (vergriffen).

Nr. 4

Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993 (vergriffen).

Nr. 5

Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994 (vergriffen).

Nr. 6

Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995 (vergriffen).

Nr. 7

Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996.

Nr. 8

Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997.

Nr. 9

Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998.

Nr. 10

Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999.

Nr. 11

Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000.

Nr. 12

Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR. Leipzig 2001.

Nr. 13

Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002.

Nr. 14

Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003.

Nr. 15

Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. Leipzig 2004.

Nr. 16

Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur. Leipzig 2005.

Nr. 17

Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006.

Nr. 18

Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Leipzig
Burgstraße 25
04109 Leipzig

Redaktion	Dorothea Parak, Görlitz und Anna Lux, Leipzig Matthias Eisel, Leipzig
Gestaltung	Thomas Glöß, Leipzig
Fotos	Gaby Waldek, Leipzig
Umschlagfoto	Mahmoud Dabdoub, Leipzig
Druck	

ISBN



